

AIB

D7426 E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.3/März 1985

16. Jahrgang

DM 2,50



US-Zentralkommando SÜDWESTASIEN



LIBANON:

Jubel über Israels
Teilrückzug

Inhalt

Kommentar: Vom Sinn der Hungerhilfe	3
Libanon Israels erzwungener Rückzug	4
Südwestasien Das US-Zentralkommando Frühzeitig zum Krieg kommen Aus dem Wahlprogramm der Republikaner US-Sonderinteressen im Nahen und Mittleren Osten Liste zum US-Zentralkommando US-Stützpunktring um Südwestasien	7 8 9 12
Palästina Tawfiq Toubi: Was gefährdet die PLO?	14
Pazifik/Philippinen Konstanter Druck auf Marcos	18
Westsahara Marschiert Hassan gegen Algier? Interview mit Mohammad Abdelazis	24
Kolonialismus Symposium: „100 Jahre Berliner Konferenz“	27
Paraguay Stroessners Tage sind gezählt Daten Ein Diktator steht ins Haus	28 29 30
Brasilien Neves setzt sich durch Programm der Demokratischen Allianz	32 33
Nikaragua Brigadisten machen Druck	34
Frieden und Dritte Welt Deklaration von Delhi	36
Rezension Philippinen-Bücher	37
Kultur Gespräch mit Jean-Marie Adiaffi	38
Lesermeinungen, Standpunkte	40
BRD-Infodienst	41
Kurzinformationen El Salvador, Chile, Jamaika, Kirche-Lateinamerika, Kampuchea, Südkorea, Südafrika, Zypern, Pazifik, BRD-Nothost	42



Südwestasien

S.7

Der Nahe und Mittlere Osten (Südwestasien) behält seine Vorzugsstellung in den globalen Kriegsvorbereitungen des Pentagon. Das regionale US-Zentralkommando ist installiert. Die ihm unterstellte Schnelle Eingreiftruppe (RDF) verfügt über Atomwaffen. Sie übt für den Ernstfall in der Öregion.

Was umfaßt das Zentralkommando? Wie steht es um die Einsatzbereitschaft der RDF? Beginnt der 3. Weltkrieg am Golf?

Westsahara

S.23

Mit der kürzlichen Anerkennung der Westsahara-Republik durch die OAU ist Marokkos König Hassan II. in Zugzwang geraten. Die Befreiungsbewegung POLISARIO befindet sich politisch und mit ihrer Offensive „Grand Maghreb“ auch militärisch im Vormarsch.

Sucht Hassan nun sein Heil im Angriff auf Algerien, das Hinterland der POLISARIO?

Paraguay

S.28

Der Regierung Kohl ist das 30jährige Bestehen der Stroessner-Diktatur Anlaß zur Würdigung: Sie lud den deutschstämmigen Strauß-Spezi aus Paraguay zum Juli 1985 nach Bonn ein, zum Staatsbesuch versteht sich. Und dies in einer Situation, da in Südamerika die Militärdiktaturen dahinschwanden.

Daß auch Stroessners innere Machtbasis schwindet, zeigt unsere Bestandsaufnahme.

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21 / 2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübber-Pistoflidis, Flaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, V. Blumenthal, W. Burhani, M. Fey, P. Schütt, U. Wöhrmann

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** mindestens zweimal im Jahr in Abständen von höchstens 6 Monaten beigelegt.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM; Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10,- DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluss: 15. Februar 1985

Anzeigen: EPK, SPW, links, issa, Plambeck & Co., Weltkreis Verlag, Solidaritätsshop Dritte Welt

Titel: Manöver der US-Eingreiftruppe

Fotonachweis: POLISARIO, AIB-Archiv, US-Verteidigungsministerium, PLO

Aktueller Kommentar: Vom Sinn der Hungerhilfe

„Ein Tag für Afrika – Gemeinsam gegen den Hunger“, mit diesem Motto riefen 18 Hilfsorganisationen am 23. Januar d.J. zu einer beispiellosen Spendenaktion auf. Und „alle“ unterstützten diesen Aufruf: die ARD mit einem ganztägigen „Hungerprogramm“, Rundfunk und Presse, Künstler für und gegen den Frieden, Parlamentarier und Minister. Manfred Wörner forderte in einem Tagesbefehl seine Mannen in der Bundeswehr auf, „nach Kräften“ zu spenden. Und Kanzler Kohl, dessen Regierung eines der teuersten Rüstungsprogramme der Welt finanziert und nichts von den Forderungen der Dritten Welt nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung wissen will, machte gar 3 Hunderter locker.

Bonner Unschuldslämmer

Doch damit nicht genug der Peinlichkeiten.

In Niedersachsen lud Ministerpräsident Ernst Albrecht Spitzenvertreter der Wirtschaft zu einem Hungeressen mit Hirsebrei, Fladenbrot und Wasser. Und er äußerte sich fachmännisch zu dem weltweiten Hungerproblem: „Die meisten Menschen sterben nicht schließlich an dem Hunger, sondern an der Erschöpfung, die dem Hunger vorausgeht.“ Weitere Beispiele scheinheiliger Solidarität ließen sich aufzählen. Wer nicht mitmachte, lief Gefahr, in den Ruf eines gewissenlosen Schurken zu geraten, den hungernde, ausgemergelte Kinder nicht zu rühren vermögen.

Freilich wollten nicht alle, die für Spenden warben, ihr eigenes Süppchen kochen. Und die 100 Mio DM, die in der Bundesrepublik für die Hungernden gespendet wurden, zeigen, daß viele Menschen bereit sind, zur Lösung der Probleme der Dritten Welt beizutragen. Zweifellos wird dieses Geld gegen akuten Massenhunger auch gebraucht. Und es kann lebensrettend eingesetzt werden. Spendenkampagnen dieses Ausmaßes wären jedoch sinniger, wenn sie erfolgen, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Nicht die Hilfe für bereits verhungerte Menschen kann letztendlich erneute Katastrophen verhindern, sondern sinnvoll angelegte Projekte, die eine solide Selbstversorgung der Menschen in der Dritten Welt zum Ziel haben.

Daher ist es makaber, daß die ungeheuren Möglichkeiten der hiesigen Massenmedien nicht genutzt wurden, um über die wirklichen Ursachen des Hungers zu informieren.

Vielmehr nutzten die Polit- und Medienprofis die Gelegenheit, eine „alle-in-ei-

nem-Boot-Mentalität“ zu erzeugen, die uns allen die gleiche Verantwortung für die Hungernden in der Dritten Welt aufbürdet. Wir wurden mit einer Propaganda vollgepumpt, die von den wahren Schuldigen und Ursachen ablenkte, die den Hunger als Naturkatastrophe und Folge von Unfähigkeit oder gar bösem Willen der Politiker der betroffenen Länder – allen voran Äthiopiens – erklärte.

Nur Wenige – vor allem entwicklungs-politische und Solidaritätsgruppen – versuchten, an diesem großangelegten Tag für Afrika die wirklichen Zusammenhänge aufzuzeigen. Sie hatten keine Chance, in den Massenmedien zu Wort zu kommen. Nur der OAU-Vorsitzende und tansanische Staatschef Julius Nyerere „durfte“ in der ARD auf die Ungerechtigkeit des Weltwirtschaftssystems hinweisen.

Auf die mögliche Bumerang-Wirkung von Nahrungsmittelhilfe wurde tunlichst nicht eingegangen. Worin besteht sie?

Diese Art von Hilfe drückt in den beschenkten Ländern oftmals die Preise für selbst erzeugte Agrarprodukte nach unten, so daß sich für die Bauern der Anbau nicht mehr lohnt. Ergänzt wird dieser Prozeß durch die bisherige Entwicklungshilfepolitik, die den Anbau von Exportprodukten wie Kaffee, Soja, Baumwolle usw. fördert.

Ursachen blieben unerwähnt

Damit entzieht man den besten Boden dem Anbau von Nahrungsmitteln und zwingt so die Entwicklungsländer langfristig, für teure Devisen Nahrungsmittel zu importieren. Auf diesem Wege aber wird die Versorgung der Menschen der Dritten Welt zum Geschäft für die multinationalen Agrokonzerne.

Hans Branscheidt, Mitarbeiter bei medico international, ist zuzustimmen, wenn er behauptet, mit dem Hunger werde eine „Schlacht um die Wiedereroberung Afrikas geschlagen“ (taz, 2.1.1985).

Ganz offen bekennt sich die Reagan-Administration zu dem Ziel, daß Nahrungsmittelhilfe Absatzmärkte „für Hans Branscheidt, Mitarbeiter bei medico international, ist zuzustimmen, wenn er behauptet, mit dem Hunger werde eine „Schlacht um die Wiedereroberung Afrikas geschlagen“ (taz, 2.1.1985).

Ganz offen bekennt sich die Reagan-Administration zu dem Ziel, daß Nahrungsmittelhilfe Absatzmärkte „für amerikanische Farmprodukte zu er-

schließen und auszubauen“ und „Anliegen der US-Außenpolitik zu fördern“ habe (Public Law Nr. 480).

Washington stellt von den jährlich in den USA erwirtschafteten Getreideüberschüssen 30% zur „Verteilung unter die Armen dieser Welt zur Verfügung“. Die restlichen 70% des Überschusses liefert es zu Dumpingpreisen an Staaten wie Mali, Nigeria, Zaire usw. So werden Märkte für weitere Nahrungsmittelexporte geschaffen, die afrikanische Landwirtschaft zerstört und neue Abhängigkeit geschaffen.

Politisches Wohlverhalten wird von Reagan mit Weizen und Mais belohnt, mißliebige Staaten hungert man im Zweifelsfalle aus. Das Beispiel Moçambique im südafrikanischen Hungergürtel zeigt deutlich, daß fortschrittliche Länder mit der Zu- oder Absage von Nahrungsmittelhilfen erpreßbar sind.

Auch im Falle Äthiopiens wird der Hunger als Waffe gegen eine Revolutionsregierung genutzt, der unbesehen die Alleinschuld an der Katastrophe zugewiesen wird (siehe AIB 1/1985, S. 3ff.). Dabei ist bekannt, daß Äthiopien das einzige Land der Sahel-Zone, der größten Dürre- und Hungerzone des afrikanischen Kontinents, ist, das ein landesweites Wiederaufforstungsprogramm entwickelt hat und das gezielt daran geht, die weitere Verwüstung des Landes zu verhindern.

Auf lange Sicht ist einzig und allein die Unterstützung solcher Programme zur Selbsthilfe – auch in anderen Ländern – sinnvoll, sollen die schrecklichen Bilder hungernder Menschen einmal der Vergangenheit angehören.

Dem wird zum Beispiel terre des hommes (Bank für Gemeinwirtschaft, Osnabrück, Kto.-Nr. 700) gerecht, das in mehreren afrikanischen Staaten Selbsthilfeprojekte zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung mitfinanziert – so auch in Äthiopien den Bau von Brunnen und die Umsiedlung von Bewohnern trockener Gebiete in fruchtbare Gegenden.

Marianne Kolter



Wolfram Brönner

Israels erzwungener Rückzug



Februar 1985: Aus Saida abrückender israelischer Armeekonvoi

Mitte Februar d.J. herrschte Jubel in Saida (Sidon), der mit 200.000 Einwohnern größten Stadt des Südlibanon.

Die israelischen Besatzungstruppen und die ihnen ergebene Rechtsmiliz „Südlibanesisch-Armee“ (ALS) hatten die Region Saida tatsächlich geräumt, um sich zunächst einmal hinter die ca. 25 km südlich gelegene neue Frontlinie Litani-Nabatieh zurückzuziehen. In die verwaisten Stellungen rückten, gefeiert von der Bevölkerung, reguläre Einheiten der libanesischen Armee ein.

Abzug aus Saida

Dies war der Auftakt zur Anwendung eines in drei Phasen untergliederten Rückzugsplanes, mit dem die Regierung Peres/Schamir den Abzug der israelischen Truppen (derzeit 12.000-22.000 Mann) bis zum Herbst 1985 abzuwickeln versprach.

Der am 14. Januar d.J. vom Kabinett in Jerusalem verabschiedete Plan sieht folgende Stufen vor:

- In Phase 1 sollen sich die israelischen Streitkräfte in der besetzten Westregion vom Awali-Fluß bis zum Litani-Fluß zurückziehen.
- In Phase 2 sollen sie die Ostregion bis

in Höhe des Ortes Hasbaya räumen.

- In Phase 3 sollen die regulären Einheiten Israels bis zur israelisch-libanesischen Grenze verlegt und ein 10-20 km breiter südlibanesischer Grenzstreifen (sog. Pufferzone) unter Kontrolle der ALS gestellt werden, welche „mit Unterstützung der Israelischen Verteidigungskräfte operieren wird“.

Während man die Abwicklung der Anfangsphase auf 5 Wochen befristete, machte man die Terminierung der anderen Abzugsstufen abhängig vom Vermögen der libanesischen Regierung und der UNO, die geräumten Gebiete mit ihren Truppen aufzufüllen. Über die Handhabung der letzten beiden Phasen hat das Kabinett der Großen Koalition noch jeweils gesondert zu entscheiden.¹

Bevor der Rückzugsplan voll umgesetzt werde, hoffe man – so betonte der sozialdemokratische Premierminister Shimon Peres –, mit Syrien und dem Libanon zu diplomatischen Vereinbarungen von Sicherheitsgarantien zu kommen. Falls dies nicht gelänge, dann plädiere er dennoch für eine endgültige Räumung des seit dem Libanonkrieg 1982 okkupierten Landessüdens im Laufe des Jahres 1985.²

Der einseitige Rückzugsentscheid Tel

Aviv erfolgte in einer Situation, da man bei den am 8. November 1984 eröffneten Verhandlungen von Militärdelegationen Israels und des Libanon, die unter Teilnahme von UN-Vertretern im Grenzort Naqura stattfanden, auf der Stelle trat.

In der Falle...

In dem vom libanesischen Delegationsleiter, Brigadegeneral Mohammed Hajj, vorgetragenen Positionspapier war der Besatzungsmacht abverlangt worden, einen „vollständigen und schnellen Abzug vom gesamten libanesischen Territorium, bedingungslos“ durchzuführen. Weiter hatte er gefordert, die Gegenseite solle die Souveränität der libanesischen Regierung über das ganze Territorium anerkennen. Und für die seit Invasionsbeginn im Juni 1982 angerichteten Zerstörungen müsse Israel Wiedergutmachung in Höhe von 8-10 Mrd Dollar leisten.

Mitte Dezember 1984 wies Premierminister Raschid Karamé nachdrücklich die Forderungen Israels nach Beibehaltung der Söldnermiliz ALS wie nach einer Ausweitung der Präsenz der UN-

Truppe UNIFIL zurück.

Israel möchte die derzeit 5.252 Mann starke UNIFIL verdoppelt haben und der proisraelischen ALS vorlagern, was als eine Art „Sicherheitsgarantie“ gegen künftige Angriffe auf die nordisraelische Region Galilea anzusehen sei. In Wirklichkeit will Tel Aviv das nun unter Kontrolle der libanesischen Regierungstruppen kommende Gebiet im Landessüden deshalb möglichst kleinhalten, weil dies die fortbestehenden Interventionsabsichten Israels beeinträchtigen würde.

Ursprünglich sollte nach den Vorstellungen der Regierung Karamé der UNIFIL allenfalls die Aufgabe zufallen, den israelisch-libanesischen Grenzstreifen zu überwachen. Ansonsten sollte die eigene Armee, eventuell gemeinsam mit einer neutralen internationalen Truppe, den geräumten Südlibanon übernehmen. Bei der vorläufig letzten, der 14. Naqura-Verhandlungsrunde vom 22. Januar d.J., deutete Brigadegeneral Hajj allerdings Konzessionsbereitschaft in Sachen UN-Truppe an: Man sei bereit, einer weiterreichenden Präsenz der UNIFIL im Südlibanon zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß Israel einen definitiven Zeitplan für den vollständigen Abzug aus dem Libanon vorlege. Die Regierung Peres/Schamir verweigert dies jedoch strikt.³

Vergleicht man das jetzige einseitige Rückzugsvorhaben mit dem libanesisch-israelischen Abkommen von Khalde im Mai 1983⁴, so sticht ins Auge, daß der Aggressor einige Kardinalpunkte begraben mußte:

In den damals unter Federführung Washingtons vereinbarten Dokumenten war Israel die „Bildung einer Sicherheitszone“ von 45 km Durchmesser zugestanden worden. In ihr sollten israelische Armeepatrouillen Überwachungsfunktionen behalten. Die Söldnermiliz ALS sollte in die reguläre Armee des Libanon eingegliedert, ihr Befehlshaber – Major Saad Haddad, 1984 nach dessen Ableben ersetzt durch General Antoine Lahad – zum Vizekommandanten des Südens ernannt werden.

...des nationalen Widerstands

Und schließlich war im Khalde-Abkommen der vollständige israelische Rückzug an die Bedingung geknüpft gewesen, daß die im Lande stationierten Einheiten Syriens und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zuvor ebenfalls abzögen.

Im Frühjahr 1984 hatte Präsident Gemayel jenes Separatfriedens-Abkommen angesichts des Vormarsches der libanesischen Nationalbewegung aufkündigen müssen. Die seinerzeitige Opposition



führt heute mit dem Premier Raschid Karamé, dem Sozialisten Kamal Junblatt und mit Nabih Berri, dem Führer der Amal-Bewegung und Minister für Angelegenheiten des Südens, die Regierung in Beirut an, welche die vollständige Befreiung des Südens zu ihrer vordringlichsten Aufgabe erklärt hat.

Insofern sind der israelische Rückzugsentscheid und die Räumung von 1/5 des okkupierten Gebietes im Februar d.J. nicht auf einen freien Willensakt Tel Avivs zurückzuführen. Der Teilrückzug muß vielmehr als ein erzwungener Schritt aus dem Trümmerfeld der israelisch-amerikanischen „Neuordnungs“-politik im Libanon (siehe AIB 11-12/1983, 3 und 5/1984 sowie 1/1985), als ein Sieg der Regierungen Syriens und des Libanon und der Nationalen Widerstandsfront des Libanon (FRNL) zu werten.

Letzteres bestätigte selbst Shimon Peres, begründete er doch den übereilten Rückzug der Besatzer nicht zuletzt damit, Israel müsse sich einer gefährlichen neuen Falle, nämlich der schiitischen Guerilla, entziehen.⁵ Dies ist freilich nur die halbe Wahrheit.

Denn der so wirksame Widerstand im Südlibanon ist bei weitem nicht auf den mehrheitlich schiitischen Bevölkerungsteil beschränkt, sondern längst zur Sache aller religiösen Gemeinschaften, also auch der Sunniten, Drusen und m.E. der Christen geworden.

Sie alle wie auch unterschiedliche politische Strömungen (Initiatoren waren die Linksparteien) sind in der FRNL zusammengefaßt, die im September 1982 im noch israelisch besetzten Westbeirut ihre erste bewaffnete Aktion unternahm.

Im Juni 1983, zum ersten Jahrestag der israelischen Invasion, legte ein Generalstreik quasi den ganzen Süden lahm, der sich gegen die Unterdrückung durch die Besatzer und gegen das Abkommen von Khalde wandte.

Nach der gemeinsamen Rückeroberung Westbeiruts und dem anschließenden Regierungseintritt seitens der National-

bewegung und der schiitischen Amal nahmen die Widerstandsaktivitäten im besetzten Gebiet noch an Intensität und Breite zu.

Das engere Zusammenwirken von FRNL und Amal-Milizen im Untergrund, die nunmehrige Unterstützung der Guerilla durch die Regierung Karamé und das Anwachsen des politischen Massenwiderstandes machten es möglich, den Besatzern allenorts Schläge zu versetzen. Allein im August 1984 zählte man 74, im Oktober 1984 gar 86 bewaffnete Operationen gegen die israelische Armee und ihre Kollaborateure. Bis zum Herbst 1984 brachte es die FRNL auf über 1.000 militärische Aktionen.⁶

Die Besatzer suchten vergeblich der zunehmend mobileren Guerilla durch noch systematischere Repressionspraktiken Herr zu werden. Beispielsweise umstellten im Dezember 1984 israelische Truppen mit Panzereinheiten Bedias und sechs Nachbardörfer. Aus der zusammengetriebenen Bevölkerung wurden 150 „Verdächtige“ ausgesondert und verschleppt, sechs erschossen, 20 verletzt.

Viele der Verschleppten sind bis heute verschwunden. Bestenfalls hält man sie in einem der vier israelischen Gefängnisse mit insgesamt ca. 2.000 Inhaftierten verborgen, in welchen nach Aussagen Entlassener des größten Lagers Ansar (über 800 Insassen) „regelmäßig gefoltert“ wird.⁷

90% der Israelis für den Abzug

Mit der Zuflucht zu diesen und ähnlichen Massenschikanen, wobei man auch vor Übergriffen auf religiöse Veranstaltungen nicht zurückschreckte, sorgten die Besatzer lediglich mit dafür, daß den Widerstandskämpfern von der Bevölkerung noch mehr Sympathie und Unterstützung entgegengebracht wurden.

Nach offiziellen israelischen Angaben stiegen die Verluste der Besatzerarmee bis Anfang 1985 auf 610 Tote und 3.500 Verwundete. FRLN-Schätzungen gehen hingegen von über 2.000 gefallenen und weit über 5.000 verwundeten Israelis aus. Wie auch immer die exakte Ziffer lauten mag, die Größenordnung der Eigenverluste (verglichen mit rund 1.000 getöteten und mehr als 1.000 verwundeten Libanesen) ist ein Novum für das kriegs- und sieggewohnte Israel.⁸

Umso nachhaltiger reift dort die Erkenntnis, daß diesem bewaffneten Volkswiderstand im Südlibanon auf Dauer nicht beizukommen sein wird, daß der dafür zu zahlende politische Preis für Israel zu hoch ist.

Hinzu kommen handfeste wirtschaftliche Beweggründe. Angesichts der tiefen Wirtschaftskrise Israels (Inflation von über 500%, Auslandsverschuldung 23

Mrd Dollar usw.) ist die Last der Libanonpräsenz der eigenen Bevölkerung kaum mehr einsichtig zu machen: Seit Juni 1982 betragen die Okkupationskosten insgesamt 3 Mrd Dollar; die täglichen Staatsausgaben Israels für das Libanonabenteuer liegen derzeit bei 600.000 Dollar. Von daher mag es einleuchten, daß bei kürzlichen Umfragen in Israel 9 von 10 Angesprochenen einen Truppenabzug aus dem Libanon befürworteten.⁹

Zuguterletzt steht auch die Glaubwürdigkeit der israelischen „Regierung der nationalen Einheit“ (siehe AIB 9 und 11-12/1984) auf dem Spiel. In ihrem Koalitionsabkommen vom September 1984 hatte sie nämlich den Beginn eines Truppenabzugs aus dem nördlichen Nachbarland in einer „kurzen Frist“, spätestens ab März 1985, in Aussicht gestellt.

Der von Vizepremier Schamir angeführte konservative Likud-Block opponierte gegen den Rückzugsplan des 14.1.1985 vornehmlich deshalb, weil er einem Teiltrückzug erst nach Abschluß von Sicherheitspakten mit Syrien und dem Libanon beipflichten wollte. Unterdessen hofft der ultrarechte Regierungsflügel (Likud, Ariel Scharon) auf wirkungsvolle Anlässe, mit denen sich ein Abblocken der Rückzugsphasen 2 und/oder 3 rechtfertigen und durchsetzen ließe.

Hintertüren für die Invasoren

Einer dieser Anlässe könnte der Ausbruch von neuerlichen innerlibanesischen Feindseligkeiten bzw. Massakern in jenen Gebieten des Südlibanon sein, die von der israelischen Räumung betroffen sind.

Um einen derartigen Provokationsversuch handelte es sich offenbar bei einem Bombenanschlag auf den nasseristischen Sunniten- und Milizführer Mustafa Maarouf Saad just am 22. Januar d.J., als in Naquora die 14. israelisch-libanesischen Verhandlungsrunde zusammentrat. Bei dem Attentat wurden zwei Menschen getötet, Saad und mehr als 30 andere teils schwer verletzt.

Der libanesischer Premier Karamé machte den israelischen Geheimdienst MOSSAD für die Bluttat verantwortlich, galt sie doch gerade mit dem Parlamentsabgeordneten Saad einer der Symbolfiguren friedlicher Koexistenz von Moslems und Christen im Libanon.

Der libanesischer Widerstand antwortete einhellig mit dem Aufruf zum Generalstreik am 23. Januar 1985 und dem Appell, kein Wiederaufflammen des innerlibanesischen Bürgerkriegs zuzulassen, wie es im Herbst 1983 nach dem Teiltrückzug Israels von Westbeirut bis zur Awali-Linie geschah.¹⁰

Begünstigend für israelische Provokationsversuche wirken ferner die Hintertüren, die man sich im Rückzugsplan offengehalten hat. So soll die von Israel besoldete und ausgerüstete, mehrheitlich christliche ALS (Mannschaftsstärke rund 2.000) im südlbanesischen Grenzgebiet auf Dauer mit mehreren Hundert israelischen Offizieren angereichert, d.h. ihrem Kommando unterstellt bleiben.

N. Berri – Minister der Guerilla

Verteidigungsminister Yitzhak Rabin kündigte überdies auf lange Sicht „offensive Methoden“ Israels gegen den „schitischen Terror“, d.h. gegen libanesischen Widerstandsaktionen, an:

„Wenn es erforderlich ist“, so der Sozialdemokrat Rabin, „werden wir ein bewaffnetes Kommando in ihr Ausgangsgebiet hineinschicken, um mit ihnen aufzuräumen. In jedem Fall. Der Libanon wird ein Zentrum des Terrors bleiben. Der Terror kann nicht mit einem Krieg beendet werden.“¹¹

Beides, der Interventionsanspruch wie die Rückzugs-Hintertüren Tel Avivs, fordert den libanesischen Widerstand heraus, ungeachtet des Rückzugsverlaufs seine Guerillaaktivitäten in allen besetzten Gebieten eher zu verstärken, damit die Unhaltbarkeit jeder Israelpräsenz im Südlibanon unter Beweis zu stellen.

Ermutigt durch den jüngsten Teiltrückzug verübte der nationale Widerstand vom 14. Januar bis Mitte Februar d.J. die Rekordzahl von nahezu 100 bewaffneten Aktionen gegen die israelischen Besatzer und ihre libanesischen Kollaborateure. Im übrigen verzeichnete das nun noch okkupierte Restgebiet südlich und östlich des Litani mit seinen etwa 300.000 Einwohnern 1983/84 ohnehin

den höchsten Anteil an Widerstandsaktionen und gilt demnach als Kernland der Guerilla.

Israels Libanonplaner müssen sich also auf einen Dauerdruck des hocheffektiven südlbanesischen Volkswiderstands einstellen, solange sie und ihre Kollaborateure das Territorium nicht restlos geräumt haben. Südlibanonminister Nabih Berri sieht das ähnlich. Er hat Anfang Februar d.J. sein Ministerium umgetauft in „Ministerium für nationalen Widerstand“ und erklärt: Jeder, der für die Befreiung des Südens kämpfe, könne ab sofort von ihm ein Gehalt und Waffen für die Guerilla-Kriegführung gegen die israelischen Truppen erhalten.¹²

Die Besatzer stehen vor dem Zugzwang, von sich aus abzuziehen oder vertrieben zu werden.

Anmerkungen:

- 1) Wortlaut des israelischen Regierungsbeschlusses (Stimmenverhältnis 16:6, bei Abwesenheit von Ariel Scharon), in: L'Orient – Le Jour, Beirut, 15.1.1985
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 15.1.1985
- 3) Angaben nach: ebenda, 16.11.1984 und 25.1.1985; Le Monde (LM), Paris, 22.12.1984; Time, New York, 28.1.1985
- 4) Siehe: AIB 7-8/1983, S. 30ff.
- 5) Vgl. Newsweek (NW), New York, 28.1.1985
- 6) Daten nach: S. Kassir, L'elan de la resistance dans le Sud du Liban, in: Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 367/Okttober 1984, S.1 und 15; Horizont, Berlin (DDR), Nr. 12/1984; An Naher. Arab & International, Paris, September 1984
- 7) Vgl. Stern, 10.1.1985 und AIB 3/1984, S. 10-12
- 8) Daten nach: Time, 28.1.1985; Neue Zeit, Moskau, Nr. 50/1984; IHT, 16.11.1984
- 9) Daten nach: NW, 28.1. und 18.2.1985; Wirtschaftswoche, 18.1.1985; Time, 28.1.1985
- 10) Vgl. LM, 23. und 26.1.1985; IHT, 24.1.1985; Afrique-Asie, Paris, Nr. 341/11.2.1985
- 11) Time, 11.2.1985
- 12) NW, 18.2.1985

Zeitschriftenschau

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 134/Februar 1985

Brasilien: Jetzt auch liberal ● **Nikaragua:** Daniel Ortega Presidente ● Im besonderen Betrachtungsfeld der Taz ● Rechtsberatungsbüro für Frauen ● **El Salvador:** Neues Vietnam? ● **Honduras:** „Die Intervention hat schon stattgefunden...“ ● **Guatemala:** „Entwicklungszonen im Dienste der Counterinsurgency“ ● **Chile:** Die Schwäche der Opposition ● Manifest der FPMR ● **Argentinien:** Gewerkschaftswahlen
Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM

Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ila-info, Nr. 82/Januar 1985

Schwerpunkt: **Militarisierung im Südatlantik** ● **Uruguay:** Wahlsieg der Colorados ● **El Salvador:** Der Mörder und der Fernsehmann ● **Guatemala:** Unheilige Verbündete Israel und Südafrika ● **Kirche:** Wie der CIA die katholische Kirche vor seinen Karren spannt ● **Ländernachrichten:** Chile und Grenada ● **Solidaritätsbewegung:** Brasilien, GEW, Auflösung des KA
Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Mittelamerika-Magazin, Nr. 44/Februar 1985

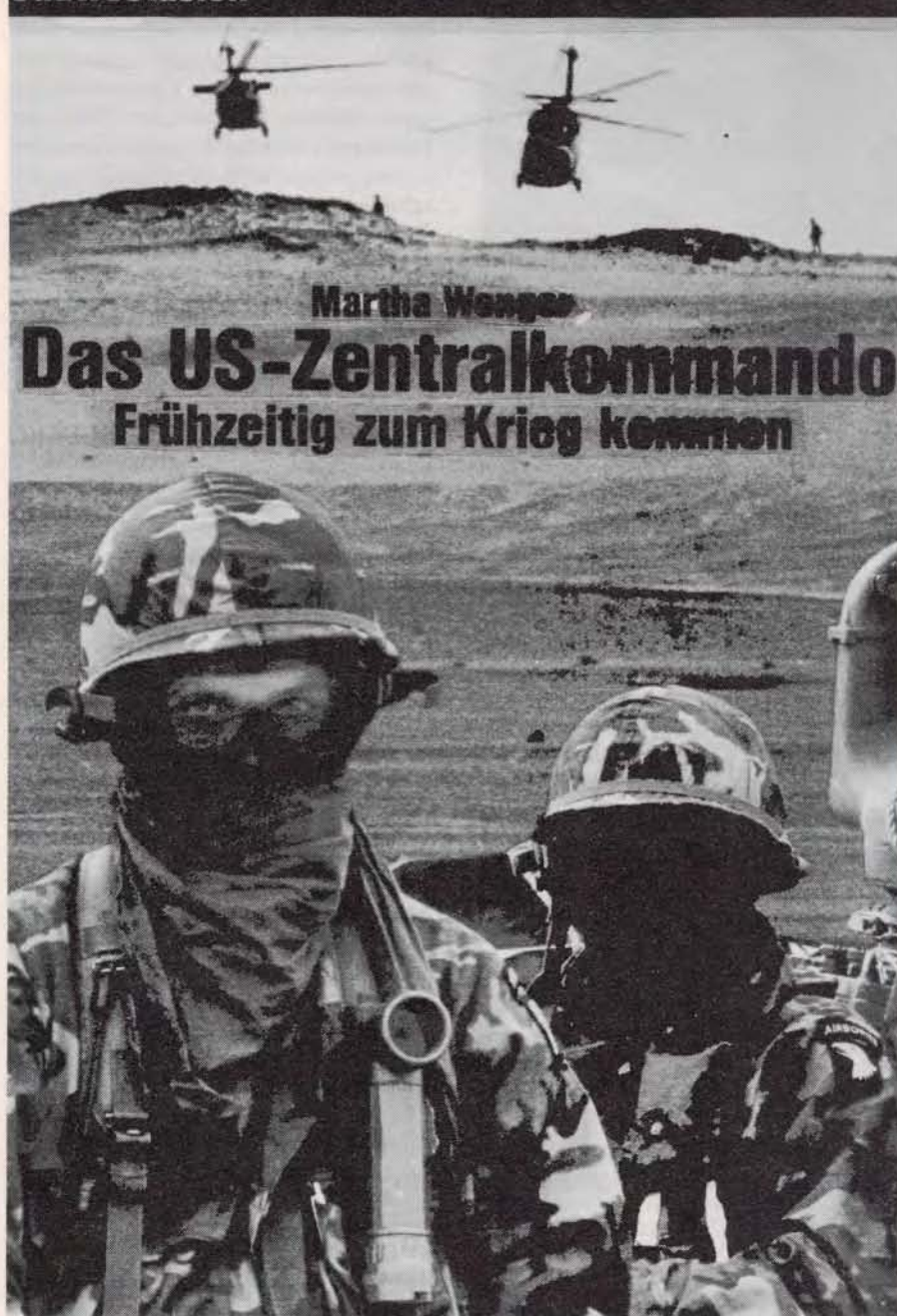
Costa Rica: Neutral bis zum Kriege? ● „United Brands“ erpreßt Regierung ● **Soziale Lawine:** Retten, was zu retten ist ● **Dona Gloria** und die Korruption ● **Guatemala:** „Hilfestellung“ vom Währungsfonds ● **Nicaragua:** Arbeitsbrigaden ● **Besser den Kaffee verlieren** als die Revolution ● **Kredite für Eisenbahnbau gesucht** ● Erlebnisbericht ● **Mexico:** Außenpolitik im Wandel ● **El Salvador:** Extreme Rechte wieder im Aufwind ● **Rückblick:** Guatemala 1. Teil
Einzelpreis 3 DM; Abo 18 bzw. 28 DM

Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 87/Januar 1985

Dokumentation des Seminars „Ökologie und Dritte Welt“: Regenwaldabholzung, Monokulturen/Exportlandwirtschaft, Atomtechnologie ● Vorbereitungstreffen für einen „Kongreß gegen Krieg“, Intervention und imperialistische Politik in der Dritten Welt ● Hören Sie mir bloß auf mit Vietnam ● Protokoll BUKO-KA ● „Ein Tag für Afrika“: BUKO-Erklärung, taz-Kommentar
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM

Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21



Martha Wenger

Das US-Zentralkommando Frühzeitig zum Krieg kommen

50.000 Mann bewegen sich durch die Wüste bei Temperaturen von 100 Grad plus. Düsenkampfflugzeuge vom Typ F-18 heulen durch die Luft und bombardieren den Fels und Sand unter sich. Panzer manövrieren auf unebenem Gelände, um feindliche Positionen zu zerschlagen.

Ein Summton ertönt im Helm eines Soldaten: Ein computergesteuertes Lasernetz im Army National Training Center in Fort Irwin, Kalifornien, zeigt diesem Soldaten an, daß er in einem wirklichen Krieg tot wäre.

Dieser wirkliche Krieg, soweit es auf das Pentagon ankommt, könnte sehr wohl im Nahen und Mittleren Osten stattfinden.

Der Soldat nahm teil an „Gallant Eagle 84“, einer Ausbildungsübung des US-Zentralkommandos, die auf einem Szenario des Nahen und Mittleren Ostens

aufbaute und zwischen dem 5. und 11. September 1984 an Örtlichkeiten in Kalifornien und Nevada abgehalten wurde. „Gallant Eagle“, das 33 Mio Dollar für den Transport von Truppen, Panzern, Jeeps und Düsenflugzeugen gekostet hat, ist nur die letzte in einer Serie 20 solcher Übungen, die seit 1980 abgehalten wurden, um die schnellen Eingreifstreitkräfte auf eine Intervention im Nahen und Mittleren Osten oder an einem der anderen weltweiten Krisenpunkte vorzubereiten.¹

„Wir müssen vorbereitet sein“, schreibt Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger in seinem Jahresbericht an den Kongreß für das Haushaltsjahr 1985, „um Streitkräfte unverzüglich in jede einzelne unter einer Anzahl von Regionen rund um die Welt zu verlegen —

möglicherweise gleichzeitig.“ „Besonders interessiert sind wir“, fügt er an anderer Stelle hinzu, „an der Verbesserung unserer Fähigkeit, umfangreiche Kampftruppen nach Europa ... und nach Südwestasien ... zu verlegen...“²

Indem er alle Überreste der Stellvertretertruppen-Doktrin von Präsident Nixon (von 1969; d. Red.) kurzerhand fallenläßt, bestätigt Weinberger offen, daß „unsere Gesamtstrategie gegen einen sowjetischen Zugriff auf die Ölfelder des Persischen Golfes einen frühzeitigen Einsatz von US-Streitkräften erfordert.“

Zuständig für die Verlegung dieser Streitkräfte in den Nahen und Mittleren Osten ist jetzt das US-Zentralkommando (USCENTCOM), das am 1. Januar 1983 als Nachfolger der Vereinigten Schnellen Eingreifstreitkräfte geschaffen wurde.

Keine Einladung erforderlich

Das Zentralkommando kontrolliert ein Territorium, das lange zwischen den Kommandos für Europa und den Pazifik aufgeteilt gewesen war: Saudi Arabien, Kuwait, Oman, Bahrain, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Nord- und Süd-jemen, Irak, Iran, Jordanien, Afghanistan, Pakistan, Ägypten, Sudan, Äthiopien, Dschibuti, Somalia, Kenia, Rotes Meer, Persischer Golf, Arabisches Meer/nördlicher Indischer Ozean. Interessanterweise schließt dieses Gebiet Israel, den Libanon oder Syrien nicht ein.

Das Zentralkommando ist das erste neue vereinigte Kommando seit mehr als 35 Jahren. Es sieht sich Hindernissen gegenüber, die im Fall langetablierter Kriegsschauplätze wie etwa Europa oder Korea undenkbar wären: Während bei einem vollen Einsatz an die 300.000 Mann erforderlich sein könnten, müßten sie alle von in den USA stationierten Einheiten des Heeres, der Flotte, des Marinekorps oder der Luftwaffe „entliehen“ werden. Von diesen sind die meisten außerdem für Aufgaben in Eventualfällen der Dritten Welt vorgesehen (siehe Tabelle).

Die USA haben weder einen einzigen gegenseitigen Verteidigungspakt nach Art der NATO mit irgendeiner Nation im Operationsbereich des CENTCOM (wenngleich Geheimverträge bestehen mögen), noch unterhalten sie eine nennenswerte landstationierte Truppenpräsenz in der Region. Das CENTCOM-Hauptquartier ist 7.000 Meilen entfernt, in den alten Bunkern des Strategischen Luftkommandos auf dem Luftwaffenstützpunkt McDill, Florida; eine kleine „vorgeschobene Einheit des Hauptquartiers“ von 20 Offizieren wurde am 31. Dezember 1983 geschaffen, an Bord der „La Salle“ des Flaggschiffs der Mittelost-Flotte mit fünf Schiffen, die seit 1949 im Persischen Golf operiert.



US-Flugzeugträger „Midway“ mit begleitender Kampfgruppe von Schlachtschiffen

Die Geländebeziehungen in Südwestasien sind sehr mannigfaltig, und das strenge Klima und der Mangel an Wasser für Menschen wie für Maschinen stellen die Planer des Zentralkommandos vor schlimme Probleme.

Für was halten angesichts dieser Hindernisse die militärischen Planer die Streitkräfte des Zentralkommandos für geeignet?

Ihre Aufgabe wurde in den geheimen Verteidigungs-Leitlinien von 1982 (Wortlaut siehe AIB-Sonderheft 2/1984, S. 36-38; d. Red.) umrissen: „Unsere wichtigsten Ziele sind, den ständigen Zugang zum Öl des Persischen Golfs zu sichern und die Sowjets daran zu hin-

dern, daß sie direkt oder durch Stellvertreter politisch-militärische Kontrolle über das Öl erlangen.“³

Doch zeigt ein Abschnitt aus dem Verteidigungs-Leitliniendokument für das folgende Jahr, der durchgesickert ist, an, daß nach Ansicht des Pentagon einige Jahre und Milliarden von Dollar dazu fehlen, um diese Aufgabe erfüllen zu können: „Wir müssen eine angemessene Sicherheit erlangen, daß die Kriegführungsziele der Vereinigten Staaten bis zum Ende des Jahrzehnts erreicht werden können.“⁴

Einige Untersuchungen besagen, daß die Schnellen Eingreiftruppen für ihre Aufgabe so schlecht gerüstet sind, daß ihre Entsendung in die Region soviel bedeu-

ten würde, wie „Schafe zum Schlachten zu führen“.⁵

Die Pentagon-Beamten weigern sich, offizielle Verlustschätzungen anzugeben, aber ernstzunehmende Untersuchungen sagen voraus, daß bis zur Hälfte der Landstreitkräfte des Zentralkommandos in den ersten 60 Kampftagen tot oder schwer verwundet sein würden.⁶

Minister Weinbergers eigener Bericht an den Kongreß im Jahr 1984 gibt zu, daß die verlegbaren Lazarette, die heute zur Verfügung stehen, weniger als einen von 10 Verwundeten in einem Krieg in Südwestasien versorgen könnten.

Die militärischen Befehlshaber, die solch hohe Verluste politisch nicht vertreten können, sehen gegenwärtig für die Streitkräfte des Zentralkommandos eine etwas andere Rolle vor. Nach ihrer Vorstellung könnte eine mit atomaren Trägerwaffen ausgerüstete kleine Truppe schnell in die Region verlegt werden als eine Warnung an die feindlichen Streitkräfte, daß die USA darauf vorbereitet sind, nötigenfalls bis zum Einsatz von Atomwaffen zu eskalieren, um ihre Interessen zu schützen.

Diese Strategie wurde dargelegt im Air Land-Battle-Operationshandbuch FM 100-5 (Field Manual), des US-Heeres, welches im August 1982 zur Politik der Armee wurde (Wortlaut in: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 27-36; d. Red.). In einem Kapitel über mögliche Operationen stellt das Handbuch fest: „Eine relativ kleine, schnell verlegbare Truppe mit Atomwaffen kann für den Einsatz in Eventualfällen vorgesehen werden. Diese Truppe könnte als Abschreckungsmittel dort erfolgversprechend sein, wo eine große, konventionelle Streitmacht zu spät kommen würde.“

Invasionen auf Luftkissen...

Die offizielle Politik, wie sie ausgesprochen wurde von einem Staboffizier des Zentralkommando-Hauptquartiers, ist die, daß „eine Einladung eine militärische Notwendigkeit ist“.⁷ Eine kürzliche Studie des Forschungsdienstes des Kongresses bemerkt beschönigend, daß „das nicht übereinstimmt mit den Leitlinien-Dokumenten, die besagen, daß die Streitkräfte fähig sein müssen zu zwangsweisem Eindringen, ohne auf eine Einladung zu warten“.⁸

Das Pentagon beabsichtigt, im kommenden Jahrzehnt Milliarden von Dollar in das Zentralkommando zu investieren, um es dazu zu befähigen, eine größere Anzahl von Streitkräften in die Region zu verlegen, und damit seine Interventionsaufgabe direkter zu erfüllen.

Die Einsatzmöglichkeiten des Zentralkommandos hängen maßgeblich von Verbesserungen in der Ausbildung, Aus-

Aus dem Wahlprogramm der Republikaner US-Sonderinteressen im Nahen und Mittleren Osten

Die Politik Präsident Reagans in diesem Gebiet ist flexibel genug gewesen, sich den rasch verändernden Umständen anzupassen, und doch so in sich geschlossen und glaubwürdig, daß alle Nationen unsere Entschlossenheit erkennen, unsere lebenswichtigen Interessen zu schützen. Das geschickte Krisenmanagement des Präsidenten im iranisch-irakischen Krieg hat verhindert, daß dieser Konflikt unsere Lebensinteressen geschädigt hat...

Die sowjetische Invasion Afghanistans 1979, die die Carter-Mondale-Administration überrascht hat, brachte sowjetische Streitkräfte in eine Entfernung von weniger als 400 Meilen von der strategisch wichtigen Straße von Hormuz. Die Geiselnahme von Amerikanern im Iran im gleichen Jahr fand die Vereinigten Staaten unvorbereitet und nicht in der Lage, zu reagieren.

Im Libanon herrscht trotz unserer besten Bemühungen, die Stabilität in diesem unglücklichen Land zu fördern, weiterhin Unruhe. Nachdem die syrische Führung unter wachsenden Einfluß der Sowjets gerät und die PLO und ihre Selbstmord-Terrorgruppen sich in Syrien festsetzen, muß die amerikanische Politik gegenüber dieser Region wachsam und stark bleiben. Die Republikaner bekräftigen, daß die Vereinigten Staaten nicht mit der PLO verhandeln oder sie anerkennen sollten, solange diese Organisation auch weiterhin den Terrorismus fördert, Israels Existenzrecht bestreitet und sich weigert, die UN-Resolutionen 242 und 338 zu akzeptieren.

Der Eckpfeiler dieses Schutzes ist und bleibt wie in den letzten drei Jahrzehnten unsere moralische und strategische Beziehung zu Israel. Wir sind Verbündete in der Verteidigung der Freiheit. Israels Stärke zusammen mit amerikanischer Unterstützung ist das Haupthindernis für eine sowjetische Beherrschung der Region. Die Souveränität, Sicherheit und Integrität des Staates Israel ist ein moralisches Gebot. Wir verpflichten uns, die qualitative militärische Überlegenheit Israels über seine Gegner erhalten zu helfen...

Unsere Entschlossenheit, uns aktiv an dem in Camp David begonnenen Friedensprozeß zu beteiligen, hat uns in den letzten vier Jahren die Unterstützung gemäßigter arabischer Staaten eingetragen. Israels Partner in den Abkommen von Camp David, Ägypten, ist mit amerikanischer Unterstützung eine konstruktive Kraft der Stabilität geworden. Wir verpflichten uns zur weiteren Unterstützung Ägyptens und anderer gemäßigter Regierungen gegen sowjetische und libysche Subversion, und wir erwarten von ihnen, daß sie zu unseren Bemühungen um eine langfristige Lösung der zerstörerischen Streitigkeiten der Region beitragen.

Wir glauben, daß Jerusalem eine ungeteilte Stadt mit freiem und ungehindertem Zugang zu allen heiligen Städten für alle Gläubigen bleiben sollte.

(Quelle: Auszüge aus dem Wahlprogramm der Republikanischen Partei, verabschiedet vom Nationalkongreß am 21.8.1984, in: Amerika-Dienst, Hintergrundmaterial, Bonn, Nr. 35/1984, S. 8-9)

rüstung und Beweglichkeit ab. Mehr als jeder andere Verteidigungshaushalt in der jüngsten Geschichte legten die Forderungen des Pentagon an den Kongreß für das Haushaltsjahr 1985 den Nachdruck gerade auf diese Aspekte militärischer Einsatzbereitschaft, die für das Zentralkommando die lebenswichtigsten sind: Bereitschaft und Kräfteverlegung in Krisengebiete der Dritten Welt. Der Militäranalytiker Michael Klare hat ausgerechnet, daß bei einer allgemeinen Zunahme der Forderungen des Verteidigungshaushalts von 13% (auf 305 Mrd Dollar) die Ausgaben für „Kräfteverlegung“ – für solche Dinge wie Flugzeugträger, amphibische Landungsfahrzeuge und Luftbrücken, um Truppen und Ausrüstung rechtzeitig zum Krieg zu bringen – um nicht weniger als 34% steigen sollen.⁹

Drei Programme, die im Haushalt des Fiskaljahres 1985 (Beginn Oktober 1984; d. Red.) ins Zentrum gerückt worden sind, werden besonders die vielfältigen Fähigkeiten des Pentagon zu Interventionen in der Dritten Welt vermehren, und damit die Bereitschaft des Zentralkommandos erhöhen, seine Mission zu erfüllen:

- ein aggressiver Aufbau von Seestreitkräften, besonders von Flugzeugträgern und amphibischen Landungsfahrzeugen;
- Schaffung von hochmobilen, leichten

Heeresdivisionen; und

- Wiederbelebung von Kommando- und Counter-Insurgency-Einheiten (Aufstandsbekämpfung; d. Red.) in den Special Forces (Sondereinheiten; d. Red.).

Höchste Priorität im Programm der US-Flotte für das Haushaltsjahr 1985 hat die Erweiterung und Verbesserung von „Kräfteverlegungsmitteln, einschließlich Flugzeugträger-Kampfgruppen, amphibischen Landefahrzeugen, reaktivierten Schlachtschiffen, Angriffs-U-Booten und Marschflugkörpern“.

...und mit Flottenbombardements

Falls die Mittel bewilligt werden, würde die Flotte von jetzt 516 Schiffen bis zum Ende des Haushaltsjahres 1985 auf 545 Schiffen vermehrt werden. Besonders geeignet für Südwestasien sind die „schwimmenden Basen“ der Flotte, ihre Flugzeugträger. Jedes dieser Schiffe trägt mehr als 5.000 Mann und befördert etwa 80 hochentwickelte Kriegsflugzeuge. Sie tragen komplizierte konventionelle Waffensysteme und eine Komponente von Atomsprengköpfen, die von Flugzeugen abgeworfen werden können.

Die Flotte plant, von jetzt 13 Flugzeugträger-Kampfgruppen auf 15 zu kommen.¹⁰ Drei Flugzeugträger-Kampfgruppen sind im Bedarfsfall für den Dienst im Zentralkommando vorgesehen.

Die amphibischen Landetruppen, die zuletzt bei der Grenada-Invasion (Oktober 1983; d. Red.) und zur Unterstützung der Marineinfanteristen im Libanon eingesetzt worden sind, sollen nach den Plänen der Flotte verstärkt werden, um die amphibischen Transportkapazitäten im bevorstehenden Jahrzehnt um ungefähr 1/3 zu erhöhen.

Dieses Ziel hält Minister Weinberger für besonders wichtig „im Lichte des Bedarfs an einer erweiterten militärischen Abschreckung gegen die sowjetische Aggression in Südwestasien“.

Der Eckstein dieses Programms ist das LHD-1, ein amphibisches Landungsschiff von 40.000 Tonnen, das Truppen, Fahrzeuge, große Mengen von Hubschraubern und drei Luftkissen-Landungsschiffe befördern wird. Mit dem langfristigen Ziel von 10 oder 11 Stück fordert der Pentagon-Haushalt 39,2 Mio Dollar für dieses Jahr und sieht für das Fiskaljahr 1986 1,365 Mrd Dollar für diese Schiffe vor.

Außerdem führt die Flotte ein neues Luftkissen-Landungsschiff (LCAC) ein, das mit hohen Geschwindigkeiten Kampffahrzeuge für einen Marineangriff vom Schiff zum Strand tragen und es

ihnen ermöglichen soll, von dutzenden Meilen außerhalb der Küste aus anzugreifen, außerhalb der Reichweite vieler landgestützter Waffen. Mindestens 90 davon sollen angeschafft werden; 12 sind bis jetzt beschafft worden, 9 (245,7 Mio Dollar) sind für 1985 gefordert, und 57 für die nächsten 5 Jahre.

Schließlich verlangt das Marine-Budget 449,2 Mio Dollar, um ein Schlachtschiff des 2. Weltkrieges zu entmotten, die USS Missouri, die die Angriffskraft der Flotte rascher und billiger verstärken kann, als neue Flugzeugträger gebaut werden können. Die Schlachtschiffe sollen mit „Tomahawk“-Marschflugkörpern bewaffnet werden, die sowohl konventionelle wie atomare Sprengköpfe Hunderte von Meilen weit tragen können.¹¹

1982 führte das erste derart reaktivierte Schlachtschiff, die USS New Jersey, das schwerste Flottenbombardement seit dem Vietnamkrieg (1964-73) durch, als es Granaten von einer Tonne in libanesischen Dörfern schoß. Ein zweites Schiff, die USS Iowa, wurde Ende April 1984 wieder in Dienst gestellt.

In Umkehr eines dreißigjährigen Trends zu größeren und schwerer ausgerüsteten Divisionen plant die US-Armee jetzt, zwei schlagkräftige leichte Elite-Infanteriedivisionen aufzustellen, für schnelle Reaktion auf Konflikte von geringerer Intensität in rohstoffreichen Ländern der Dritten Welt.¹² Die leichten Divisionen, von denen die Armee möglicherweise fünf haben möchte, werden aus bestehenden Truppen gebildet werden.

Eine leichtere Truppe

Verglichen mit der traditionellen Division von etwa 18.000 Mann werden die leichten Divisionen aus etwa 10.000 Mann bestehen. Während bei einer normalen Division an die 12 Tage und 1.500 Flüge mit C-141-Flugzeugen nötig sind, um sie an den Persischen Golf zu verlegen, würden die neuen Divisionen 1/3 dieser Zeit und erheblich weniger Hilfsoldaten (wie etwa Mechaniker) benötigen.¹³

Streitkräfte der Dritten Welt, nicht sowjetische Truppen, werden nach den Erwartungen des Pentagon in naher Zukunft die Gegner auf dem Schlachtfeld sein. Ein starkes Anzeichen dafür ist die „hohe Priorität“, die 1985 der Verstärkung der Special Operations Forces (SOF, Kräfte für Sonderoperationen; d. Red.), einschließlich der Green Berets und der SEALs der Flotte, die die Speerspitze der Grenada-Invasion bildeten.

Nach Ansicht von Minister Weinberger „spiegelt die hohe Priorität, die wir der Wiederbelebung der SOF eingeräumt haben, unsere Erkenntnis wider, daß ein

Pentagon-Liste

US-Zentralkommando

Bei einem vollständigen Aufmarsch des US-Zentralkommandos könnten fast 300.000 Mann beteiligt sein, einschließlich derer, die zur Unterstützung des Kommandos operieren würden. Ein vollständiger Aufmarsch würde die folgenden Typen von Streitkräften einschließen:

Hauptquartier des US-Zentralkommandos (vergrößert)	1.100
Zentralkommando der US-Heeresstreitkräfte Hauptquartier, Zentralkommando des US-Heeres (Dritte US-Armee) Hauptquartier des XVIII. Luftlande-Korps 82. Luftlande-Division 101. Luftlande-Division (Luftangriff) 24. Infanterie-Division (mechanisiert) 5. Kavallerie-Brigade (Luftkampf) 1. Korps-Unterstützungs-Kommando	131.000
Zentralkommando der US-Seestreitkräfte Hauptquartier, Zentralkommando der US-Seestreitkräfte 3 Flugzeugträger-Kampfgruppen 1 Oberflächen-Aktionsgruppe 3 Amphibische Bereitschaftsgruppen 5 See-Patrouillen-Geschwader US-Mittel- und Nahost-Streitmacht	123.000
US-Marinekorps-Streitkräfte 1 Amphibische Marine-Streitmacht, bestehend aus: 1 Marine-Division (verstärkt) 1 Marine-Flugzeuggeschwader 1 Streitkräfte-Dienst-Unterstützungs-Gruppe 1 Amphibische Marine-Brigade, bestehend aus: 1 Marine-Regiment (verstärkt) 1 Marine-Luft-Gruppe (gemischt) 1 Brigaden-Dienst-Unterstützungs-Gruppe	70.000
Zentralkommando der US-Luftstreitkräfte Hauptquartier, Zentralkommando der Luftstreitkräfte (9. Luft-Streitmacht) 7 Taktische Kampfgeschwader 4 Taktische Kampfgruppen 1 Taktische Kampfstaffel 1 Luftlande-, Warn- und Kontroll-Geschwader 1 Taktische Aufklärungs-Gruppe 1 Elektronische Kampfgruppe 1 Spezialoperationen-Geschwader	33.000
Streitkräfte für nichtkonventionelle Kriegführung und Spezial-Operationen	3.500
Gesamtstärke	291.600
(Quelle: US Central Command, in: MERIP Reports, Washington, Nr. 128, November-Dezember 1984, S.20)	

Konflikt auf niedrigem Niveau – für den die SOF in einzigartiger Weise geeignet sind – diejenige Bedrohung sein wird, mit der wir es in der Endphase dieses Jahrhunderts höchstwahrscheinlich zu tun haben werden“.

Diese Truppen werden ausgebildet in der Antiguerilla-Kriegführung, Kommando-unternehmen, Sabotage, überfallartigen Angriffen, psychologischer Kriegführung und Geheimdienstaufträgen. SOF-Einheiten bilden außerdem zur Zeit weltweit in 15 Nationen Streitkräfte aus. Mitte September 1984 wurde die erste Gruppe der Special Forces, die 776 Mann zählt, reaktiviert – die erste derartige Einheit seit dem Vietnamkrieg, die in den aktiven Dienst zurückgekehrt ist. 1985 werden drei zusätzliche Fliegerkompanien in Dienst gestellt werden. Mittel werden auch gefordert, um die Sprachkenntnisse der SOF zu verbessern und um Flugzeuge zu kaufen, die eigens ausgerüstet werden, um SOF-Teams in Operationsgebieten „abzusetzen und wieder abzuholen“.

Eine vereinigte Agentur für Spezialoperationen wurde am 1. Januar 1984 geschaffen, um diese vermehrten Anstrengungen zu überwachen. Das Zentralkommando kann bis zu 3.500 Angehörige der Special Forces für seine Aufgaben heranziehen.

Der Pentagon-Haushalt ist auf solche Weise entworfen worden, daß schwer auszumachen ist, wieviel vom Dollar des Steuerzahlers nun für Interventionsvorbereitungen in Südwestasien ausgegeben wird.

Die meisten Ausgaben für die Aufgabe des Zentralkommandos sind in den Etats der vier Waffengattungen verborgen. Verteidigungsminister Weinberger hat dem Kongreß gesagt, daß 13,6 Mrd Dollar in den Jahren 1984-88 für Projekte im Zusammenhang mit der schnellen Verlegung ausgegeben werden sollen, wovon fast 4,4 Mrd Dollar speziell für Südwestasien sein sollen.¹⁴

Diese Zahl kommt jedoch durch eine außerordentlich enge Berechnungsweise zustande. Der frühere Pentagon-Analytiker Earl Ravenal legt nahe, daß eine realistischere Zahl alles enthalten müßte, von C-Rationen bis zu den Schecks der Soldaten für Soldatenflugzeuge. Indem er den ganzen Verteidigungshaushalt geographisch aufteilte, rechnete er aus, daß das Pentagon etwa 59 Mrd Dollar für schnelle, bewegliche Interventionsstreitkräfte im allgemeinen verlangt, und zusätzlich 47 Mrd eigens für den Persischen Golf, allein im Fiskaljahr 1985.¹⁵

Die Zahlen enthalten Ausgaben für drei entscheidende Aspekte der Planung für das Zentralkommando: Einrichtungen in der Region und für unterwegs zu schaffen, die eine Interventionsmacht beherbergen sollen; die Anstrengungen

befreundeter Nationen der Region zum Aufbau ihrer eigenen militärischen Kräfte und Einrichtungen zu unterstützen; und Vorlagerung von Ausrüstungen auf Schiffen im Indischen Ozean.

Ein durchgesickelter Teil der jüngsten geheimen Verteidigungs-Leitlinien von Minister Weinberger, ein alljährlicher Überblick über die militärischen Ziele der USA, ruft nach „einer so starken Präsenz zu Lande im (Nahen und Mittleren Osten), wie nur immer machbar“.¹⁶

Vorräte für 30 Kriegstage

Im Lauf der Jahre haben die Regierungen Carter und Reagan Zugang zu einer Reihe von Häfen, Luftstützpunkten und anderen Einrichtungen erlangt (siehe Kasten). In den Jahren 1980-84 hat der Kongreß 871 Mio Dollar für militärische Baumaßnahmen zur Verbesserung dieser Einrichtungen bewilligt. Und die Reagan-Administration plant, eine Summe von weiteren 252 Mio Dollar für 1985-89 zu fordern.

Ebenso bezeichnend ist die US-Strategie der Lieferung von komplizierten Flugzeugen und Luftverteidigungssystemen an Golfstaaten, vornehmlich Saudi Arabien, ebenso wie der Bau großer Luftstützpunkte und anderer Einrichtungen in solchen Ländern, mit Einzelheiten, die mehr geeignet sind für die Unterbringung einer US-Interventionsstreitmacht als für die Selbstverteidigung.

Ein Zugang der USA zu solchen Einrichtungen im Krisenfall wird aus politischen Gründen nicht öffentlich zugegeben, aber mit Sicherheit von den Planern des Pentagon stillschweigend angenommen. Die hochkomplizierten AWACS-Flugzeuge der USA, die gegenwärtig an Saudi Arabien vermietet sind und eventuell ersetzt werden sollen durch solche, die die Saudis kaufen werden, sind das vornehmste Beispiel dieser Pentagon-Strategie. Nach Quellen der Flotte und der Luftwaffe werden die AWACS der Saudis, wenn sie erst einmal vollständig bereitstehen, imstande sein, den Luftverteidigungsradar für alle Flugzeuge auf einem US-Flugzeugträger oder in einem

Geschwader des Marinekorps zu bedienen, bis zu zwei Kampfgeschwadern der US-Luftwaffe und den saudischen Luftverteidigungskräften.¹⁷

Dieses Luftverteidigungssystem wird bald verstärkt werden durch ein 50-Mio-Dollar-Paket für Radar und Kommunikationsmittel, das die Reagan-Administration für Kuwait fordert. Wenn es bewilligt ist, wird es dem Militär von Kuwait erlauben, die Informationen besser zu nutzen, die von den in Saudi Arabien stationierten AWACS geliefert werden.¹⁸

Obwohl einiges an Ausrüstung für die Streitkräfte des Zentralkommandos in der Region selbst im voraus gelagert worden ist, in Oman zum Beispiel, ist das meiste davon an Bord von Schiffen in der Nähe der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean.

Atomwaffeneinsatz am Golf...

Aus den sieben Schiffen, die 1980 dort stationiert waren, sind bis 1983 17 geworden, mit den folgenden Ladungen: Ausrüstung für eine Luft-Boden-Kampfgruppe der Marine, zwei Schiffe mit Versorgungsvorräten für 30 Tage, drei mit Munition für Luftwaffe und Heer, vier mit 44 Mio Gallonen (1 Gallone = 3,78 Liter; d. Red.) Treibstoff, eines mit 9 Mio Gallonen Trinkwasser, und die übrigen mit verschiedenerlei Vorräten.¹⁹

Das Pentagon plant, diese vorgelagerten Vorräte stetig zu ergänzen mit dem Ziel, genug Ausrüstung bereitzuhalten, um drei kämpfende Marine/Luftlande-Brigaden von 16.500 Mann mehr als 4 Wochen lang zu versorgen, und um außerdem Vorräte bereitzuhalten für diejenigen Einheiten des Heeres und der taktischen Luftwaffe, die in den ersten 5 Tagen des Konflikts direkt von den USA eingeflogen werden würden.²⁰

Ende Juli 1984 tauchte ein Bericht auf, den der Untersuchungsausschuß des Bewilligungs-Komitees des Repräsentantenhauses im März 1983 angefertigt hatte und der eine erbitterte Kontroverse über die Frage auslöste: Sind die US-Streitkräfte kampffähig?

Die kurze Antwort war: „Nein“. In

„Gallant Eagle 84“: Hawk-Rakete (L) und Electronic des AWACS-Überwachungsflugzeugs



Wirklichkeit ist die veröffentlichte Fassung des Berichts über die Einsatzbereitschaft von allen entscheidenden Faktenangaben „gereinigt“ worden: nur zwei von 16 Heeresdivisionen wurden als „kampfbereit“ eingestuft; die amphibische Marineeinheit, die nach dem Libanon verlegt worden war, sei ohne die nötigen Minenräumgeräte in minenverseuchten Gegenden an Land gegangen; die US-Armee könne nicht „für irgendeinen längeren Zeitraum“ im Kampf standhalten, dank des Mangels an Material.²¹

Ohne auf irgendeine Erkenntnis des Berichts direkt zu antworten, reagierte Minister Weinberger sogleich mit der Antwort, der Bericht sei politisch gefärbt und „in gefährlicher Weise falsch“. Die USA hätten unter der Reagan-Administration ihre Fähigkeit zur Kriegführung „enorm gesteigert“, versicherte er.

Für Gegner einer militärischen Intervention der USA in Südwestasien muß die Versuchung, sich zu beruhigen mit dem Gedanken, die US-Streitkräfte seien nicht vorbereitet auf eine Intervention, rasch der Erkenntnis weichen, daß Mangel an Einsatzbereitschaft nicht gleichgesetzt werden kann mit einer Verminderung der Kriegsgefahr.

Sollten sich die vorhandenen konventionellen Streitkräfte als außerstande erweisen, die Interessen der USA in der Region zu sichern, dann sind die Verantwortlichen der USA jetzt bereit, zum Einsatz von Atomwaffen überzugehen.

...von Reagan fest eingeplant

Gestützt auf Diskussionen mit Pentagon-Beamten schreibt Anthony Cordesman, der strategische Wert des Golfs sei so groß, daß sowohl die Reagan- wie die Carter-Administration die UdSSR habe wissen lassen, daß „die USA lieber Atomwaffen einsetzen würden, als einen endgültigen Verlust des Golföls hinzunehmen“.²²

Präsident Reagan hat diese Drohung ganz unmißverständlich ausgesprochen: Die Verlegung von Landstreitkräften der USA – hat Reagan festgestellt – würde

ausgehen „von der Annahme, ...daß die Sowjetunion noch nicht bereit ist, diese Konfrontation zu wagen, die zum 3. Weltkrieg führen wird... Und ich meine, eine Präsenz (in Südwestasien) gibt zu verstehen, daß es durchaus um unser nationales Sicherheitsinteresse geht... Und sie werden sich das gut überlegen müssen.“²³

Einsatzbereitschaft ist eine relative Sache. Wie Cordesman es ausdrückt: „Die USCENTCOM-Streitkräfte ... haben es noch mit Problemen der Kampfbereitschaft zu tun, aber ihre Einsatzbereitschaft ist jetzt erheblich besser als zur Zeit des Schah-Sturzes (Februar 1979; d. Red.).“

Der massive Zustrom von Geldmitteln zum Aufbau der Verteidigung unter der Reagan-Administration hat fraglos die Einsatzbereitschaft gesteigert, trotz aller Verschwendung, allen Schwindels und allen Leerlaufs in der militärischen Produktion.

Doppelverpflichtung der NATO

In engem Zusammenhang mit der Debatte über die Einsatzbereitschaft steht die Frage der doppelten Verpflichtung. Dieser Begriff trifft für Streitkräfte zu, denen besondere Rollen in zwei oder mehr Truppenkontingenten zugewiesen worden sind – z.B. im Persischen Golf und in der NATO.

Die aktuelle Verlegung in einer Krise würde ernsthaft die Reserven verringern, die für militärische Aktionen anderswo verfügbar sind. Die Reagan-Administration sucht diesem Problem beizukommen, indem sie ihre NATO-Verbündeten anhält zweierlei zu tun: einen Teil der Meinungsverschiedenheiten in der NATO beizulegen, so daß die USA freie Hand haben, um auf Eventualfälle in der Dritten Welt zu reagieren; und nach Möglichkeit selbst eine größere Rolle zu übernehmen, entweder für sich allein oder vielleicht sogar als Teil einer multinationalen Streitmacht, die auf Krisen im Persischen Golf zu antworten hätte. Offensichtlich ist Washington in beiden Angelegenheiten um einiges vorangekommen.

Ein Beispiel dafür ist das Abkommen zur „Unterstützung durch die Aufnahme im Kriegsfall“ (WHNS) zwischen Bonn und Washington, unterzeichnet am 15. April 1982 (Wortlaut: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 39-40; d. Red.). Es sieht vor, daß in Krisen- oder Kriegszeiten 90.000 (bundes-)deutsche Soldaten die Aufgaben von US-Soldaten übernehmen sollen. Zu diesen Aufgaben zählen der Schutz von Luftwaffen- und Heereseinrichtungen der USA, der Materialtransport, die Versorgung von Verwundeten,

die Bewachung von Kriegsgefangenen und die Entgiftung von Geräten und Personal.

Während beide, (die Bundesrepublik) Deutschland wie die USA sagen, dieses Abkommen gelte für NATO-Fälle, d.h. für europäische Eventualfälle, sind die verwendeten Begriffe „Krise“ und „Krieg“ geflissentlich unklar gelassen worden. Ein solcher Personalaustausch könnte in der Tat dafür bestimmt sein, US-Truppen für eine Verlegung in den Mittleren und Nahen Osten freizustellen.²⁴

„Helix 84“, eine Zivilübung der NATO, die im März 1984 durchgeführt wurde, weist stark darauf hin, daß ein solcher Austausch von Mannschaften das Planungsstadium erreicht hat.

Die Übung war aufgebaut auf dem Szenario einer sowjetischen Invasion im Iran, bei einem gleichzeitigen Aufmarsch von Streitkräften des Warschauer Pakts entlang der jugoslawischen Grenze. Während der Übung „probte die NATO-Maschinerie die Verlegung der Schnellen Eingreiftruppe der USA in das Krisengebiet zeitgleich mit einiger amerikanischer Verstärkung aus Europa, und die Ersetzung der letzteren durch europäische Truppen und Ausrüstungen“.²⁵ Hinsichtlich einer direkten Beteiligung von Verbündeten bei Interventionen hat der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General John W. Vessey, im Mai 1984 in einem Interview bestätigt, daß „wir zwischen den Vereinigten Staaten und einzelnen Nationen der NATO in verschiedenen Bemühungen außerhalb (des NATO-Bereichs) immer mehr Zusammenarbeit erleben“.²⁶

Diese Zusammenarbeit könnte mehrere Formen annehmen. Bestimmte NATO-Verbündete – besonders die Türkei und Portugal – besitzen Einrichtungen, die von Streitkräften des Zentralkommandos auf dem Weg zu Einsätzen am Golf benutzt würden. Andere, wie etwa Frankreich und Großbritannien, haben bereits Seestreitkräfte in der Region, die eine US-Intervention unterstützen könnten.²⁷

Vereinte Aktionen dieser Art hat es bei mindestens zwei Gelegenheiten schon gegeben: zu Beginn des iranisch-irakischen Kriegs (September 1980; d. Red.), als Frankreich, Großbritannien, Australien und Neuseeland gemeinsam 19 Schiffe in die Region verlegten, um den Iran vor einer Schließung der Straße von Hormuz zu warnen²⁸; und wiederum bei der Minenräumaktion von 1984 im Roten Meer, als US-Streitkräfte in sorgfältiger Koordination mit Großbritannien und Frankreich in die Region kamen.²⁹

Wer auch immer hinter den Explosionen im Roten Meer gesteckt haben mag, bemerkte der Christian Science Monitor,



US-Stützpunktring um Südwestasien



Ausbau der Landepiste auf Diego Garcia

Die dem US-Zentralkommando beigeordneten Militärbasen und -einrichtungen wurden in den 80er Jahren stetig ausgebaut. Zwar ist der Ausbau zugeschnitten auf die Nutzung durch die Schnelle Eingreiftruppe (RDF) der USA, auf deren Transport-, Material- und Informationsbedarf bei Einsätzen im Nahen und Mittleren Osten, doch reichen die nunmehr bereitstehenden Installationen über die Kernregion hinaus. Sie finden sich in: Bahrain, Diego Garcia, Oman, Saudi Arabien, Ägypten, Dschibuti, Somalia, Kenia, Türkei, Zypern, Portugal, Marokko und Liberia.

Die wichtigsten Einrichtungen sind in: Bahrain. Im Hafen Jufair anker die fünf Schiffe der Mittelost-Streitmacht. Unter ihnen befindet sich die „La Salle“, welche die vorgeschobene Hauptquartiereinheit des US-Zentralkommandos beherbergt. Die Flotte der USA benutzt den inmitten des Persischen Golfs gelegenen Hafen Jufair regulär seit 1949.

Diego Garcia. Obgleich der vormals britische Inselstützpunkt im Indischen Ozean nahezu 3.000 Meilen vom Golf entfernt ist, spielt er eine Schlüsselrolle in den RDF-Interventionsplänen. 1.250 US-Militärs sind dort präsent. Sein Militärflughafen wurde stark erweitert, so daß atomwaffentragende B-52-Bomber des Strategischen Luftkommandos (SAC) von hier aus starten können. Ein Gutteil der Versorgungsmaterialien für die Marine- und Luftlandetruppen des Zentralkommandos werden hier vorausgelagert. Für 1983-85 gewährte der US-Kongreß 170,31 Mio Dollar für weitere Ausbaurbeiten auf Diego Garcia.

Ägypten. 49 Mio Dollar bewilligte der US-Kongreß 1984 für den Ausbau der Stützpunkteinrichtungen in Ras Banas, welche C. Weinberger als „strategisch ebenso vorteilhaft“ wie das Hauptquartier des US-Zentralkommandos wertete. Drei weitere ägyptische Luftwaffenbasen, nämlich Kairo-West, Elgora (vormals israelisch besetztes „Etzion“ auf dem Sinai) und Ras Nosrani, können Kampfflugzeuge wie die fliegenden Überwachungsstationen AWACS abfertigen. Der oberägyptische Luftstützpunkt Qena diente bereits im April 1980 als eine Ausgangsbasis für die Kommandooperation „Blaulicht“, mit der die Carter-Administration die in Teheran festgehaltenen US-Geiseln zu befreien suchte. Derzeit sind laut Pentagon in Ägypten 1.050 US-Militärs stationiert.

Oman. Seit 1980 stehen den US-Streitkräften im Oman ausgedehnte Einrichtungen für die Vorauslagerung von Waffen, Munition, Brennstoff, Lebensmitteln usw. zur Verfügung. 1983-85 investierte Washington 102,1 Mio Dollar in den Ausbau der omanischen

RDF-Lagerungskapazitäten. Die US-Nutzungsrechte gelten für die Luftwaffenbasen Seeb, Thumrait, Masirah, Salalah. In Al-Khasab (Goat-Insel) stehen für sie Flugplatz- und Hafenanlagen bereit. Das Pentagon sieht die Einrichtungen in Oman als hinreichend an, um im Ernstfall dort unverzüglich eine RDF-Brigade unterbringen zu können.

Saudi Arabien. In Saudi Arabien bauten die USA eine Vielzahl von militärischen Einrichtungen, von 1950-80 im Wert von 23,5 Mrd Dollar. Die fünf modernsten saudischen Militärbasen, die Luftwaffenbasen in Ta'if, Dhahran und Riad sowie die Luftwaffen- und Heeresstützpunkte in Tabuk und Khamis Mushayt, dürften auch ohne offizielle Vertragsvereinbarung zwischen Washington und Riad für die RDF bereitstehen. Dem Militärexperten M.O. Johnson zufolge gehen die vorhandenen Einrichtungen „weit über das hinaus, was das saudische Militär künftig jemals benutzen würde. Das legt die Annahme nahe, daß diese Einrichtungen dazu dienen, eines Tages von der RDF benutzt zu werden.“

Mit der vereinbarten Lieferung von fünf AWACS an die Sauds 1986/87 und der zwischenzeitlich „leihweisen“ Bereitstellung von 4 AWACS seit September 1980 verfügen die USA über ein optimales Aufklärungs- und Kontrollsystem inmitten der Ölregion.

Seine Bedienung liegt auf lange Sicht in Händen des Personals der US-Luftwaffe, welche die AWACS-Daten unmittelbar an das US-Zentralkommando weiterleiten. Die vom Pentagon angegebene Zahl 550 für das in Saudi Arabien stationierte US-Personal wird von Experten stark angezweifelt. Cordesman beziffert es auf 13.000 bis 19.500.

Türkei. 1982 unterzeichneten die NATO-Verbündeten USA und Türkei eine Übereinkunft, welche den USA den Aus- bzw. Neubau von drei Basen im östlichen Landesteil, in Erzurum, Mus und Batman, zugesteht. Die Startbahnen dieser Stützpunkte sollen für den ausgedehnten Gebrauch von C-5A-Lufttransportern präpariert werden; hinzu kommen große Nahrungsmittel- und Ausrüstungslager. Von hier aus müssen die Streitkräfte des US-Zentralkommandos eine Distanz zum Golf von lediglich 700 Meilen zurücklegen, verglichen mit 1.000 Meilen vom ägyptischen Ras Banas aus. In der Türkei lagern die US-Streitkräfte Atomwaffen. 5.400 US-Militärs sind dort anwesend. Und US-Kampfflugzeuge des Typs F-4 sind in Incirlik stationiert.

(Quellen: U.S. News & World Report, Washington, 31.12.1984/7.1.1985, S. 42/43 und MERIP Reports, Washington, Nr. 128, November-Dezember 1984, S. 24-26)



Tawfiq Toubi

Was gefährdet die PLO?



Fatah-Führer auf dem 17. Nationalrat von Amman (v.l.n.r.): Abu Iyad (1.), Kaddoumi (3.), Arafat (4.)

Ein Ende der Krise der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ist noch immer nicht in Sicht. Der von ihrer größten Mitgliedsorganisation Al Fatah (Vorsitz Y. Arafat) quasi im Alleingang Ende November 1984 in Amman veranstaltete 17. Palästinensische Nationalrat vermochte die der PLO erwachsenen Gefahren nicht auszuräumen. Arafats Übereinkunft mit König Hussein Mitte Februar d.J. hat den Konfliktstoff in den Reihen des palästinensischen Widerstands erneut erhöht.

Woher die Gefahren rühren, wie zwieschlächtig die Ergebnisse des Nationalrats von Amman zu werten sind und welcher Ausweg aus der PLO-Krise denkbar ist, schätzt der Beitrag von Tawfiq Toubi ein. Der Verfasser ist israelischer Araber, Politbüromitglied der Israelischen Kommunistischen Partei und langjähriger Abgeordneter der Demokratischen Front in der Knesset (Parlament).

(...) Die 17. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats, die vom 22.-29. Dezember 1984 in Amman stattfand, war die zweite Sitzung des Rates seit dem Krieg im Libanon, den die israelische Regierung im Juni 1982 vom Zaun gebrochen hatte, und sie kann nicht losgelöst von dessen Folgen gesehen werden.

Vertane Chancen

Eines der grundlegenden Ziele des Libanonkriegs war die Liquidierung der PLO als eine antiimperialistische nationale Kraft. Die israelische Regierung, die die volle Unterstützung der USA genoß, konnte dieses Ziel nicht erreichen.

Trotz der zahlreichen Opfer ging die PLO aus dem Krieg geeint und mit einem in diesem Maß nie zuvor erreichten Ansehen auf internationaler, regionaler wie auch auf palästinensischer Ebene hervor. Syrien und die patriotischen libanesischen Kräfte konnten ebenfalls die Pläne

Israels und der USA erfolgreich durchkreuzen, und dies aufgrund ihres Kampfes und der festen Unterstützung durch die Sowjetunion.

Die 16. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats, die im Februar 1983 (in Algier; siehe AIB 4/1983, S. 28ff.; d. Red.) stattfand, festigte die Einheit der PLO auf der Grundlage einer antiimperialistischen Position sowie eines Plans für einen realistischen und gerechten Frieden.

Im September 1983 fand daraufhin eine UN-Konferenz in Genf zur Palästinafrage statt. Die Konferenz verstärkte die internationale Unterstützung für die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und den Kampf für einen gerechten Frieden in der Region.

Mit anderen Worten: Nach dem Scheitern der Aggression Israels und der USA im Libanon ergab sich die Möglichkeit, daß die antiimperialistische nationale Bewegung in der Region ein höheres Entwicklungsstadium erreichen und viele Kräfte in der arabischen Welt um sich

scharen könnte.

Zahlreiche Irrtümer, die auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden können, verhinderten jedoch eine Verwirklichung dieser Möglichkeit.

Der Konflikt, der vor dem Hintergrund der syrischen Versuche, einen Schlag gegen die Unabhängigkeit der palästinensischen Nationalbewegung und der PLO zu führen, zwischen der Führung Syriens und der Führung der PLO ausbrach, rief die Rebellion und Spaltung innerhalb der PLO sowie – mit syrischer Unterstützung – Angriffe auf die PLO und ihre Führung, die zum blutigen Angriff in Tripoli führten (siehe dazu: AIB 1/1984, S. 4ff.; d. Red.).

Andererseits wurden auch seitens bestimmter Faktoren in der Führung der PLO hinsichtlich Syriens und der Einschätzung seiner antiimperialistischen Aufgaben Fehler gemacht.

Illusionen und Abenteuerium

Zu dieser Lage gesellten sich Illusionen über die Möglichkeit, eine friedliche Lösung unter US-Schirmherrschaft und mit Unterstützung König Husseins und Präsident Mubaraks zu erreichen.

Der Reagan-Plan (Wortlaut in: AIB 11-12/1982; d. Red.), der erstmals im September 1982 der Öffentlichkeit vorgelegt worden war, wurde erneut ins Spiel gebracht. Es entstanden abwegige Illusionen darüber, daß eine Rückkehr der Arbeiterpartei an die Macht in Israel die Verwirklichung einer gerechten Lösung erleichtern würde. So war etwa die Reise des Knesset-Abgeordneten Darawsheh (arabisches Mitglied der Israelischen Arbeiterpartei; d. Red.) nach Amman, die jedoch scheiterte, ein Ausdruck solcher Hirngespinnste.

Unter diesen Umständen verschärfte sich die Krise innerhalb der PLO, ihre Institutionen wurden lahmgelegt, und die Angriffe auf ihren Status in der Region und in der Welt wurden verstärkt. Bestimmte Kreise innerhalb der PLO verfielen der Selbsttäuschung hinsichtlich einer US-„Lösung“, die in der Praxis eine Liquidations-Lösung mit Hilfe Ammans und Kairo sein würde. Andere Kreise wurden in ihrer Verzweiflung in das Abenteuerium getrieben.

Die Freunde der PLO und Syriens – die sozialistischen Länder mit der Sowjetunion an der Spitze, die antiimperialistischen Kräfte in den arabischen Ländern und in der Welt – suchten mitzuhelfen, den Bruch zwischen der PLO und Syrien zu kitten. Es ist wichtig, die diesbezüglich unternommenen Anstrengungen seitens der Sowjetunion, des Demokratischen Jemen (Süd-; d. Red.), Algeriens und der Kommunistischen Parteien in den arabischen Ländern hervorzuheben.

Die patriotischen Kräfte in der PLO und die in der Demokratischen Allianz zusammengeschlossenen Organisationen — die Kommunistische Partei Palästinas, die Demokratische Front unter Führung Hawatmehs und die Volksfront unter Habbasch — unternahmen viele Anstrengungen, um die Krise in der PLO zu überwinden. Und im Juli 1984 wurde das Abkommen von Aden (Wortlaut in: AIB 9/1984, S. 10f.; d. Red.) — es wurde später Aden/Algier-Abkommen genannt — zwischen Al Fatah und der Demokratischen Allianz unterzeichnet.

Richtungweisende Grundposition...

Es legte die politischen und organisatorischen Grundlagen für die Stärkung der antiimperialistischen Ausrichtung der PLO sowie für die Konsolidierung ihres Kampfes in Richtung eines gerechten Friedens. Das Aden/Algier-Abkommen hob die Gültigkeit der Beschlüsse der 16. Tagung des Nationalrats in Algerien (vom Februar 1983; d. Red.) für die PLO hervor und bekräftigte insbesondere ihre Ablehnung der Camp-David-Abkommen (Separatabkommen zwischen Israel, Ägypten und den USA 1978/79; d. Red.) und des Reagan-Plans sowie des Autonomieplans. Es hob die Festigung der Bindungen mit den arabischen Kräften der nationalen Befreiung und den befreundeten Kräften in der internationalen Arena, insbesondere der Sowjetunion, hervor.

Das Abkommen betonte auch nachdrücklich das Festhalten der PLO an den Grundpositionen für die Lösung des Palästinaproblems, wie sie auf der Ratstagung in Algier unterstrichen worden waren.

Diese Grundpositionen sind bekanntermaßen folgende: die Beschlüsse von Fez (von 1982, Wortlaut in: AIB 11-12/1982; d. Red.), der sowjetische Friedensplan (von 1982, ebenda; d. Red.) und die UN-Resolutionen.

Das Abkommen zeichnet außerdem den Weg zur Stärkung der demokratischen und kollektiven Prinzipien in der Führung vor. Einer der Punkte der Übereinkunft war die Einberufung des palästinensischen Nationalrats zum September 1984 und die Wiederbelebung der Repräsentativorgane der PLO.

Das Aden/Algier-Abkommen war eine große Errungenschaft der palästinensischen Nationalbewegung und beinhaltete die Aussicht für die Festigung der Einheit. Es kann daher nicht überraschen, daß zahlreiche und verschiedenartige Kräfte daran arbeiteten, das Abkommen zu hintertreiben.

Die unter der Bezeichnung Nationale Allianz zusammengeschlossenen Kräfte (Fatah-Rebellen um Abu Moussa, A.

Jibrils Generalkommando, die baathistische Saika und S. Ghoushes Volkskampffront; d. Red.) stellten als Vorbedingung für die Aufnahme des Dialogs eine Entfernung Arafats aus seinem Amt. Diese Position wurde ebenfalls von Syrien vertreten, welches dies zu einer Vorbedingung für den Beginn eines Dialogs machte.

Nachdem es klar geworden war, daß es keine Möglichkeit gab, die Ratstagung in Algerien abzuhalten, schlugen die Organisationen der Demokratischen Allianz am 22. Oktober 1984 vor, die Institutionen der PLO — das Exekutivkomitee und den Zentralrat — zu aktivieren, um über die Festsetzung eines neuen Datums für die Einberufung der 17. Ratstagung zu entscheiden.

Die Führung der Fatah stimmte diesem Vorschlag zu. Ein Treffen des Exekutivkomitees sollte Anfang Oktober 1984 in Tunis stattfinden. Da jedoch die von Habbasch geführte Volksfront keinen Vertreter zu diesem Treffen entsandte, nahm sich die Führung der Fatah die Freiheit, den 17. Nationalrat für den 22. November nach Amman einzuberufen.



PLO-Truppen im Nordjemen

Diese Entscheidung wurde in einer Situation des Drucks und unter Kalkulationen getroffen, die nicht alle mit der Forderung zur Aktivierung der legitimen Organe der PLO und zur Wahrung der Unabhängigkeit der palästinensischen Beschlüsse übereinstimmten.

Einerseits kündigte Saudi Arabien die Einstellung seiner finanziellen Unterstützung an, falls der Nationalrat nicht tagen würde. Andererseits ermutigte die Einladung Husseins, das Ratstreffen in Amman abzuhalten, jene, die auf seine Abhaltung drängten, sogar wenn diese nur aufgrund einer Separatentscheidung der Führung von Al Fatah zustandekommen sollte.

Die Erwägungen Husseins, seine Einladung auszusprechen, waren weit davon entfernt, die Interessen der PLO an Unabhängigkeit und Geschlossenheit in Betracht zu ziehen.

In dieser komplizierten Situation und einer Atmosphäre des Drucks kam der Nationalrat in Amman zusammen. Und er war auf seiner Tagung politischen und organisatorischen Gefahren ausgesetzt. Viele treue Freunde des arabischen Volkes von Palästina und der PLO rieten der PLO aus Sorge um ihre Einheit und ihren Status, die Ratstagung zu verschieben, um eine Zusammenkunft auf der Grundlage der Einheit ihrer Reihen zu ermöglichen. Auch die Kommunistische Partei Israels vertrat die Auffassung, es sei besser, die Tagung auf einen Zeitpunkt zu verschieben und an einen Ort zu verlegen, die für alle Beteiligten annehmbar seien, um auf diese Weise den Schaden abzuwenden, der sonst der Sache des Kampfes des arabischen Volkes von Palästina zugefügt werden könnte.

Die USA und ihre Verbündeten in der Region hofften, daß das Ratstreffen in Amman zu einem Bruch innerhalb der PLO und zur Schaffung einer anderen PLO führen würde — einer PLO, die sich in den Prozeß einer Lösung unter US-amerikanischen Vorzeichen, einer Lösung auf der Grundlage von Camp David und des Reagan-Plans, einfügen würde. Der Druck in Richtung einer Spaltung in der PLO wurde von Aktivitäten der Reagan-Administration für eine Wiederbelebung einer „Pax Americana“ begleitet.

...des Aden/Algier-Abkommens

In diesem Zusammenhang muß auf die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Jordanien und Ägypten, die Errichtung einer Achse Kairo-Amman und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und dem Irak hingewiesen werden.

Präsident Reagan würdigte nicht zufällig in seinem Gespräch mit der Tageszeitung Washington Post vom 28. November 1984 die Tagung des palästinensischen Rats in Amman als den Beweis für einen gewissen Fortschritt in Richtung auf die Verwirklichung seines Plans.

Die Hoffnungen der Regierung Reagan auf einen Bruch in der PLO teilte auch Uri Avneri (Führer der im israelischen Parlament vertretenen Progressiven Liste für den Frieden; d. Red.), der bereits am 16. Oktober 1984 die Abhaltung der 17. Ratstagung in Amman, einen Bruch innerhalb der PLO und die Schaffung einer neuen PLO „prophezeite“.

Diese neue PLO werde gegen Syrien kämpfen, sich von der Sowjetunion entfernen und sich in die amerikanischen

Pläne und die Achse Kairo-Amman eingliedern. U. Avneri versuchte auch, die Politik Shimon Peres' (israelischer Premierminister; d. Red.) in rosaroten Farben zu malen, der angeblich von den USA gedrängt werde, einen palästinensischen Staat neben Israel anzuerkennen. Aber die Rede von S. Peres in der Knesset am 3. Dezember 1984 ließ deutlich werden, daß es überhaupt keine Grundlage gibt darüber zu sprechen, daß seine Regierung sich in Richtung auf die Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und eine gerechte Friedenslösung bewege.

Versäumnisse des 17. Nationalrats

Unter den nunmehr geschaffenen Bedingungen konnten die Organisationen der Demokratischen Allianz nicht an der Tagung des Nationalrats in Amman teilnehmen.

Ihre Abwesenheit bedeutete objektiv eine Unterstützung für die patriotischen Kräfte innerhalb von Al Fatah und unter den Delegierten des Rates bei ihrem Kampf für die Beibehaltung des Aden/Algier-Abkommens als eine Grundlage für die antiimperialistische Geschlossenheit und die progressiven Positionen der PLO.

Die Rede König Husseins vor dem Nationalrat machte die Gefahren und den Druck, denen die PLO ausgesetzt war, deutlich. Die „jordanisch-palästinensische“ Option König Husseins, die lediglich auf der Grundlage der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats (aus dem Jahr 1967; d. Red.) und auf dem vagen Leitsatz „Gebiete im Austausch für den Frieden“ beruht, ist nichts anderes als eine zusätzliche Version des Plans des „Territorialkompromisses“, der die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates ausschließt.

Gefährlich war auch die Würdigung Husseins für die Handlungen seines Großvaters Abdallah und sein Versuch, das Massaker an den Palästinensern im September 1970 – „dem Schwarzen September“ – zu rechtfertigen.

Die Beschlüsse der 17. Tagung des Nationalrates waren ein Ergebnis des harten internen Ringens, in dessen Verlauf die patriotischen und antiimperialistischen Kräfte das Übergewicht gewannen.

Die Beschlüsse fordern die Fortsetzung des Dialogs mit dem Ziel, die palästinensische Einheit, die Einheit der PLO auf der Grundlage und im Einklang mit dem Aden/Algier-Abkommen zu sichern. Im neuen Exekutivkomitee wurden drei Sitze für die Vertreter der Organisationen der Demokratischen Allianz freigehalten (vor dem Rattreffen hatte das Zentralkomitee der Fatah mehrheitlich

beschlossen, die Kooptierung eines Vertreters der Kommunistischen Partei Palästinas in das PLO-Exekutivkomitee zu unterstützen).

Die Ratsbeschlüsse weisen ausdrücklich die Abkommen von Camp David, die Autonomiepläne und den Reagan-Plan zurück. Die Entschließungen bekräftigen die Beschlüsse der vorausgegangenen Rats tagungen, denen zufolge die UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 nicht annehmbar ist, weil diese auf das Palästinenserproblem Bezug nimmt und „nicht mit unseren nationalen Rechten übereinstimmt“.

Die Beschlüsse halten an dem Prinzip der Errichtung eines palästinensischen Staates, dem Fez-Plan und der Lösung des Palästinaproblems auf der Grundlage der UN-Resolutionen und im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz zum Nahen Osten unter Beteiligung aller betroffenen Seiten sowie der Sowjetunion und der USA fest.

Die Rede von Salah Khalaf (Abu Iyad) und die darin zum Ausdruck gekommene Würdigung der Sowjetunion und ihrer Rolle gab der Linie der Freundschaft zur Sowjetunion Ausdruck, die intakt blieb und sich in den Beschlüssen niederschlug.

Zusammenfassend kann man sagen, daß insgesamt die Beschlüsse des 17. Nationalrats, die zielgerichteten Aktivitäten der Demokratischen Allianz, um die Schaffung einer Parallelorganisation zur PLO zu verhindern, und das Festhalten an der Einheit der Organisation die Abhaltung eines fruchtbaren Dialogs ermöglichen.

Ein solcher Dialog wird zur Behebung der Krise beitragen, die durch die Einberufung der 17. Ratstagung in Amman hervorgerufen wurde, und zur Einheit sowie zur Verteidigung des patriotischen und antiimperialistischen Kurses der PLO führen. Schließlich liegt die Garantie für die Verwirklichung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina und eines gerechten israelisch-palästinensischen Friedens, der auf der Errichtung eines palästinensischen Staates neben dem Staat Israel basiert, in der Einheit und im patriotischen Kurs.

Die Überwindung der Krise, die sich mit

Redner Hussein vor dem 17. Nationalrat



der Einberufung des 17. Nationalrats gemäß dem eigenständigen Aufruf durch die Organisation der Fatah verschärft hatte, verlangt von allen Organisationen, und zuallererst von Seiten der Fatah und der Demokratischen Allianz, große und aufrichtige Anstrengungen.

Mit gemeinsamen Bemühungen ist es möglich, die Einheit zu festigen, woraufhin es wahrscheinlich möglich sein wird, diesen Prozeß durch die Einberufung des 18. Nationalrats zu vollenden.

Bei aller positiven Einschätzung der Beschlüsse des 17. Nationalrats würden wir der Wahrheit nicht gerecht werden, wenn wir nicht unserer Besorgnis über bestimmte Erscheinungen in seiner Arbeit und über einige seiner zusammenfassenden Aussagen Ausdruck verleihen würden, die dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes abträglich sind und dem Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden schaden können.

Der 17. Nationalrat wies den Plan König Husseins nicht unmißverständlich und kategorisch zurück. Die Tatsache, daß der Plan dem PLO-Exekutivkomitee zur Erörterung überstellt wurde und auch lobende Worte über ihn auf der Rats tagung zu hören waren, läßt die Türen für Druckausübung und Kompromißlerum offen.

Wir halten es für unsere Pflicht, vor der Gefahr zu warnen, in die Falle der Illusionen einer amerikanischen „Lösung“ zu gehen, für welche eine Initiative seitens Husseins oder eine gemeinsame Initiative von Hussein und Mubarak als Tarnung dienen würde.

Die Hussein/Mubarak-Initiative...

Dieser Weg, der von Sadat eingeschlagen wurde, hat Ägypten – wie uns die Erfahrung gezeigt hat – den Verlust seiner Unabhängigkeit gebracht.

Er hat die Möglichkeit der Verwirklichung des Rechts des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen Staat in noch weitere Ferne gerückt. Und er hat den Weg bereitet, der zum Aggressionskrieg Israels gegen den Libanon führte. Nach unserer Einschätzung besteht heute die Hauptaufgabe für das palästinensische Volk und für die PLO darin, die Initiative von Hussein und Mubarak zu Fall zu bringen, die nichts weiter als eine Neuauflage des Reagan-Plans ist.

Die Druckausübung für einen Kompromiß zwischen der PLO und der ägyptischen Führung, die sich weiterhin zu den Camp-David-Abkommen bekennt, widerspricht den Beschlüssen der 16. Palästinensischen Ratstagung, dem Aden/Algier-Abkommen und dem Interesse an einem gerechten Frieden.

Hinter diesem Druck verbirgt sich der Versuch, die PLO der Achse Amman-

Kairo einzugliedern, um einer Neuauf-
lage von Camp David den Boden zu be-
reiten.

Der ägyptische Außenminister Boutros
Ghali sagte (nach Angaben der Zeitung
Ha'aretz vom 30. November 1984) in
einem Interview mit dem in London er-
scheinenden Jewish Chronicle: Ägypten
beabsichtige die Ankündigung einer
neuen politischen Initiative, die auch
Friedensgespräche zwischen Ägypten,
Jordanien und „bestimmten Palästinens-
ern aus den besetzten Gebieten“ ein-
schließen würden, die ein besonderes
Mandat hierzu von der PLO bekämen,
und an denen sich auch die USA betei-
ligen würden.

Dieser ägyptische Plan ist ein Versuch,
die gescheiterten Autonomiegespräche
wiederzubeleben, diesmal jedoch unter
Beteiligung „palästinensischer Vertre-
ter“, die von der israelischen Regierung
als „Vertreter des palästinensischen Vol-
kes“ anerkannt würden. Das eigentliche
Ziel dieser Initiative ist es, die PLO zu
liquidieren und die Hoffnung auf einen
unabhängigen palästinensischen Staat
zunichte zu machen.

Die Regierung Peres/Schamir ist ihrer-
seits zu Gesprächen mit „ihren“ Palästi-
nensern bereit. S. Peres unterstrich in
seiner Knesset-Rede am 12. Dezember
1984: „Israel ist bereit, mit Jordanien
allein oder mit einer jordanisch-palästi-
nensischen Delegation zu verhandeln,
nicht jedoch mit einer PLO- oder terrori-
stischen Delegation.“

Seine Regierung bekräftigte ihre Zurück-
weisung einer internationalen Konfe-
renz, da die PLO an ihr teilnehmen
würde. Am gleichen Tag, an dem S. Peres
vor der Knesset sprach, wurde in Kairo
zum Abschluß der Gespräche zwischen
König Hussein und Präsident Mubarak
eine gemeinsame Stellungnahme unter-
zeichnet, in der Ägypten erklärte, daß es
die Initiative Husseins unterstütze.

...ist ein verkappter Reagan-Plan

Zur gleichen Zeit sagte der ägyptische
Premierminister, General Ali, alles hänge
von der Position ab, die die PLO-Füh-
rung bei ihren Kontakten mit Jordanien
einnehmen werde.

Die Beschlüsse der 17. Ratstagung haben
der PLO-Führung kein Mandat einge-
räumt, diesen Weg einzuschlagen, der in
den Selbstmord führt. Aber wenn die
Beschlüsse **wirklich** die Umsetzung der
amerikanischen Verschwörung — an der
die arabische Reaktion und die israeli-
schen Herrschenden beteiligt sind und
die sich gegen einen gerechten Frieden
und das Recht des palästinensischen Vol-
kes auf einen unabhängigen Staat richtet
— verhindern sollen, dann ist ein harter,



Begegnung Arafat-Mubarak am 22. 12. 1983 in Kairo: Auftakt zur Fatah-Annäherung an Ägypten

vereinter und beharrlicher Kampf der
patriotischen Kräfte des palästinensi-
schen Volkes notwendig.

Die US-Regierung handelt unter Zuhilfe-
nahme aller ihr zur Verfügung stehenden
Mittel, einschließlich der Kriegsdrohung,
um ihre Intrige voranzutreiben, die als
„erneuerte Friedensinitiative“ bezeich-
net wurde und die die Form der Initia-
tive Husseins für eine amerikanische
Lösung annimmt.

Der ehemalige US-Vertreter bei den
Autonomiegesprächen, Sol Linovich,
stattete vor kurzem als Gesandter Rea-
gans Ägypten und Israel Besuch ab und
überbrachte Peres einen Brief Mubaraks.
In einem Vortrag vor der Universität
Haifa sprach Linovich — der Zeitung
Davar vom 19. November 1984 zufolge
— von den Anstrengungen der USA, Hus-
sein an den Konferenzstisch zu bringen.
Und er drohte, daß ein Krieg ausbrechen
werde, wenn keine von den USA ausge-
arbeitete Friedenslösung erreicht werde.

In diesem Sinne äußerte sich auch der
israelische Minister H. Bar-Lev, der —
Davar vom 13. November 1984 zufolge
— vor dem Ausbruch eines neuen Krieges
warnte, sofern keine Friedenslösung er-
reicht würde.

Auch Premierminister Peres stimmte in
seiner politischen Stellungnahme in den
Chor dieser Drohungen ein und sagte,
gegenwärtig stelle sich die Wahl zwischen
Krieg und Frieden. Jener „Frieden“ von
Peres beruht auf der Beseitigung des
Rechts des arabischen Volkes von Palä-
stina auf einen unabhängigen Staat.

Nicht zufällig haben sich in jüngster Zeit
die Publikationen über Atomwaffen im
Besitz Israels vervielfacht. Darunter be-
findet sich z.B. die Veröffentlichung einer
von der Universität Georgetown
(USA) durchgeführten Untersuchung,
der zufolge Israel innerhalb weniger
Stunden 24 Atombomben bereitzu-
stellen in der Lage ist. (Ha'aretz, 30.11.
1984)

Die Regierung Peres/Schamir reagierte
auf die 17. Tagung des Palästinensischen
Nationalrats mit der üblichen Zurück-
weisung einer Lösung, die auf dem
Rückzug aus den besetzten Gebieten, der
Errichtung eines palästinensischen Staa-
tes neben Israel und der Teilnahme der
PLO an Friedensgesprächen basiert.

Um diese Zurückweisung zu rechtferti-
gen, nannte Peres die PLO erneut eine
terroristische Organisation, während er
gleichzeitig bewußt die Beschlüsse des
17. Nationalrats zur Unterstützung des
Fez-Plans ignorierte, der eine Lösung auf
der Grundlage der Errichtung eines palä-
stinensischen Staates an der Seite Israels
entsprechend den Grenzen von 1967 for-
dern. Ebenso ließ er die Forderung nach
der Einberufung einer internationalen
Nahost-Friedenskonferenz unberück-
sichtigt.

Die Regierung der „nationalen Einheit“
ist bereit, sich in offenen oder geheimen
Verhandlungen mit Jordanien nicht je-
doch mit der PLO zu einigen, weil sie aus
Prinzip nicht zu einem Rückzug aus den
besetzten Gebieten bereit ist.

Es kann kein Zweifel bestehen: Peres
und Schamir erklären öffentlich, daß sie
nicht zur Rückgabe von Gebieten bereit
sind und nicht einmal willens sind, bei
Beginn von Verhandlungen die Herr-
schaft über das Gebiet von Jericho aufzu-
geben — wie den Worten von Shimon
Peres am 29. November 1984 zu entneh-
men war.

In der jüngsten politischen Debatte in
der Knesset machte Yitzhak Schamir
Israels Zustimmung zu Verhandlungen
mit Jordanien von dessen Bereitschaft
abhängig, jede Zusammenarbeit mit der
PLO aufzukündigen und sich von der
Illusion zu lösen, daß Israel seine Trup-
pen auf die Grenzlinien von 1967 zu-
rückziehen könnte.

Es läßt sich somit zusammenfassend
sagen, daß hinter den Manövern von Hus-
sein und Mubarak, die ihre Hoffnung auf
den Reagan-Plan und das Wohlwollen
der USA setzen, die Absicht steht, Illu-
sionen unter ihren palästinensischen An-
hängern zu verbreiten. Diese Manöver
sind nichts als Trugbilder einer Lösung
unter der Schirmherrschaft der USA, die
nicht zu einem Rückzug Israels aus den
besetzten Gebieten, sondern zur Selbst-
vernichtung der PLO als einer unabhän-
gigen Kraft und zum Verzicht auf die
Errichtung eines unabhängigen palästi-
nensischen Staates führen wird, der je-
doch unabdingbar für einen umfassen-
den und gerechten Frieden in unserer
Region ist. (...)

(Quelle: Zo Haderekh, Tel Aviv,
12.12.1984)



Die NPA-Guerilleros: Hauptsorge Washingtons

Rainer Werning Konstanter Druck auf Marcos

Am 23. Januar d.J. unternahm die philippinische Justiz den Versuch, ihre Unabhängigkeit zu demonstrieren. Der Staatsanwalt erhob gegen den „vorübergehend beurlaubten“ Generalstabschef der Streitkräfte, General Fabian Ver, und weitere 25 Beschuldigte Anklage wegen Beteiligung an der Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino am 21.8.1983 (siehe AIB 10/1983, S.43).

Diese Entscheidung, einen engen Vertrauten des Staatspräsidenten Ferdinand Marcos vor Gericht zu stellen, die sowohl auf innen- als auch auf außenpolitischen Druck zustandekam, ist ein Indiz mehr für die zunehmende Isolierung des Regimes. Trotz der Parlamentswahlen im Mai 1984, die die dringende Legitimation der Marcos-Diktatur bringen sollten, deuten mehrere Anzeichen auf ihre zunehmende Instabilität hin. Dazu gehören die fortdauernde Ausgrenzung selbst der bürgerlichen Opposition, die erfolglose Bekämpfung der Wirtschaftskrise und die völlige Diskreditierung des Militärs durch die Verwicklung in den Aquino-Mord.

Wichtigstes Element ist jedoch der Druck der US-Administration auf das Marcos-Regime, wirtschaftliche, politische und militärische Reformen durchzuführen sowie das laute Nachdenken einiger Vertreter des Weißen Hauses über eine Verlagerung der US-Basen.

Mit dem euphorischen Fangwort „Geben wir der Demokratie eine letzte Chance!“ hatte die bürgerliche Opposition, vorrangig in Gestalt der Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO), für die Teilnahme an den Wahlen optiert.

Ernüchternd mußte sie in der Folgezeit feststellen, daß Marcos, gestützt auf die Bajonette des Militärs, ihr lediglich eine Nische im Parlament zubilligte. Die Hilflosigkeit, mit der die UNIDO-Führung

darauf reagierte, wuchs sich zunehmend zum Kollaborationskurs aus, während große Teile der Basis Positionen der Nationaldemokratischen Front (NDF) und der Nationalen Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD, siehe AIB 7-8/1983, S. 48ff. und 3/1984, S.19) – Kampf für nationale Demokratie, Beseitigung der US-Marcos-Diktatur und Aufbau einer demokratischen Koalitionsregierung – übernehmen.

Letztere boykottierten die Wahlen, werteten sie als Farce und wandten sich dagegen, dem Regime auch nur einen Deut Glaubwürdigkeit zu verleihen. Massive Wahlfälschungen, erprobter Stimmenkauf und über 400 Wahlkampfopfer unterstrichen die Richtigkeit des Boykotts, dem sich reichlich 10 Mio Stimmberechtigte anschlossen.

Das Dilemma der UNIDO-Führung liegt im Wesen ihrer Regimekritik wie im Charakter der UNIDO selbst begründet. Als lockerer Zusammenschluß, der Dutzend Parteien bzw. Regionalbündnisse mit unterschiedlichen ideologischen Orientierungen umfaßt, kann sie nicht als einheitliche Oppositionskraft auftreten. Eine verstärkte Hinwendung zur NDF und NAJFD seitens mehrerer UNIDO-Gruppierungen ist heute an der Tagesordnung.

Eine beiderseitige Zusammenarbeit konnte seit Ende letzten Jahres – vornehmlich auf regionaler Ebene – intensiviert werden, da der UNIDO-Führung in Verfolgung ihres „Programms für eine gerechte Gesellschaft in einem freien und demokratischen Philippinen“ die Kollaboration mit Marcos als unumgänglich gilt. Salvador (Doy) Laurel, Führer der UNIDO, begründete diese Notwendigkeit damit, daß „es keine Koalitions- oder Übergangsregierung ohne die Zusammenarbeit mit dem im Sattel sitzenden Mann (d.h. Marcos; d. Verf.) geben kann“.¹

Eine solche Position vertieft die Kluft innerhalb der UNIDO, drosselt ihre Entscheidungsmarge als „politische Mitte“ und verunmöglicht einen nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung. Die Regimekritik wird auf einen reinen politischen Elitentausch reduziert. Deutlich wird schließlich die Klassenbasis (Großgrundbesitzer und Großkapitalisten) ihrer Führung, deren Furcht vor einer „kommunistischen Machtübernahme“ denn auch erklärtermaßen ausgeprägter als vor der unmittelbaren Regierungsübernahme durch das Militär ist.

Für Washington dürften sich Leute vom Schlage Laurels für die engere Wahl eines Marcos-Nachfolgers qualifizieren, sofern es ihnen gelingt, sich maßgeblicher Unterstützung seitens des Militärs zu erfreuen.

Marcos' politische Isolierung, welche sich in Querelen unter seinen engsten Vertrauten, in der Desillusionierung großer Teile der Mittelschichten und grassierender Verarmung in Stadt und Land wie in der raschen Zunahme des bewaffneten Widerstandes dokumentiert, engt die Manövrierfähigkeit der um Premier- und Finanzminister Cesar Virata konzentrierten Technokraten zusehends ein. Da ihnen die Exportorientierung nach wie vor als Hauptstütze der Wirtschafts-

politik gilt, dieses Modell aber hohe Importe und Kredite ebenso notwendig macht wie die Ausschaltung politischer „Störfaktoren“ und die Bereitstellung eines „disziplinierten“, vor allem billigen Arbeitskräftereservoirs, geraten Virata und seine Wirtschaftsplaner immer enger ins Netz ausländischer Kapitalentscheidungen.

So wurde noch Ende 1984 die Gewährung eines reichlich 630 Mio US-Dollar umfassenden Kredits des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank an einschneidende Regierungsmaßnahmen gekoppelt: Kürzungen im Sozialbereich, Abwertung der Landeswährung auf 20 Pesos gegenüber dem Dollar,² Erhöhung des Steueraufkommens um mindestens 8 Mrd Pesos, Ölpreiserhöhungen und Lockerung von noch bestehenden Restriktionen für ausländisches Kapital.

Dilemma der Weltbankpolitik

Hierin kristallisiert sich das eigentlich Paradox: Die erfolgreiche Durchsetzung dieser Maßnahmen entscheidet „von oben“ über das Fortbestehen des Regimes, doch die Einlösung dieses Auslandsdiktats ist zwangsläufig nur um den Preis eines „von unten“ verstärkten Widerstandes mit all seinen für die innenpolitische Stabilität „abträglichen“ Begleiterscheinungen zu erkaufen.

Offizielle Statistiken vermitteln ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Situation. Mit mittlerweile 26 Mrd Dollar (1972 waren es 2,2 Mrd Dollar) steht Manila bei ausländischen Gläubigern in der Kreide. Die Devisenreserven schrumpften Ende 1984 gegenüber Ende 1983 von 1,02 Mrd auf 260 Mio Dollar. Eine in der Region gleichsam negative Spitzenstellung muß Manila beim Brutto-sozialprodukt – es ging 1984 um 6% zurück – und der Inflationsrate verzeichnen. Offiziell betrug sie im November 1984 im Vergleich zum Vorjahresmonat 44%, dürfte aber nach Aussagen philip-

pinischer Bankiers real eher bei 60% gelegen haben.³

Die Zahl der unterhalb und an der Schwelle des Existenzminimums lebenden Filipinos wird laut Untersuchungen von UNO-Behörden, der in Manila beheimateten Asiatischen Entwicklungsbank sowie von der University of the Philippines mit mindestens 70-80% beziffert.⁴ Philippinischen Klein- und Mittelbetrieben fällt es im Klima der systematisch Auslandskapital hofierenden Politik des Regimes schwer, sich über Wasser zu halten. Allein zwischen Oktober 1983 und März 1984 schlossen 980 Firmen ihre Tore.⁵

Als Reaktion darauf und trotz Verschärfung des Streikrechts riß die Serie der Massendemonstrationen, Protestmärsche und Streiks nicht ab. Im November 1984 beteiligten sich mehrere zehntausend Menschen an Volksstreiks (welga ng bayan).

Den Schwerpunkt dieser Aktionen bildete dabei die südliche Hauptinsel Mindanao, wo z.B. in der Stadt Davao das gesamte Transportwesen lahmgelegt sowie Geschäfte, Schulen und Industriebetriebe vom 26.-29. November 1984 geschlossen blieben. In der Hauptstadt Manila kam es Ende September 1984 (anlässlich des Jahrestages der Verhängung des Kriegsrechts am 21.9.1972) und im Oktober 1984 zu gewaltigen Protestmärschen gegen die US-Marcos-Diktatur. Dabei wurde mehrmals die von Polizei- und Armeekontingenten bewachte Mendiola-Brücke in der Nähe des Präsidentenpalastes Malacañang gestürmt.

An Demonstrationen gegen brutale Polizeiübergriffe beteiligten sich Geschäftsleute, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Bankiers. Während der Woche der politischen Gefangenen (2.-9.12.1984) zogen Kinder von Inhaftierten in einem Protestmarsch zur Mendiola-Brücke.

Neben Jeepneyfahrern und Transportarbeitern – sie streikten Ende Januar d.J. auch in Manila – zeichneten sich die in der Bekleidungs- und Textilindustrie

Beschäftigten durch kämpferische Aktionen aus. Zahlen des Arbeitsministeriums ist zu entnehmen, daß 1/4 der von Anfang Januar bis zum 20.11.1984 insgesamt 11,454 Mio verlorengegangenen Arbeitsstunden auf Streiks in 29 Textilfabriken zurückging.⁶ Knapp 27% sämtlicher 357.690 streikenden Arbeiter stammten aus der Textilbranche, wobei der mehrere Monate währende Streik bei der Artex Development Corporation besondere Aufmerksamkeit verdient.

Der Protest der Belegschaft dieses in Malabon (Metro-Manila) gelegenen Betriebs wandte sich gegen ungenügende Sicherheitsvorkehrungen, gegen die übliche Praxis der Rotation von Arbeitskräften in Form kurzweiliger „Probearbeitungen“ und gegen Hungerlöhne. Das Artex-Management zahlt pro Tag 23 Pesos (ca. 3,50 DM) und liegt damit unter der Hälfte des gesetzlich vorgeschriebenen Minimallohns. Traurige Berühmtheit erlangte Artex am 30. Juni 1984, als Hundertschaften des nördlichen Polizeidistrikts kaltschnäuzig streikende Arbeiter erschossen und schwer verletzten.

Am 2.12.1984 setzte die Gründung der Bekleidungs- und Textilarbeitervereinigung (GATELA) einen wichtigen Meilenstein bei der nationalen gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Werk-tätigen dieses Industriezweiges. GATELAS Aufgabe, knapp 122.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in 205 Bekleidungs- und Textilfabriken zu vereinen, steht am Anfang eines weitgesteckten Ziels – nämlich die Zersplitterung/Isolierung in den 1.018 Groß- und 27.365 Kleinbetrieben mit mehr bzw. weniger als 10 Beschäftigten zu überwinden.⁷

Gesichtsverlust des Militärs

Was für die Bevölkerung schon lange feststand, wurde am 24.10.1984, dem für das Militär seit langem wohl schwärzesten Tag, im abschließenden Mehrheitsbericht der zur Aufdeckung des Aquino-Mordes ins Leben gerufenen Agrava-Untersuchungskommission bekräftigt. General Fabian Ver, Verwandter des Präsidenten, wurde zusammen mit 25 weiteren Soldaten der „militärischen Verwicklung“ in den Mord an dem Exsenator angeklagt und mußte bis zur endgültigen Klärung des Falles den Posten des Generalstabschef seinem Vize und Chef der Constabulary/Integrierten Nationalpolizei, Generalleutnant Fidel Ramos, übertragen.

Nur die Vorsitzende Corazon Agrava kam in ihrem Sonderbericht zu dem Schluß, lediglich Brigadegeneral Luther Custodio, Chef des Flugsicherheitskommandos, sowie 6 weitere Soldaten seien in den Mordfall verstrickt. Sie konnte jedoch nicht verhindern, daß am 29.

Gewaltsame Auflösung einer Demonstration gegen die Marcos-Diktatur



Januar d.J. gegen alle Beschuldigten Anklage erhoben wurde.

Zur Ehrenrettung Vers, dessen geradezu kometenhafter Aufstieg vom Leibwächter des Präsidenten zur Spitze der Militärhierarchie einzig der Protektion durch Marcos geschuldet war, hatten bereits im Oktober 1984 68 von 83 Generälen eine Sympathieerklärung verfaßt, unter der allerdings die Unterschrift Ramos' fehlte. Gewiß dürfte Ver über einen noch beachtlichen Einfluß im Militär verfügen, da nahezu sämtliche Befehlshaber der insgesamt 13 Vereinigten Regionalkommandos (RUC) ihrerseits Günstlinge des vormaligen Generalstabschefs sind. 1982 aus der Taufe gehoben, obliegt den RUC die Straffung und Koordinierung von Operationen der verschiedenen Kampf- und Spezialeinheiten der philippinischen Streitkräfte (AFP) in den jeweiligen Landesregionen. In Manila ist dieser Schritt seinerzeit als Machtverlust von Ramos und dessen Intimus, Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, gewertet worden, denen man seitdem Sympathien für die (bürgerliche) Opposition und Verständnis für Demonstrationen nachsagte.

Ramos – Schachfigur der USA

Tatsächlich scheint Ramos in den Augen Washingtons hohes Ansehen zu genießen. Dort schätzt man ihn als Absolventen der US-Militärakademie West Point, als erfahrenen „no nonsense“ (ernsthaften)-Kommandeur, Ver an Integrität und Intelligenz überlegen.

Bedeutsamer dürfte freilich sein, daß sich Ramos und ein gewisser Teil der Offiziere mit der gegenwärtigen Position des US-Außenministeriums in Einklang befinden, welche in der Stärkung politischer Institutionen wie der Batasang Pambansa (Nationalversammlung) den Schlüssel zur geregelten Marcos-Nachfolge erblickt. Kernpunkt dieser Überlegung bildet die Unterstützung von Dezentralisierungstendenzen der Regierung, dergestalt, daß zivilen politischen Instanzen auf Provinzebene größeres Mitspracherecht auch bei der Bekämpfung „kommunistischer Aufrührer“ eingeräumt wird.

Demgegenüber bekennt sich das Verlager ungeboren zur Haudegen-Variante. Ein nachkoloniales Land, so ließe sich ihr Kalkül umschreiben, bedarf, um der Entwicklungspolitik zum Erfolg zu verhelfen, des autoritären Zuschnitts, wobei das loyale Verhältnis zum Herrscher tabuisiert bleiben muß. Eines haben diese Entwicklungen zweifelsfrei gezeigt: Die Demission Vers und die Anklageerhebung gegen ihn haben einen zusätzlichen Gesichtverlust des Präsidenten bewirkt. Die Herstellung des

labilen Gleichgewichts im Militär, auf die sich Marcos früher mit taktischem Geschick in Form finanzieller Vergünstigungen, politisch motivierter und regionale Gesichtspunkte berücksichtigender Beförderungen bzw. Degradierungen verstand, ist erschwert.

Weitaus schwerer als all diese Schlappen dürften für Marcos diverse Memoranden und aktuelle Lageeinschätzungen amerikanischer Militärs und Politiker wiegen, die nicht nur das Anfang vom Ende der Unterstützung für den Diktator signalisieren.

Sie nehmen darüber hinaus die gegenwärtige Isolierung des Regimes, vor allem aber das Ausmaß des bewaffneten Widerstandes seitens der Neuen Volksarmee (NPA) und Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF), zum Anlaß, fernab diplomatischer Floskeln die Verlagerung der größten außerhalb des nordamerikanischen Kontinents installierten Militärbasen zu erwägen.

Das ist in der Tat ein brisantes Novum in der amerikanischen Philippinen-Politik, bedenkt man, daß diese Stützpunkte unter US-Politikern und Militärs bis Mitte 1983 einstimmig und selbstverständlich als schier unverzichtbare Eckpfeiler der Militärstrategie im Pazifik gesehen wurden.

Diese Position widerspiegelte sich in folgenden Auszügen des einstigen Oberkommandierenden der US-Marine im Pazifik. Admiral Robert L.J. Long. „Der Ausgangspunkt jeglicher Diskussion über die strategische Bedeutung der US-Militäranlagen in den Philippinen“, so Long in einer Erklärung an den Unterausschuß für asiatische und pazifische Angelegenheiten des US-Kongresses im Juni 1983, „muß in der Prüfung der US-Interessen in der Region Asien-Pazifik liegen. Wie Sie wissen, ist die Region von vitaler wirtschaftlicher Bedeutung für die Vereinigten Staaten...“

In dem Maße, in dem unsere wirtschaftlichen und politischen Interessen zunehmen, muß auch das Interesse für ihre Sicherheit wachsen... Die US-Streitkräfte in den Philippinen sind ideal stationiert, um den USA höchstmögliche Flexibilität in der Reaktion auf Krisen in diesem Teil der Welt zu gewähren...

Vorneverteidigung ist ein entscheidender Faktor in unserer Verteidigungsstrategie für die USA. Deshalb ist es notwendig, unsere Einrichtungen in diesem strategischen Gebiet zu erhalten und zu verbessern.“⁸

Zwar streifte Long in seinem 21seitigen Papier das theoretische Problem eines möglichen Ausweichens der US-Streitkräfte auf andere Pazifikinseln und die mit einer Verlagerung der Basen in diese Gebiete verbundenen finanziellen Kosten (2-3 Mrd Dollar) wie infrastrukturellen Mängel.



Angeklagter Generalstabschef Ver (l.) und Freund Marcos

Doch war Long zu sehr Militär und seine Argumentation zu pathetisch von zivilisatorischem Eifer und einer aggressiven Variante des Antikommunismus geprägt, als daß er es vermocht hätte, aus dem Verständnis der aktuellen Klassenauseinandersetzungen auf den Inseln notwendige außenpolitische Flexibilität zu demonstrieren.

Für ihn galt das Marcos-Regime als Garant und eiserner Brückenkopf US-amerikanischer Interessen – verkennend, daß sich dessen Isolierung für die Schwierigkeiten gesicherter Verwertungsbedingungen für das US-Kapital hinaus sehr bald auch nachteilig für die Existenz der Militärbasen und US-Truppen auswirken kann.

Reformdruck aus Washington

An diesen Leitgedanken nun knüpften die seit dem Vorjahr erstellten Analysen von US-Regierungsbeamten und des Long-Nachfolgers Admiral William Crowe an. Letzterer hatte die Inseln im Juni 1984 besucht und seine dort gesammelten Erfahrungen in einem „zutiefst pessimistischen“ Lagebericht zusammengefaßt.

Im Juli 1984 wurde Crowe in Washington vorstellig und erklärte gegenüber Mitarbeitern des Außen- und Verteidigungsministeriums, daß es Marcos an der Fähigkeit mangle, auf das „phänomenale Wachstum“ der NPA – mit 12.000-15.000 Mann die schnellstwachsende Guerillabewegung in Asien – angemessen zu reagieren.

Gleichzeitig hatten der CIA und die US-Botschaft in Manila eine detaillierte Studie über den eskalierenden Rückhalt der NPA in der Bevölkerung und die damit verbundene Verschärfung der innenpoli-



tischen Auseinandersetzungen verfaßt.⁹ 17% aller Dörfer und städtischen Randbezirke, so die Schätzung der US-Botschaft, seien mehr oder minder unter NPA-Kontrolle.

Durch derartige Einschätzungen alarmiert, schlugen Beamte des US-Außenministeriums und der demokratische Kongreßabgeordnete Stephen Solarz, der auch den Vorsitz des Unterausschusses für asiatische und pazifische Angelegenheiten innehat, die Gewährung einer Art Neuaufgabe des Marshall-Plans für Manila vor. Dieser sollte allerdings an die Verwirklichung dringend erforderlicher innenpolitischer Reformen (z.B. Teilhabe der bürgerlichen Opposition an der Macht) geknüpft sein. Soweit mochte das US-Schatzamt nicht gehen. Es votierte stattdessen nur bei einer Zustimmung des IMF für die Bereitstellung von Hilfen.¹⁰

Stephen Bosworth, Washingtons Botschafter in Manila, wurde sodann unter-

richtet, Marcos klar zu machen, daß sich die USA im Falle einer Nichtbefolgung von Wirtschaftsreformen genötigt sähen, ihre eigenen Kreditgewährungen zu unterbrechen.

Auf die innenpolitische Situation und die sich eventuell daraus ergebende Notwendigkeit der Basenverlagerung gingen zwei hohe Pentagonbeamte, James A. Kelly und Richard L. Armitage, ein.¹¹ Auffallend ist, daß in ihren Einschätzungen Marcos keines Wortes für würdig befunden, ja ihm implizit die Schuld am Wachstum der NPA zugewiesen wird und daß trotz des desolaten Zustands der AFP das Militär in Verbindung mit der „gemäßigten Opposition“ als dennoch in ihrem Sinne einzig potentielle „Ordnungsmacht“ in Frage kommt. Sollte dies scheitern, so wäre ernsthaft ein Ausweichen auf Guam, Saipan, Tinian (Marianeninseln) und Belau zu denken.

„Bis vor kurzem“, so schreiben Kelly/Armitage, „richteten die Vereinigten Staaten und die Philippinen ihre Verteidigungsanstrengungen auf die wachsende Bedrohung seitens der sowjetischen Streitkräfte in Südostasien. Das Ansteigen des kommunistischen Aufruhrs in den Philippinen hat aber zu einer Umkehr der Prioritätensetzung im Verteidigungsbereich geführt. Manila ist nunmehr bestrebt, dieser internen Bedrohung zu begegnen. Das Verteidigungsministerium sieht in dieser Konzentrierung auf die innere Bedrohung eine angemessene Anerkennung der wachsenden Stärke der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und ihres militärischen Arms, der Neuen Volksarmee (NPA).“¹²

„Es besteht weitgehend Übereinstimmung“, so fahren die Autoren fort, „daß die Stärke der Auführer in den vergangenen Jahren bedeutend zugenommen hat und die Zahl der bewaffneten Guerilla heute annähernd 10.000 Mann beträgt, denen nochmals weitere 10.000

aktive Sympathisanten zuzurechnen sind. Mit diesen Kräften kollaborieren schätzungsweise 60.000 Mitglieder der CPP und – in geringerem Maße – möglicherweise 100.000 Mitglieder der kommunistisch beherrschten NDF... In Kompanie-, gelegentlich gar in Bataillonsstärke operierend, haben die Auführer ihre Aktivitäten seit dem Vorjahr möglicherweise verdoppelt, so daß gegenwärtig in dieser oder jener Weise ungefähr 20% aller philippinischen Dörfer unter ihrem Einfluß stehen...“

Wir erkennen die kritische Bedeutung politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen und Reformen im Umgang mit der NPA-Auführer vorbehaltlos an. Aber es gibt in der Reaktion der philippinischen Regierung ein militärisches Element, das wesentlich ist und nicht ignoriert werden kann.“¹³

Die Kelly/Armitage-Memoranden

Nachdem Kelly und Armitage sodann den gegenwärtig „miserablen Zustand der AFP“ – Korruption, Rechtsverletzungen, mangelnde Kampfmoral, eine Vielzahl logistischer, Kommunikations- und Kompetenzprobleme¹⁴ – beklagen, beharren sie dennoch auf der Notwendigkeit, den AFP als „bedeutsame nationale Institution“ und „Stabilisierungsfaktor“ Schützenhilfe zu gewähren.

„Das Verteidigungsministerium geht davon aus“, so schließt ihr diesbezügliches Plädoyer, „daß innerhalb der AFP ein solider Kader kompetenter, patriotisch gesinnter Offiziere existiert, die entschlossen sind, die notwendigen Reformen durchzusetzen und dem Vormarsch der NPA Einhalt zu gebieten. Diese Offiziere können allerdings nicht alle kritischen Mängel im Bereich der Waffen und Ausrüstungsgegenstände überwinden. Zwecks materieller Unterstützung bei der Zerschlagung des Auf-



US-Marinebasis Subis Bay, neben Clark Air Base wichtigster US-Stützpunkt auf den Philippinen

ruhrs sind ihre Blicke auf die USA gerichtet."¹⁵

Zwar wandte sich Armitage in seinem Papier gegen eine öffentliche Diskussion über „Was geschähe, wenn“-Fragen. Doch verdient ein Hinweis von ihm höchste Aufmerksamkeit: er stuft nämlich Saipan, Tinian und Guam als „eine bedeutsame Ausweichbasis“ („important fallback basing area“) im Falle „eines Rückzugs aus den Philippinen“ ein.¹⁶

Als Resümee läßt sich festhalten: Marcos ist im augenblicklichen US-Kalkül nur noch unter taktischen Gesichtspunkten von Interesse.

Strategisch erwünscht – und das ist nicht zuletzt aus Kontakten des US-Botschafters Stephen Bosworth mit UNIDO-Repräsentanten und Persönlichkeiten aus ihrem Umfeld ablesbar – ist die angestrebte Allianz aus Militärs und bürgerlichen Oppositionellen. Ob und wie ein solches Zusammengehen auf Dauer lebensfähig sein kann, hängt weitestgehend von der Fähigkeit der revolutionären Kräfte der NDF und NAJFD ab, die Mittelschichten an sich zu binden und über die Gewinnung von Teilen des Offizierskorps eine zumindest teilweise Neutralisierung des Militärs zu erwirken.

Bedenkt man, daß die NPA in 62 der 73 Provinzen aktiv ist, in etlichen dieser Gebiete bereits eine von der Bevölkerung getragene politische Gegenmacht konsolidiert hat und Neurekrutierungen dramatische Ausmaße angenommen haben, so ist der vorläufige Schluß gerechtfertigt, daß dieser dynamische, facettenreiche Widerstand am Beginn der strategischen Offensive steht.

Ironischerweise leistete US-Präsident Reagan gar einen bescheidenen Beitrag zur Forcierung dieses Prozesses wie zur diplomatischen Verwirrung. Im letztjährigen Wahlkampf-Fernsehduell mit seinem Herausforderer Walter Mondale nämlich verfocht er die simple Alternative „Marcos oder die Kommuni-

sten“.¹⁷ Das nun warf mindestens zwei Parteien zähe Brocken zum Verdauen vor: dem US-Außenministerium, das sich so sehr um Aufwertung der gemäßigten Opposition in den Philippinen bemüht, wie auch der UNIDO.

Verständlicherweise fühlte sie sich durch ein solch grobschlächtiges Weltbild verprellt.

Mittlerweile ist jedoch auch im Weißen Haus die Einsicht eingekehrt, daß Marcos unter den gegebenen Umständen nicht mehr lange zu halten sein wird. Anfang Januar d.J. unterschrieb Reagan eine Direktive des Nationalen Sicherheitsrates (NSC), in der ein konstanter Druck auf Marcos angeordnet wird, um ihn zu Reformen zu zwingen.

In einem Brief Reagans an Marcos, den der stellvertretende Staatssekretär für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten Paul Wolfowitz überbrachte, werden nicht nur eine Zusammenarbeit mit der „gemäßigten Opposition“ und eine Garantie für einen freien Wahlprozeß gefordert, sondern auch strukturelle wirtschaftliche Reformen und eine Professionalisierung der Armee.

Wolfowitz und der ebenfalls nach Manila gereiste Armitage waren in ihren Gesprächen noch deutlicher.

Sie verlangten u.a., daß Ramos Generalstabschef bleibt und die Übergriffe der Armee gegen die Zivilbevölkerung eingestellt werden, „um effektiver die wachsende kommunistische Aufstandsbewegung in den Philippinen zu bekämpfen“.¹⁸ Von der Straffung der Disziplin unter den Militärs machten sie eine verstärkte Militärhilfe abhängig.

Parallel dazu verstärkt Washington die Kontakte zur bürgerlichen Opposition und drängt sie dazu, sich zu vereinen und für die nächsten Präsidentschaftswahlen einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. So traf Vizepräsident George Bush mit Salvador Laurel zusammen, Wolfowitz mit der Witwe Aquinos. Damit hält die Reagan-Administration zwei

Trümpfe in der Hand, von denen sie hofft, daß wenigstens einer sticht.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Mr. & Ms. Special Edition, Manila, 23.-29.11.1984, S.26
- 2) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 6.12.1984
- 3) Angaben nach: FEER, ebenda
- 4) Vgl. R. Werning, Philippinen – Aspekte der ländlichen Entwicklung und Weltmarktintegration seit 1972, Münster 1984
- 5) Angaben nach: Dritte Welt im Dritten Weltkrieg – US-Basen in den Philippinen, Posten im Pazifik, hrsg. von agphi e.V. (Aktionsgruppe Philippinen) und Arbeitsgemeinschaft Dritte Weltläden e.V., Polch/Darmstadt 1984, S.2
- 6) Zit. nach: Malaya, Manila, 9.12.1984, S.8
- 7) Ebenda
- 8) Statement by Admiral Robert L.J. Long, U(nited) S(tates) N(avy), Commander-in-Chief, Pacific, before the House Foreign Affairs Subcommittee on Asian and Pacific Affairs on the Philippines, 16. Juni 1983, (mimeo) Washington D.C. 1983, S. 1-20
- 9) Siehe: FEER, 30.8.1984
- 10) Siehe: ebenda
- 11) „Situation in the Philippines and Implications for U.S. Policy.“ Statement to the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, by James A. Kelly, Deputy Assistant Secretary of Defense (East Asia and Pacific Affairs), Washington D.C., 18.9.1984, (mimeo) und das unter gleichem Titel verfaßte „Statement to the Subcommittee on Asian and Pacific Affairs, Committee on Foreign Affairs, House of Representatives“ by Richard L. Armitage, Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs, Washington D.C., 4.10.1984 (mimeo); nachfolgend kurz KE (Kelly-Erklärung) und AE (Armitage-Erklärung) genannt.
- 12) KE, S.2 und AE, S.3
- 13) KE, S.2-4 und AE, S.3-5
- 14) So merken Kelly/Armitage beispielsweise an, daß noch erst kürzlich 400 Soldaten unehrenhaft aus dem Militär ausscheiden mußten und gegen weitere 500 Soldaten wegen Korruption und Ineffizienz Disziplinarstrafen verhängt wurden. Siehe: KE, S.6 und AE, S.7/8
- 15) KE, S.6 und AE, S.8
- 16) AE, S.3
- 17) International Herald Tribune, Zürich/Paris, 26.-28.10.1984
- 18) FEER, 31.1.1985

Themenschwerpunkt:
Dicke Luft in Berlin – dicke Luft in der Szene

Bolivien:
Silvia Rivera / Klaus Meschkat
Avantgarde der Produzenten

Theorie:
Hauke Brunkhorst
Vernunft im Sozialismus

Außerdem:
Interview mit Stefan Heym

Mehr davon in 'links' Februar 1985

zu beziehen über: 'links', Postfach 591, 6050
Offenbach 4. Probeexemplar kostenlos!

links lesen



Ich abonniere die 'links' ab Januar 1985 zum
Bezugspreis von DM 45,- (incl. Versandkosten).

Ich weiß, daß ich innerhalb von 2 Wochen ohne
Angabe von Gründen meine Abo-Bestellung
rückgängig machen kann.

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht
bis zum 30. November gekündigt wird.

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum, Unterschrift



Marokkanische Truppen nahe dem algerischen POLISARIO-Lager Tindouf

Lothar A. Heinrich

Marschiert Hassan gegen Algier?

Seit geraumer Zeit häufen sich die Hinweise darauf, daß man in Marokko mit dem Gedanken eines Angriffs auf die nahe der algerischen Stadt Tindouf gelegenen Flüchtlingslager der Sahrauis und somit eines bewaffneten Konflikts mit Algerien spielt.

Ein solcher Angriff könnte angesichts der Entwicklung in den letzten Monaten dem marokkanischen Regime als die letzte Möglichkeit erscheinen, den seit mehr als 9 Jahren andauernden Krieg gegen die Befreiungsbewegung des sahrauischen Volkes, die Volksfront zur Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro (Frente POLISARIO), endlich zu seinen Gunsten zu entscheiden.

Die marokkanische Propaganda besteht seit Beginn dieses Krieges darauf, daß es sich bei ihm nicht um eine Auseinandersetzung zwischen dem sahrauischen Volk (oder auch nur eines bedeutsamen Teils dieses Volkes) und einer marokkanischen Besatzungstreitmacht handele, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen Marokko und Algerien, als dessen Söldner die Frente POLISARIO operiere.

Die mit dem großmarokkanischen Chauvinismus verbundenen Ansprüche auf die gesamte Region südlich der marokkanischen Grenze bis zum Senegal, darunter ganz Mauretanien und der Westen der algerischen Sahara bis zum Touat-Gebiet, haben einerseits jahrelang die Beziehungen Marokkos zu Mauretanien vergiftet.

Dessen Unabhängigkeit erkannte es erst 1969 offiziell an. Andererseits führte Marokko bereits 1963 einen Krieg gegen das unabhängig gewordene und überdies vom Standpunkt der marokkanischen Monarchie gefährlich revolutionäre Algerien.

Dieser Grenzkrieg wurde seinerzeit durch Vermittlung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) beendet. Zudem hatte sich gezeigt, daß die marokkanische Hoffnung, eine sympathisierende lokale Bevölkerung und ein nach dem Aderlaß des nationalen Befreiungskrieges wehrloses Algerien vorzufinden, getrogen hatte.

Die territorialen Ansprüche wurden im politischen Establishment Marokkos je-

doch durchaus nicht fallen gelassen und ein Abkommen über die international anerkannten Grenzen wurde vom marokkanischen Parlament, dessen Zusammensetzung damals wie heute letztlich vom königlichen Regime manipuliert war, nie ratifiziert.

Im gegenwärtigen Konflikt sind es bedauerlicherweise gerade die legalen „linken“ Parteien Marokkos, die sich in den vergangenen Jahren des öfteren dafür stark gemacht haben, daß die königliche Armee (FAR) von ihrem angeblichen Recht auf die Verfolgung der „algerischen Söldner“ bis zu ihren angeblich in Algerien gelegenen Basen Gebrauch machen solle.

Bislang sind dem marokkanischen Regime, unterstützt von US-amerikanischen, französischen, spanischen und möglicherweise auch israelischen Beratern und dem saudiarabischen Geldgeber, jedoch noch stets andere Möglichkeiten eingefallen, um den Konflikt zu intensivieren und zu verlängern. Diese Strategien wurden immer wieder als die Wende im Krieg zugunsten Marokkos verkauft.

Nachdem die FAR 1981 bei überaus verlustreichen Kämpfen mit Guelta Zemmour und Bir Enzaren ihre letzten Basen in der Westsahara außer Dakhla (ex-Villa Cisneros), Boujdour und den Orten im sog. „nützlichen Dreieck“ (Hagounia, Smara, Bou Craa, El Aioun) verloren hatte, beschleunigten sie die Realisierung des wesentlich von US-Beratern ausgearbeiteten Projektes der Anlage von Verteidigungsmauern quer durch die Sahara. Der erste dieser Erdwälle erstreckt sich ausgestattet mit einem aufwendigen System elektronischer Anlagen über eine 400 km lange Strecke von der marokkanischen Grenze südlich von Tan-Tan aus östlich an Smara und südlich an Bou Craa vorbei bis nach Boujdour.

Mauern quer durch die Sahara

Eine weitere kleine Mauer schützt das Gebiet von Dakhla und Argoub. Schließlich gelang es den Marokkanern auch eine weitere Mauer fertigzustellen, die 300 km lang vom südmarokkanischen Zag nahe der algerischen Grenze westlich an Mahbes und Tifariti vorbei im Süden entlang der mauretanischen Grenze Amgala einschließt und auf die erste Mauer trifft.

Der Zweck dieser Strategie war zunächst der, die bis dahin in isolierten Basen über die gesamte Westsahara zerstreuten Truppen der FAR zu konzentrieren und von dort aus durch den Bau neuer Mauern der Sahrauischen Volksbefreiungsarmee (ALPS) den Zugang zu immer größeren Teilen der Westsahara abzuriegeln.

Die in Paris erscheinende Wochenzeitschrift *Jeune Afrique*, die in der Westsahara-Frage zunächst vor allem die mauretanische und dann die marokkanische Position vertreten hat, gibt in ihrer Ausgabe vom 26.12.1984 nun den Ton für eine neue Kampagne im oben angegebenen Sinn an.

Unter dem Titel „Die beiden Protagonisten, Marokko und Algerien, stehen am Rand der direkten Konfrontation“ schreibt die Zeitschrift u.a.: „Das Jahr 1985, das 10. des Sahara-Konfliktes, beginnt in Algerien wie in Marokko in einer elektrisierten Atmosphäre. Die Marokkaner massieren ihre Interventionstruppen gegenüber von Tindouf, ...die Algerier heben gegenüber von Zag ihre Schützengräben aus ... beide Seiten berufen diskret ihre Reservisten ein.“ Und weiter: „Es kann immer passieren, daß auf lokaler Ebene die Dinge ins Rutschen kommen; die Erregung verdrängt die Kaltblütigkeit, ein Offizier überschreitet seine Befehle – und überschreitet die Grenze, eine allzu massive Reaktion.“ So werden also schon psychologische Vorbereitungen getroffen, und es ist keineswegs ausgemacht, daß es sich immer noch lediglich um eine Operation der psychologischen Kriegführung handelt. Schließlich hat sich schon im vergangenen Juni eine marokkanische Militärpatrouille aufgrund des „Versehens“ eines Offiziers weit auf algerischen Boden „verirrt“. Nach nichtmarokkanischer Auffassung ging es offenbar darum, die algerische Aufklärung in diesem menschenleeren Grenzgebiet und die militärische Reaktion Algeriens zu testen.

Von größerer Bedeutung ist jedoch der Versuch, eine vierte marokkanische Verteidigungsmauer zu bauen. Diese sollte diesmal entlang der algerischen und mauretanischen Grenze von Zag über Mahbes, Bir Lehlou, Tifariti nach Amgala führen.

Durchbruch in der OAU

Anders als ihre Vorgänger, die entweder eine effektive Konzentrierung marokkanischer Truppen erlaubten oder in gebirgigen Regionen die Einsicht in das Hinterland versperrten, durchquert diese Mauer im Gebiet der Westsahara eine flache Hamada. Ihr Zweck ist somit weniger militärstrategisch als vielmehr der einer politischen Provokation unmittelbar an der algerischen Grenze.

Am 12.1.1985 schoß die ALPS im Verlauf einer ihrer zahlreichen Angriffe auf die Mauern in den letzten Monaten bei Mahbes eine marokkanische Mirage F-1 ab. Die marokkanische Propaganda meldete das ungewöhnlich schnell und fügte hinzu, die Rakete sei von „einem be-

nachbarten Territorium“ – also von Algerien aus – abgefeuert worden. Den Abschluß zweier weiterer marokkanischer Bomber in der Region von Dakhla, weit von der algerischen Grenze entfernt, am 13. Januar d.J. meldete die marokkanische Propaganda jedoch bezeichnenderweise nicht.

Die Frente POLISARIO selbst nimmt die Möglichkeit eines marokkanischen Angriffes auf ihre Flüchtlingslager bei Tindouf offensichtlich ernst. Sie bereitet sich seit geraumer Zeit durch das Ausheben von Schutzgräben und die Einrichtung von Unterständen für die dort lebende sahrauische Zivilbevölkerung darauf vor.

Es gibt in der Tat nicht nur die erwähnten Anzeichen für einen solchen marokkanischen Plan, sondern wichtige Gründe dafür. Einige dieser Gründe werden auch von *Jeune Afrique* genannt: „...als bei den Militärs immer die Versuchung eines Blitzkrieges besteht, die Versuchung, das Geschwür ein für alle Mal herauszuschneiden – zweifellos stärker auf marokkanischer Seite, wo



POLISARIO-Einheit

Mohammad Abdelaziz

Marokko

In einer Erklärung des Exekutivkomitees der Volksfront zur Befreiung von Sagui el-Hamra und Rio de Oro (Frente POLISARIO) vom 17.12.1984 werden die Aufnahme der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) in die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), das Eintreten der UNO für eine Verhandlungslösung und die POLISARIO-Offensive „Grand Maghreb“, die im Oktober 1984 begann, als große Erfolge ihres Volkes.

In dem Dokument klagt die POLISARIO vor allem eine „neue koloniale Offensive“ der französischen Regierung an, die mit dem „amerikanischen Segen“ „die Eliminierung der sahrauischen Revolution“ und „die Einkreisung der algerischen Revolution“ zum Ziel hat. Die Frente POLISARIO hebt besonders die „Finanzierung des marokkanischen expansionistischen Vorhabens“ hervor, „das in der Umwandlung der natürlichen Grenzen der DARS in einen militärischen Gürtel besteht“, um „die Nachbarn der DARS dazu zu bringen, den von Marokko geschaffenen Fakten zuzustimmen und sie zu beschützen“.

Bereits kurz nach der Aufnahme der DARS am 12.11.1984 in die OAU war der Präsident der DARS, Mohammad Abdelaziz, in einem Interview mit der Panafrikanischen Nachrichtenagentur (PANA) auf die neue Lage eingegangen:

FRAGE: Was sind Ihre Schlußfolgerungen und Empfindungen nach der Aufnahme?

M. ABDELAZIZ: (...) Die Aufnahme der DARS bestätigt die Legalität, das Recht... Die Charta, die Prinzipien der OAU sind konkretisiert worden.

Unsere Opfer in Tripolis (1982 scheiterte der 19. Gipfel der OAU in Tripolis zweimal an der Frage der Teilnahme der DARS; d. Red.) und Addis Abeba (der 19. Gipfel fand 1983 ohne die DARS statt; d. Red.), die die



Durchführung des 19. Gipfel möglich gemacht haben, und die Weigerung Marokkos, die Resolution 104 (auf dem 19. Gipfel verabschiedet, sah sie direkte Verhandlungen zwischen der DARS und Marokko über einen Waffenstillstand vor sowie ein Referendum über die Unabhängigkeit der Westsahara bis Ende 1983; d. Red.) anzuwenden, sind alles Elemente, die dazu geführt haben, daß der DARS in Afrika eine große Solidarität zuteil wurde. (...)

FRAGE: Libyen hat den Austritt Marokkos aus der OAU bedauert. Ist dies nicht eine Unterstützung für Marokko? Wie verhält es sich übrigens mit den Beziehungen zu Libyen?

M. ABDELAZIZ: Nein, während des 20. Gipfels war keine Übereinkunft zwischen Libyen und Marokko auf dem Rücken der und zum Nachteil der DARS erkennbar. Die Aufforderung an Marokko in die OAU zurückzukehren, ging nicht nur von Libyen aus. Alle afrikanischen Staaten haben den Austritt Marokkos aus der panafrikanischen Organisation bedauert und seine Rückkehr



man es satt hat, auf die Schläge des Gegners zu warten, um selbst zurückschlagen zu können. In Marokko, wo man mit immer weniger Gelassenheit die wirtschaftliche Last der Sahara-Affaire verspürt, ...treten einige Strömungen diskret für eine solche Lösung ein."

Die wirtschaftliche Situation des Landes und vor allem der Mehrheit seiner Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren wirklich kontinuierlich verschlechtert. Marokkos Finanzminister Abdellatif Jouahri mußte das im vergangenen November 1984 vor den Abgeordneten selbst zugeben.

So sind die Auslandsschulden von 7 Mrd Dollar 1980 auf 13 Mrd Anfang 1984 gestiegen mit der Aussicht, Ende des Jahres 15 Mrd zu erreichen. Im gleichen Jahr verschlang die Schuldendienstzahlung 80% der Exporteinkünfte.

Während eine Erhöhung der Exporteinnahmen um wenigstens 10% nötig wäre, um die Schuldendienstzahlungen leisten zu können, verschlechtern sich die Aussichten darauf angesichts der restriktiven Maßnahmen der – vor allem westeuro-

päischen – Kunden. Sie drohen sich mit dem bevorstehenden Eintritt Spaniens und Portugals in die EG völlig in Luft aufzulösen. Demgegenüber verschlingt der Sahara-Krieg, der die Aufrechterhaltung eines Expeditionsheeres von 150.000 Mann erfordert, täglich 3 Mio Dollar. Jouahri hatte schon 1983 erklärt, daß 3/4 des Staatshaushaltes für den Krieg ausgegeben wird.

Der im November 1984 von ihm vorgelegte Haushalt für 1985 sieht eine Steigerung der Militärausgaben um 15% vor und damit die Annullierung der meisten wirtschaftlichen und sozialen Projekte in Marokko. Gleichzeitig ist Marokko mit der endgültigen Aufnahme der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) in die OAU im November 1984 in dieser Frage auch diplomatisch völlig gescheitert.

Zudem forderte die UNO-Vollversammlung Marokko und die Frente POLISARIO am 5.12.1984 auf, direkte Verhandlungen über einen Waffenstillstand aufzunehmen, um anschließend in der Westsahara ein Referendum über die Unabhängigkeit durchzuführen. Die OAU hatte bereits auf ihrem Gipfeltreffen Anfang Juni 1983 in Addis Abeba die Durchführung eines Referendums bis Ende 1983 gefordert, was aber bisher von Marokko verhindert worden war (siehe AIB 3/1984, S. 21ff.).

nuß an den Verhandlungstisch

in den afrikanischen Schoß gewünscht. (...)

FRAGE: Wird die Aufnahme der DARS nicht die Lösung des Problems behindern?

M. ABDELAZIZ: Es gibt eine Konfrontation zwischen der DARS und Marokko. Die Auseinandersetzung kann nur durch Verhandlungen geregelt werden. Das Problem kann seine friedliche Lösung finden, sobald bei Marokko der politische Wille besteht, dies zu erreichen.

Die Tatsache, daß die DARS seinen Sitz einnimmt, verstärkt und erleichtert die Chancen einer Lösung, wenn Marokko dazu die Bereitschaft hat. Es ist die wichtigste Bedingung unter anderen Bedingungen. (...)

Seit unserer Beteiligung (in der OAU; d. Red.) als afrikanisches Land gehen wir davon aus, daß ein gewichtiges Hindernis ausgeräumt wurde. Als Vollmitglied, das seine Rechte ausübt, die aus dieser Aufnahme entspringen, werden wir untersuchen, wie wir zu gegebener Zeit Zutritt zu anderen Organisationen, besonders zur UNO und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, bekommen können.

Das wird die nächste Etappe unserer diplomatischen Aktivitäten sein. (...)

FRAGE: Schließt ihre Aufnahme nicht die Tür für eine politische Lösung?

M. ABDELAZIZ: Das ist die Interpretation die geflissentlich von Marokko gemacht wird. Eine falsche Interpretation, eine Interpretation jener, die momentan daran arbeiten, ein militärisches Abenteuer durchzuführen, eine Aggression gegen die DARS, gegen die Länder Nordwestafrikas und gegen ganz Afrika.

In diesem Zusammenhang erwarten wir, wie es die genauen Feststellungen und die kürzlich von Marokko vorgebrachten Drohungen bestätigen, daß es eine militärische Eskalation, als Antwort auf den Sieg der westsaharischen Sache auf dem 20. Gipfel, vorbereitet.

Dies entspricht der Logik der kolonialistischen Politik. Immer wenn die kolonisierten Völker in ihrem Kampf voranschreiten, verdoppelt der Besatzer seine Aggressivität. Je mehr er verurteilt wird und isoliert ist, umso stärker greift der Aggressor zum militärischen Abenteuer als Antwort auf die Legalität.

Dies ist kein Ausdruck der Stärke der marokkanischen Regierung, sondern drückt die Schwäche und die afrikanische und internationale Isolierung Marokkos aus.

FRAGE: Einige sagen, daß sie das Durchführungskomitee (1981 gegründetes Komitee der OAU, daß ein Referendum in der Westsahara in die Wege leiten soll; d. Red.) als Vermittler benutzen sollen, wenn direkte Verhandlungen von Marokko abgelehnt werden.

M. ABDELAZIZ: Die OAU hat sich seit 1976 auf ihren verschiedenen Gipfeln mit dem Westsahara-Problem befaßt.

Die Komitees der Staatschefs sind nach langer Suche und nachdem alle Wege und Mittel erschöpft waren, zur Resolution 104 gelangt, um das Problem zu lösen. Sie wird von Afrika und der internationalen Gemeinschaft als adäquates Mittel für eine friedliche Lösung des Problems betrachtet.

Die Frage die wir stellen: Seit 10 Jahren tobt der Krieg, die DARS kontrolliert mehr als 70% (des Landes), unsere Armee befindet sich im täglichen und andauernden Krieg mit der marokkanischen Armee, wie soll man dann das Problem friedlich lösen, ohne daß die beiden Kriegsgegner, die beiden Konfliktparteien, jene die sich bekämpfen, sich hinsetzen um zu verhandeln?

Die Geschichte ist reich an Beispielen: Der Algerienkrieg und der Vietnamkrieg haben alle beide ihre Lösung am grünen Tisch gefunden. (...)

(Quelle: Sahara Libre, o.O., Nr. 228/229, November 1984)

Offensive „Grand Maghreb“

Vor allem aber zeigt sich seit Oktober 1984, seit die ALPS mit ihrer Offensive „Grand Maghreb“ begonnen hat, daß sich die für die FAR positiven Aspekte der Anlage von Verteidigungsmauern erschöpft haben.

Deutlichster Beleg dafür ist die Tatsache, daß die jüngste Mauer nicht wie ursprünglich geplant fertiggestellt wurde, sondern bereits bei Mahbes in Richtung Haouza nach Westen umgeleitet wurde. Die in der Sahara stationierten Soldaten der FAR müssen mit jeder neuen Mauer ihre Verteidigungslinien immer weiter strecken. Nachdem es der ALPS bereits in den vergangenen Jahren gelungen war, auch hinter den damaligen Mauern zu operieren, konnte sie bei ihrer jüngsten Großoffensive besonders eindrucksvolle Erfolge erzielen.

Die Offensive „Grand Maghreb“ ist die größte, die die von der marokkanischen Propaganda regelmäßig als „praktisch tot“ bezeichnete ALPS seit ihrer Offensive gegen das südmarokkanische Lebourat 1979 durchgeführt hat.

Seit dem 13. Oktober 1984 finden fast täglich an dieser Front von 1.000 km Angriffe der ALPS statt, die die Mauern an verschiedenen Stellen auf Dutzende Kilometer zerstört und den Besatzungs-

Bestell-Coupon

(bitte einsenden an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg)

- Ich abonniere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort*
- Ich bestelle ____ Expl. AIB Nr. ____**
- Ich bestelle ____ Expl. AIB-Sonderh. Nr. ____**

* Jahresabo (inkl. Porto); Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM; Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabo (50,- DM oder mehr): ____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5,- DM; Sonderheft 2,- DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10,- DM nur gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

Postleitzahl/Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Gewünschte Zahlungsweise:

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postgirokonto AIB-Weltkreisverlag, Nr. 312 093-607 beim Postgiro Frankfurt/Main oder auf das Konto AIB-Weltkreisverlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00)
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt die Einzugsermächtigung
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden

Kontonummer _____

Bankleitzahl _____

Geldinstitut _____ in _____

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Vereinbarungen innerhalb von zwei Wochen bei der Bestelladresse widerrufen kann und bestätige dies durch meine **2. Unterschrift**

Datum/Unterschrift _____

Werbepremie

Der oben aufgeführte AIB-Abonnent wurde von mir gewonnen:

mein Name _____

meine Adresse _____

mein Prämienvunsch aus dem AIB-Angebot _____

Die Prämien erhalten nur Werber, die bereits Abonnenten sind.

AIB
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

truppen bedeutende Menschen- und Materialverluste beigebracht hat.

Diese sind so bedeutend, daß das marokkanische Regime die These von der fast vollendeten „Befriedung“ der Sahara aufgeben mußte und es sich z. B. nicht mehr erlauben konnte, ausländische Journalisten, die zuvor zur Bestätigung dieser These von ihm eingeladen worden waren, im November und Dezember 1984 in die Sahara zu lassen (Le Soir, Brüssel, 8.12.1984).

Das Ziel der ALPS ist es nicht, die FAR in einem klassischen Krieg aus dem Land zu vertreiben. Sie will die politischen und wirtschaftlichen Kosten der Annexion durch einen Abnutzungskrieg möglichst hochtreiben. Diese sollen das marokkanische Regime entweder zur Einsicht bewegen oder in Marokko die soziale Situation derart verschärfen, daß sie sich in einem Volksaufstand oder Armeeputsch Ausdruck verschafft.

Die Hoffnung des Regimes könnte angesichts dessen durchaus in einem Angriff auf Algerien bestehen. Dabei würde es möglicherweise letztlich weniger darum gehen, die algerische Armee zu besiegen, oder auch nur die Flüchtlingslager zu zerstören. Vielmehr ginge es darum, die dann sicher sofort einsetzenden internationalen Vermittlungsbemühungen für einen für Marokko günstigen faulen Kompromiß in der Westsahara-Frage zu nutzen.

Wackelige Verbündete Marokkos

Der augenblickliche Zeitpunkt könnte für ein solches Vabanquespiel der günstigste und letztmögliche sein.

Noch genießt Marokko die faktische Unterstützung verschiedener Bündnispartner wie der USA, Frankreichs, Spaniens, Libyens und Saudi Arabiens. Es gibt aber durchaus Gründe für die Annahme, daß sich diese Bündnispartner bezüglich der Sahara-Frage unter Umständen ziemlich plötzlich umorientieren könnten.

Das saudische Regime war in den vergangenen Jahren Hauptfinanzier der marokkanischen Kriegsbemühungen. Innenpolitisch steht es aber eher auf tönernen Füßen und neigt von daher mehr zu Kompromißlösungen zwischen den wichtigsten Kräften der arabischen Welt. Da es schließlich auch wirtschaftlich bei weitem nicht mehr so gesund wie zu Zeiten des Ölbooms ist, steht zumal nach der deutlichen Intensivierung der saudisch-algerischen Beziehungen eine Verringerung der saudischen Zahlungen an Marokko an.

Auch die USA, die in Marokko immerhin über mehrere Basen für ihre Schnelle Eingreiftruppe (RDF) verfügen, pflegen seit langem mit Algerien beste wirt-

schaftliche Beziehungen. Sie haben in den vergangenen 3 Jahren auch ihre politischen Beziehungen zu Algerien deutlich ausgebaut, und zwar so sehr, daß US-Vizepräsident Bush am 14.9.1983 in Algier die „wirkliche Blockfreiheit“ des Landes lobte und am 2.10.1984 die bis dahin hochrangigste US-Militärdelegation in Algier empfangen wurde.

Auch Paris hat auf beiden Seiten große Interessen und wird es sich nicht erlauben können, Marokko bei einem Abenteuer zu unterstützen. Frankreichs afrikanische Klientel hat ihm bereits den Geheimschacher mit dem bei ihr allgemein verhaßten Ghaddafi über den Tschad krumm genommen und wird eine Beteiligung an der Liquidierung der gerade erst auch mit ihren Stimmen in die OAU aufgenommenen DARS kaum mehr schätzen.

Spaniens Beziehungen zu Marokko sind ohnehin seit je konfliktgeladen. Die deutliche Annäherung der jüngsten Zeit scheint vornehmlich eine Apeasement-Politik im Hinblick auf die Zukunft der in Marokko gelegenen spanischen „Presidios“ Ceuta und Melilla zu sein. Sie ist in dieser Hinsicht eine Antwort auf die Annäherung Marokkos mit dem „radikal arabisch-nationalistischen“ libyschen Regime.

Bleibt Libyen: Libyen könnte an einem Grenzkonflikt im Westen Algeriens interessiert sein, um seine eigenen Territorialforderungen gegenüber Algerien durchzusetzen und Algerien als Hauptkonkurrent um die Vorherrschaft in der Region zu schwächen. Damit würde sich Libyen jedoch vollends von allen bisherigen Verbündeten isolieren, ohne auf der anderen Seite neue zu gewinnen. Auch nach dem Abschluß des Vertrages der Union mit Marokko vom August 1984 hat sich Libyen bei der OAU-Abstimmung nicht gegen die DARS gestellt.

Marokko kann sich also nicht auf irgendwelche Verbündeten verlassen. So groß die Versuchung sein mag, das Sahara-Problem durch einen Coup zu „lösen“, die Karten, die es dafür in der Hand hält, scheinen doch zu schlecht zu sein. Die jüngsten (Januar 1985) auffallend intensiven Bemühungen des zwar zur Zeit mit Algerien – wohl nicht zuletzt gegen Libyen – verbündeten, bis vor kurzem aber stets promarokkanischen Tunesien um einen Marokko einschließenden maghrebischen Gipfel können vielleicht als prophylaktischer Vermittlungsversuch im genannten Sinn interpretiert werden.

Hinweise auf eine Erfolgsmöglichkeit, d. h. auf einen marokkanisch-algerischen Kompromiß auf Kosten der DARS, die im Gegensatz zu Libyen an diesem Gipfel nicht teilnehmen soll, bestehen jedoch keine.

Symposium „100 Jahre Berliner Kongokonferenz“

Unter dem Motto „100 Jahre Berliner Kongokonferenz – Rolle und Erbschaft des deutschen Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika“ veranstaltete die Marx-Engels-Stiftung e.V. am 19. Januar 1985 ein Symposium. Knapp 50 Teilnehmer/innen hatten sich zu der Konferenz in Wuppertal eingefunden.

Zunächst ging es um eine Auseinandersetzung mit all jenen publizistischen Werken, von denen anlässlich der „Hundertjahrfeier“ Medien- und massenwirksam die öffentliche Meinungsbildung geprägt wurde. Dabei ist zum einen die Neubewertung auf eine verklärte koloniale Vergangenheit zu verzeichnen, die kolonialistische Machtpolitik weitgehend rechtfertigt. Gemeinsam mit der von Bonn systematisch geförderten Renaissance revanchistischen Gedankenguts gehört dies zu den wichtigsten Begleiterscheinungen der „Wende“-Politik auf ideologischem Gebiet.

Zum anderen gibt es eine politisch gewiß bedeutsamere Form von „Vergangenheitsbewältigung“, die vorwiegend zum Zweck der Legitimation neokolonialer Ausbeutungsverhältnisse geschieht. Bei einer meist vorbehaltlosen Distanzierung von einer aggressiven Kolonialpolitik und ihren Greueln wird hier gleichzeitig gemahnt, doch nicht „das weiße des zivilisatorischen Fortschritts“ zu überschen.

Die imperialistischen Hauptmächte werden nun den Ländern der Dritten Welt als überlegene, aber helfende Sozialpartner angegliedert. „Kontinuität wird also deutlich“, so Rainer Falk (AIB), „zumal wenn man sich vergegenwärtigt, daß die sog. 'White Man's Burden', die 'Verantwortungslast des weißen Mannes', auch in früheren Zeiten zu den gängigsten Rationalisierungen imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung gehörte.“

Bonner Bonus verspielt

In seinem einleitenden Referat versuchte R. Falk eine „Standortbestimmung des bundesdeutschen Neokolonialismus“. Galt die Bundesrepublik nach dem 2. Weltkrieg zunächst als eine Macht, die – nicht zuletzt aufgrund ihrer weit zurückliegenden kolonialen Vergangenheit – weniger Einfluß zu nehmen schien als die alten Kolonialmächte, so war dieser Bonus zu Beginn der 70er Jahre verspielt.

Anknüpfend an Thesen von H. Bley nannte Falk als die entscheidenden Faktoren für diesen Vertrauensverlust: die völlige Einbindung in den NATO-Zusammenhang; das militärische und wirtschaftliche Engagement in Südafrika/Rhodesien; die harten Positionen der Bundesregierung gegenüber einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und die offensiv betriebene Politik der Waffenexporte. „Es muß hervorgehoben werden, daß sich diese besonders aggressiven Züge bundesdeutscher Dritte-Welt-Politik in der sozialliberalen Entwicklungsphase der 70er Jahre herausbildeten.“

Im Ergebnis nimmt die BRD nun im Vergleich mit anderen imperialistischen Ländern Spitzenpositionen als Handelsmacht, Direktinvestor, Kreditgeber und Waffenexporteur gegenüber den Entwicklungsländern ein. „Defizite“ bei der „Umsetzung wirtschaftlichen Einflusses



Bei der Unterzeichnung der Kongo-Akte: Reichskanzler Bismarck in Kürassieruniform (siehe auch: AIB 11-12/1984)

ses in politische und militärische Macht“ versucht Bonn durch eine „Einfädelerung ins internationale politische Krisenmanagement“ zu überwinden.

Die „Wende“ zur Entwicklungspolitik der CDU-CSU/FDP-Regierung mußte sich auf diese Weise nicht als allzu radikaler Bruch vollziehen. Das neue Gepräge der konservativen Dritte-Welt-Politik läßt sich vor allem in einer Anpassung an politische Vorgaben der Reagan-Administration ausmachen.

Dazu gehört z.B. die bereitwillige Einordnung in ein Konzept globaler Arbeitsteilung innerhalb des westlichen Bündnisses, das die BRD zur Transitstelle und Nachschubbasis für die Schnelle Eingreiftruppe macht. Die Konzipierung entwicklungspolitischer Zielsetzungen wird einem Freund-Feind-Schema, sprich Ost-West-Schema, untergeordnet. Und die Vergabe von Finanzmitteln – im übrigen verbunden mit einer ausgesprochen protektionistischen Praxis – wird gekoppelt mit einem sog. „Politik-Dialog“, der den Weg zu einer Durchsetzung (neo-)konservativer Wirtschafts- und Wertvorstellungen in der Dritten Welt öffnen soll.

„Die Zulukaffern ... haben getan, was kein europäisches Heer tun kann“, schrieb Friedrich Engels und erinnert damit an die Schlacht von Isandhlwana, bei der die Zulus dem überlegenen britischen Kolonialheer 1879 eine vernichtende Niederlage beibrachten. Auf diese heroischen Traditionen des antikononialen Widerstands stütze sich heute die Befreiungsbewegung in Südafrika, so Tony Seedat, Repräsentant des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in der BRD. Er gab einen umfassenden Überblick über die Geschichte des Widerstands in Südafrika. 1985 begeht der ANC den 30. Jahrestag der Verabschiedung des antirassistischen, demokratischen Programms der Freiheitscharta, ein Dokument, das wie kein anderes einen realistischen Aus-

weg aus den Konfliktkonstellationen im Apartheidstaat zeigt.

Es hat nicht an Aktualität verloren in einer Situation, in der vor allem mit der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) eine kämpferische Massenbewegung entstanden ist, die breiter und besser organisiert ist als der Widerstand in den 50er Jahren oder während des Soweto-Aufstands 1976. Die neu erstarkte Widerstandsbewegung hat die sog. Verfassungsreform des Botha-Regimes und damit die Spaltungsversuche gegenüber der schwarzen Bevölkerung kläglich scheitern lassen. In dieser Krise des kolonialen Regimes – wie T. Seedat die weiße Minderheits Herrschaft charakterisierte – treten Brüche und Widersprüche innerhalb des oft monolithisch erscheinenden weißen Lagers offen zutage.

Es war ein Verdienst der Organisatoren dieser Konferenz, Sprecher aus der Dritten Welt ausführlich zu Wort kommen zu lassen. Für die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) erklärte deren Bonner Vertreter Nghidimondjila Shoombe, daß die unergiebigen Bemühungen der UNO um eine politische Lösung in Namibia direkt in die Verantwortung der sog. „westlichen Kontaktgruppe“ – der 'Gang of five' – falle. Insbesondere das Verhalten der Bundesrepublik stehe dabei in der Tradition der vor genau 100 Jahren erfolgten kolonialen Unterwerfung Namibias.

Prof. Manfred O. Hinz (Bremen), der in seinem Vortrag „Namibia – Opfer des deutschen Imperialismus damals und heute“ diese Thematik vertiefte, hob hervor, daß die deutsche Kolonialpolitik den Grundstein für die auch in Namibia realisierte Apartheidpolitik, der Verdrängung der Schwarzen in Bantustans, gelegt habe. Auch wenn man einen Teil der heutigen Nachfahren der deutschen Siedler in „Süwest“ dem neonazistischen-rassistischen Spektrum zurechnen müsse, sei bemerkenswert, daß die Mehrheit der Deutschen – meist Angehörige der gehobenen Mittelschicht – das Modell einer „internen Lösung“ bevorzugten. Wohl aus einer realpolitischen Einschätzung der Stärke der SWAPO wolle man mit einer „kontrollierten Unabhängigkeit“ einer SWAPO-Regierung zuvorkommen.

Erwähnenswert noch die anregenden Beiträge von G. Judick, der die Auseinandersetzungen um die Kolonialfrage und deren Rückwirkungen auf die deutsche Arbeiterbewegung analysierte, und von P. Schütt, der einen kulturhistorischen Abriss der (bundes-)deutschen Solidaritätsbewegung gab.

Nicht zuletzt weil der angekündigte Vertreter der äthiopischen Botschaft nicht erschien, blieb die Diskussion über die Ernährungskrise in der Dritten Welt – als Folge (neo-)kolonialer Politik – in Ansätzen stecken. Doch dies war nicht die einzige Schwäche des Symposiums. Nicht zuletzt aufgrund einer mangelnden Vorbereitung kam eine Diskussion über brennende Fragen, z.B. über die Aktualität des Problems der kolonialen Grenzziehung in Afrika oder über die Suche nach Wegen aus der Abhängigkeit und dem System des Neokolonialismus, das mittlerweile auch in einer tiefen Krise steckt, kaum zustande.

Christoph Sodemann

Ulrich Rupp

Stroessners Tage sind gezählt

Während in ganz Lateinamerika die Militärdiktaturen zusammenbrechen oder zumindest am Wanken sind, scheint ein Regime sich noch immer andauernder Stabilität zu erfreuen. Seit nunmehr 30 Jahren sitzt in Paraguay Alfredo Stroessner fest im Sattel.

Doch auch hier beginnt sich Widerstand zu regen, wenn auch noch nicht so offen wie in den Nachbarstaaten Brasilien, Uruguay oder Argentinien.

30 Jahre Ausnahmezustand

Stroessner kam 1954 nach internen Fraktionskämpfen in der herrschenden Colorado-Partei durch einen Putsch an die Macht. In einem achtjährigen Terrorfeldzug errichtete er seine Alleinherrschaft.

Seit 1958 im Fünfjahresrhythmus – mit Mehrheiten von 90% – zum Präsidenten gewählt, ist Stroessner Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte in einer Person.

Hauptinstrument seiner Herrschaftsausübung ist ein auf 50.000 Mann bezifferter Militär- und Polizeiapparat, der, auf die Gesetze 209 („Schutz der öffentlichen Ordnung“) und 294 („Schutz der Demokratie“) gestützt, willkürliche Ver-

haftungen vornehmen und die Verhafteten auf unbestimmte Zeit ohne Anklage und Urteil gefangen halten kann.

Freie Hand schafft desweiteren ein seit 1954 ununterbrochen währendender, nur am Wahltag unterbrochener und alle 90 Tage automatisch verlängerter Ausnahmezustand. So „legitimiert“, werden spezielle Einheiten gebildet, die Strafexpeditionen, Verschleppungen, Folterungen und Morde begehen. Ein solches Massaker fand beispielsweise im März 1980 statt, als 120 protestierende Bauern umgebracht wurden.¹

Grundlage für das Vorgehen gegen Gewerkschaften und Linksparteien ist ein Artikel der Verfassung, der den Klassenkampf verbietet. Allein die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei (PCP) reicht für Haftstrafen zwischen 5 und 6 Jahren. Aus ihren Reihen kamen und kommen auch die meisten der sog. Langzeitgefangenen Paraguays. 19 Jahre schmachteten z.B. Antonio Maidana, Julio Rojas und Alfredo Alcorta in den Kerkern, weil sie 1958 einen Generalstreik gegen Stroessner angeführt hatten. 1977 auf internationalen Druck freigelassen, wurde Antonio Maidana 1980 zusammen mit Emilio Roa in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires gekidnappt und nach Paraguay entführt. Beide wurden im Konzentrationslager Embos-

cada und in Militärcamps interniert.

1983 waren noch mindestens 56 politische Häftlinge im Gefängnis, nachdem die Zahl 1979 noch 1.500 betragen hatte.²

Im Januar 1985 schließlich legte die US-Menschenrechtsorganisation Americas Watch einen Bericht vor, in dem sie feststellte, daß 360.000 Menschen – 10% der Bevölkerung – im Gefängnis waren und die meisten von ihnen auch gefoltert wurden.³

Beim Aufbau seines Terrorapparates hat sich Stroessner auch alter Nazis bedient, die in seinem Land Gastrecht genießen. „Paraguay ist ... weiterhin eine Art internationaler Lumpensammelstelle... Hier tummeln sich gerichtsnotorsche KZ-Schergen, SS-Typen, Drogenhändler und anderes lichtscheues Gesindel.“⁴

Colorados – ein Zwangsverein

Daß der ehemalige KZ-Arzt von Auschwitz, Josef Mengele, dort verantwortlich für den Tod von 400.000 Menschen, in Paraguay lebt, ist nicht erst seit dem Mengele-Tribunal, das Anfang Februar d.J. in Tel Aviv stattfand, bewiesen.

Wer den Mordkommandos – man spricht von 12.000 Toten unter Stroess-



Die Armee, Hauptstütze der Diktatur; Elendsviertel bei Asuncion



ners Herrschaft — entging und auch die Folter überstand, lebt heute im benachbarten Ausland. Das sind über 1 Mio Menschen.

Zweiter Arm der Herrschaftsausübung ist die Kontrolle sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche durch die militärisch straff organisierte Colorado-Partei.

Wer in Paraguay etwas werden will, ob Offizier, Beamter, Arzt oder Lehrer, muß Mitglied der Staatspartei sein. Umgekehrt ermöglicht die Zwangsmemberschaft von insgesamt 800.000 Paraguayern in der Colorado-Partei die totale Überwachung der Mitglieder.

Stroessner, der selbst Ehrenvorsitzender der Colorado-Partei ist, kann sich einer stabilen 2/3-Mehrheit im Parlament erfreuen.

Die Untergrundwirtschaft

Um diese zu sichern, schreckt das Regime auch vor massiven Wahlfälschungen nicht zurück.

Das restliche Drittel der Sitze dürfen sich die einzig als „Oppositionsparteien“ anerkannten Radikalliberalen und Liberalen teilen. Alle anderen Parteien sind entweder verboten oder zerschlagen. Erst in den letzten Jahren zeichnet sich durch die Tolerierung des Oppositionsbündnisses Nationale Übereinkunft (AN) eine leichte Öffnung ab (siehe unten).

Die dritte Stütze der Herrschaft Stroessners ist die Allianz zwischen Militär und Colorado-Partei auf der einen und Handelsbourgeoisie, Landoligarchie und Auslandskonzernen auf der anderen Seite. Landoligarchie und Handelsbourgeoisie ziehen sowohl aus der spezifischen Situation Paraguays als reinem Exporteur von Agrarerzeugnissen ihren Nutzen als auch aus der geographischen

Lage Paraguays als Durchgangsland zwischen Brasilien und Argentinien.

Dabei spielt der staatlich geduldete Schmuggel eine bei weitem größere Rolle als der offizielle Außenhandel selbst. Insgesamt beläuft sich der Wert dieser Untergrundwirtschaft auf gut die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 5,6 Mrd Dollar. Schmuggelware sind Autos, Zigaretten und Rinder ebenso wie Kokain aus Bolivien und Heroin aus Nahost.

Ausverkauf an die Multis

Mit dem 1975 verabschiedeten Investitionsgesetz Nr. 550 wurden den ausländischen Konzernen Tür und Tor geöffnet.

Der von Stroessner gewährte freie Gewinntransfer — bei nur 20%iger Besteuerung —, die Garantie „stabiler politischer Verhältnisse“ (z.B. Verbot gewerkschaftlicher Betätigung) und ein niedriges Lohnniveau waren trotz des Fehlens umfangreicher Bodenschätze oder eines aufnahmefähigen Binnenmarktes ausreichende Investitionsanreize.

Während man auf der einen Seite den Boden an internationale — darunter auch bundesdeutsche — Spekulanten verschleuderte und die Ureinwohner vertrieb, erhielten auf der anderen Seite Firmen wie die Anschutz Corporation, Trend Resources International Limited oder die Teton Exploration Drilling Company das Recht, alle Erze im paraguayischen Chaco abzubauen. Die US-Gesellschaften REPSA (Esso), die gemischte Gesellschaft PETROPAR, Texaco und Standard Oil sicherten sich die Erdölinteressen im selben Gebiet.

Durch den Ausverkauf an ausländische Firmen dominieren diese 80% der Wirtschaft und 90% des Bankwesens. Allein 15 der 17 größten Industrieunternehmen des Landes sind in ausländischer Hand.

Importe gelangen fast unbesteuert ins Land. Sie ruinieren dort die letzten Sektoren der nationalen Bourgeoisie. Paraguays Handelsbilanz ist mit 250 Mio Dollar im Jahr 1982 und mit 200 Mio Dollar im Jahr 1983 chronisch defizitär. Paraguays Auslandsverschuldung beläuft sich auf 2 Mrd Dollar.⁵ Mit weiteren 9 Mrd Dollar steht es bei Brasilien wegen des Baus des Wasserkraftwerks Itaipu in der Kreide.

Eine dünne Oberschicht von 15.000 Personen eignet sich 41,5% des Nationaleinkommens an, während 72% der Bevölkerung ganze 30,5% auf sich vereinigen. Nicht anders sieht es bei der Landkonzentration aus. 1.500 Großgrundbesitzer verfügen über 75% des Bodens — die 25 größten allein über 32% —, während

Paraguay-Daten



- Territorium:** 406.752 qkm
- Bevölkerung:** 3,1 Mio Einwohner (1982); ethnische Hauptgruppen: Mestizen 95%, Weiße 3%; 2% Indios (Guaranis)
- Hauptstadt:** Asunción; 453.000 Einwohner (1978)
- Religion:** 90% Katholiken
- Sprache:** Spanisch (Amtssprache), Guaraní (Verkehrssprache)
- Währung:** Guaraní; 1 Guaraní = 0,0126 DM (Sept. 1984)
- Wirtschaft und Soziales:** Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt 1.610 Dollar (1982). Struktur des Bruttoinlandsproduktes: 26% Landwirtschaft, 26% Industrie, 48% Dienstleistungen. Wichtigste Ausfuhrungsgüter sind Baumwolle, Ölsaate, Fleisch und Holz. Wichtige Handelspartner sind Brasilien, Argentinien, BRD, USA, Japan. Die Auslandsverschuldung beträgt über 2 Mrd Dollar (1984). Die Lebenserwartung beträgt 65 Jahre, die Analphabetenrate 16%, die Arbeitslosenrate 13% (1983) und die Inflation 17% (1983).
- Geschichte:**
 - 1573 Gründung von Asunción
 - 1811 Unabhängigkeit von Spanien
 - 1936 Machtübernahme durch progressive Offiziere (Febreristen)
 - 1947 Im Bürgerkrieg besiegen die Colorados die Kräfte der Liberalen, Febreristen und Kommunisten
 - 1954 General Alfredo Stroessner übernimmt die Macht
 - 1958 Niederschlagung eines Generalstreiks
 - 1959 Beginn von Guerillaaktionen, die 1961 scheitern
 - 1968 Der zugelassenen Opposition wird in der neuen Verfassung 1/3 der Parlamentssitze eingeräumt
 - 1978 Gründung der Nationalen Übereinkunft (AN) aus vier oppositionellen Parteien



Itaipu, das weltgrößte Wasserkraftwerk

Ein Diktator steht ins Haus



Alfredo Stroessner

Der mit 31 Jahren dienstälteste Diktator Lateinamerikas, Alfredo Stroessner aus Paraguay, schickt sich an, am 3.7.1985 die Bundesrepublik zu besuchen.

Er tut dies auf offizielle Einladung der Bundesregierung hin. Kanzler Helmut Kohl sowie die Ministerpräsidenten Strauß (CSU) und Späth (CDU) werden sich die Ehre geben. Offizieller Grund seines Besuchs ist die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, sprich Stabilisierungshilfe für die Diktatur.

Bereits 1973 weilte Stroessner – allerdings privat – in der Bundesrepublik. Er wurde damals vom bayrischen Ministerpräsidenten und Bundesratspräsidenten Alfons Goppel empfangen. Goppel saß auch 1982 einem Kuratorium des Institutes für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung (IDPA) vor, welches im selben Jahr Heinz Aigner (CSU) gründete. Das Institut vermittelt nicht nur fruchtbare Landstriche – Vertreibung der ansässigen Bauern eingeschlossen – an bundesdeutsche Investoren, sondern setzte sich zum Ziel, binnen 2 Jahren Stroessner eine offizielle Einladung Bonn zu verschaffen.

1 Jahr vor der Gründung war Aigner, ehemals Wahlkampfreferent Kohls, mit dem früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger und Gerhard Löwenthal in Paraguays Hauptstadt Asuncion zum Besuch eines Antikommunismus-Seminars gewesen.

Fortan wollte Aigner „etwas für das Ansehen von Paraguay ... tun, spiegelt sich doch seit

Jahren in den einschlägigen Medien, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, ein Zerrbild des Landes Paraguay wider.“ Außerdem sei Paraguay schließlich „eine freiheitlich verfaßte, präsidentiale Republik“, in der sich „die wichtigsten Kräfte der freien Marktwirtschaft, die mittelständischen Unternehmen, einer wohlwollenden Förderung seitens der Regierung erfreuen“.

Angesichts einer solchen Politik Aigners und seiner CDU/CSU-Freunde entlarvt sich schnell die Doppelmoral der derzeitigen Bonner Außen- und Entwicklungshilfepolitik, für die mit Jürgen Warnke ein weiterer CSU-Parteifreund verantwortlich zeichnet.

Während auf der einen Seite die linksorientierte Regierung Nikaraguas unter dem entwicklungspolitischen Boykott der Bundesregierung zu leiden hat, ist Stroessner in der Bundesrepublik gerne gesehen. Gegen diese Bonner Doppelmoral und gegen die mit dem Besuch Stroessners verbundene Aufwertung einer der letzten und brutalsten Diktaturen Lateinamerikas macht sich hierzulande denn auch Widerstand breit.

Proteste gegen den Diktator

In einem offenen Brief an Bundeskanzler Kohl protestiert die Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V. (PAG) gegen den Staatsbesuch: „Ihnen, Herr Bundeskanzler, sollte doch bekannt sein, daß Sie in der Person des General Stroessner einen Mann eingeladen haben, der seit 30 Jahren das paraguayische Volk unterdrückt. Auch Sie wissen, daß Stroessner und seine Generale die Diktatur in ihrer häßlichsten Form verkörpern, daß diese paraguayische Regierung mit Hilfe von Mord, Folter, Ausnahmezustand, willkürlichen Verhaftungen regiert, daß sie alten Nazis und internationalen Wirtschaftsverbrechern Asyl gewährt.“

Die PAG ruft dazu auf, Aktionen durchzuführen (Protestschreiben, Unterschriftenlisten, Veranstaltungen), über die Verhältnisse in Paraguay und die bundesdeutsche Komplizenschaft zu informieren. Weitere Informationen bei: PAG, Margarethenstr. 11, 4050 Mönchengladbach.

250.000 Bauern überhaupt kein Land besitzen.⁶

Verschlimmert hat sich die Lage der Ärmsten. Seit 1982 – nach Jahren hoher Wachstumsraten durch z.B. Großprojekte wie Itaipu – geriet Paraguays Wirtschaft in eine bis heute dauernde Rezession. 1982 fiel das Bruttosozialprodukt um 2,5% und 1983 um weitere 5%.

Der Widerstand gegen die Unterdrückung und die soziale Verelendung war nach der Gleichschaltung der Konföderation der Werk tätigen Paraguays (CPT) lange Jahre sehr gering. Erst Anfang der 70er Jahre ist eine Reaktivierung festzustellen. Ab Mitte 1973 nahmen Streiks rapide zu.

Auch die Landarbeiter und Kleinbauern radikalisierten sich und schritten, mit kirchlicher Unterstützung, zur Bildung von genossenschaftlich organisierten Agrarligen. Sie nahmen Landbesetzungen vor und forderten angemessene Preise für ihre Produkte.

Diese Reorganisation der Interessenvertretungen der Arbeiter und Bauern wurde jedoch durch Repressionswellen immer wieder gebremst. In den Jahren 1975-77 wurden 1.500 Oppositionelle verhaftet und mehrere hundert getötet.

Reaktivierung der Volksbewegung

Das Jahr 1978 markierte jedoch bereits wieder einen Neuaufschwung der antidiktatorischen Bewegung. Die Agrarligen konnten sich neu formieren. Streiks nahmen zu – so im Wasserkraftwerk Acaray –, an der Baustelle Itaipu wurde eine Gewerkschaft gebildet und politische Gefangene traten in den Hungerstreik.

Das Regime konnte zu einigen Zugeständnissen gezwungen werden, etwa zur Freilassung von Gewerkschaftsführern und politischen Gefangenen. 1983 schließlich kam es zur Bildung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, des Zwischengewerkschaftlichen Solidaritätskomitees. Es besteht aus Gewerkschaften, die sich von der CPT gelöst hatten.

Die Neuformierung der Arbeiter- und Bauernbewegung hatte auch Auswirkungen auf die Oppositionsparteien Authentische Radikalliberale Partei (PLRA), die Christdemokratische Partei (PDC) und die Revolutionäre Febrerista-Partei (PRF), welche der Sozialistischen Internationalen angehört. Sie schlossen sich im September 1978 zur Nationalen Übereinkunft (AN) zusammen, der 1980 auch die Colorado-Volksbewegung (MOPOCO), eine Abspaltung der Regierungspartei, beitrug.

In ihrem 14-Punkte-Programm forderten die vier Parteien die Aufhebung des Ausnahmezustandes, eine Generalamnestie,

PARAGUAY

Alternative Freiheit



Paraguay ist seit Jahrzehnten ein friedliches und stabiles Land. Die paraguayische Währung ist die stabilste in Südamerika und gehört zu den Hartwährungen der Welt. Seit Jahren ist der Zuwachs an Bruttosozialprodukt der größte aller süd- und mittelamerikanischen Länder. Binnen weniger Jahre ist Paraguay der größte Stromelexporteur der Welt. Freier Devisenmarkt.

Dieses Land hat keine Minderheitsprobleme, die Bevölkerung ist einheitlich spanisch-sprechend und fühlt sich dem freien Westen und insbesondere Deutschland verbunden. Das Kernstück ist die Familie.

Paraguay kennt kein Industrieprivileg, sondern ist weitgehend landwirtschaftlich, bäuerlich strukturiert.

Schon in wenigen Jahren ist Paraguay das Land auf der Welt, was das günstigste Verhältnis von Einwohnern zu Besitzern von Eigentum an Grund und Boden aufweist. Die einmalige soziologische Situation führt schon seit Jahrzehnten innerpolitisch zu sozialem Frieden, Stabilität und guten Zukunftsaussichten.

Fast doppelt so groß wie die Bundesrepublik, bei nur 2,8 Millionen Einwohnern, bietet Paraguay noch viel Raum und heißt Investoren willkommen.

Wir, das große Farmmanagementunternehmen in Paraguay unter deutscher Leitung helfen dem Anleger bei seiner Investitionsentscheidung.

Paraguay-Immobilien-Anzeige: die Freiheit des Landraubs



Bauer, der von seinem Land vertrieben wurde

die Abschaffung der Gesetze 209 und 294, die Achtung der Menschenrechte, die Etablierung einer unabhängigen Justiz, die Erstellung eines neuen Parteiengesetzes unter Einschluß aller politischen Parteien sowie ein neues Wahlgesetz, das Fälschungen vorbeugt.

Rückschläge blieben nicht aus. Im September 1980 wurden unter dem Vorwand der Suche nach den Mördern des nikaraguanischen Ex-Diktators Somoza etwa 200 Menschen, darunter namhafte Politiker der AN, ohne Anklage inhaftiert. Die Einwirkungsmöglichkeiten der AN, deren führende Repräsentanten noch im Exil waren, wurden stark eingeschränkt.

Im Ausland kam es 1981 zur Bildung der Paraguayschen Übereinkunft im Exil (APE), die sich im Gegensatz zur AN für die Vereinigung aller Diktaturgegner einsetzt.

Mit Hilfe der katholischen Kirche konnte eine Kampagne zur Rückkehr der Exilierten gestartet werden, so daß sich Stroessner Anfang 1984 endlich genötigt sah, den Präsidenten der MOPOCO, Miguel Angel Gonzales Casablanca, ein-

reisen zu lassen. Am 12.2.1984 erfolgte eine Neugründung der AN. Am 18.2.1984 gestattete das Regime den vier Parteien erstmals eine Kundgebung in der Hauptstadt Asuncion.

Casablanca bezeichnete diese Öffnung des Regimes als eine direkte Antwort auf die Demokratisierung in Argentinien. Zudem sei sie für Stroessner von der Notwendigkeit diktiert, der Erosion seiner Position Einhalt zu gebieten.⁷

Seit der „Tolerierung“ der Führer der AN – von den Wahlen 1983 blieb die AN ausgeschlossen – in Paraguay, so Casablanca weiter, habe sich mittlerweile die Bischofskonferenz von Paraguay zu Vermittlungen zwischen AN und Regierung bereiterklärt, um eine weitere Demokratisierung zu erreichen.

Am 26.12.1984 griff die Bischofskonferenz die Regierung an. Sie brandmarkte die Korruption der Verwaltung, den Schmuggel und die Kontraste zwischen der Zurschaustellung des Überflusses der einen und dem Elend der anderen.⁸

Auch unter Sektoren, die bisher auf der Seite der Diktatur standen, macht sich Widerstand breit. Immer häufiger wei-

gern sich Richter die Repressionsgesetze anzuwenden.

Mittlerweile hat das Regime auch an Unterstützung unter den Unternehmern eingebüßt. Am 30.7.1984 veröffentlichte die Föderation von Produktion, Industrie und Handel (FEPRINCO) ein Dokument, in dem sie heftige Kritik an der Wirtschaftspolitik des Regimes äußerte. Energischer müsse gegen den Schmuggel vorgegangen werden, der die nationale Industrie schädige. Hunderte Firmen hätten bereits ihre Zahlungen einstellen bzw. schließen müssen, wie z.B. die größte Textilfabrik Pilar, die 2.000 Menschen beschäftigte.

Schließlich forderte FEPRINCO eine generelle Lohnerhöhung und die Reaktivierung produktiver Sektoren. Victor Martinez Yaryes, Mitglied der Vereinigung der Importeure, wurde noch deutlicher: „Es müssen Veränderungen in den Strukturen und unter den Männern her, die Verantwortung tragen.“⁹

So wurden auch schon Nachfolger für Stroessner offen gehandelt. Als einer der Favoriten gilt Luis Maria Argana, Präsident des Obersten Gerichtshofes, von dem vor allem Reformen der Sicherheitsgesetze erwartet wurden.

Die Demontage Alfredo Stroessners und seines Regimes ist in vollem Gange.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Prensa Latina, Havanna, 18.3.1980; zur Charakterisierung des Herrschaftssystems siehe auch: AIB 5/1977, S. 35-38
- 2) Angaben nach: International Herald Tribune (IHT) Paris/Zürich, 7.2.1983
- 3) Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 19.1.1985
- 4) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 23.5.1980
- 5) Angaben nach: Latin America Weekly Report (LAWR), London, 17.1.1984 und 10.8.1984; OCLAE, Havanna, Nr. 7/1984, S.37
- 6) Vgl. Weltgewerkschaftsbewegung, Prag, Nr. 10/1983
- 7) Vgl. LAWR, 16.3.1984
- 8) Vgl. Le Monde (LM), Paris, 3.1.1985
- 9) Siehe: LAWR, 10.8.1984

Fünf **Themenhefte** im Jahr – z.B. 1983:

- 1/83 **DDR und Dritte Welt** (4,- DM)
- 2/83 **Die Schuldenfalle** (4,- DM)
- 3/83 **MedienBILD der 3. Welt** (5,- DM)
- 4/83 **Grenada** (5,- DM)
- 5/83 **Rüstung / Pazifik** (5,- DM)

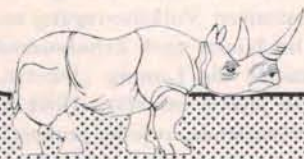
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
Zeitschrift zu Theorie und Praxis der Entwicklungspolitik

EPK

- Eine engagierte **Dritte-Welt-Zeitschrift**
- Berichte und Analysen über Armut und Alltag, Hilfe und Ausbeutung, Unterdrückung und Widerstand
- Pflichtlektüre, doch keine trockenen Lektionen

Neu: EPK-Drucksachen

- Band 1: **Deutscher Kolonialismus** (12,- DM)
- Band 2: **Siemens – Vom Dritten Reich zur Dritten Welt** (9,- DM)



EPK - Die Zeitschrift mit dem Rhino

2000 Hamburg 20 – Postfach 2846

Alfonso Gonzales Neves setzt sich durch



Freudenkundgebungen nach der Wahl von Tancredo Neves

Auch Politik ist in Brasilien allemal pittoresk und mit Folklore durchsetzt. So herrschte – eigentlich einen Monat verfrüht – am 15. Januar d.J. Karnevalsstimmung in allen Städten Brasiliens.

Das Volk tanzte auf den Straßen, als im Wahlkollegium in Brasilia die Stimme Nr. 344 für den Präsidentschaftskandidaten Tancredo Neves abgegeben und damit die absolute Mehrheit für seine Wahl gesichert war.

Freudentänze nach Neves Sieg

Als dann 480 Stimmen für den Kandidaten der Opposition zusammengekommen waren, gegen nur 180 für Paulo Slim Maluf, den Kandidaten der Militärregierung, war der „beijoqueiro“, der „Abküsser“, der alle berühmten Persönlichkeiten von Frank Sinatra bis zum Papst geküßt hatte, irgendwie in den hermetisch abgeschlossenen Kongreßsaal eingedrungen.

Er war gekommen, um unter den begeistertsten „beija, beija!“ (küsse, küsse!)-Rufen des Publikums auf den Galerien und der Delegierten im Parkett dem neuen und seit 21 Jahren ersten zivilen Präsidenten Brasiliens mit seinem Kuß zu beglücken. Das konnten die „Sicher-

heitskräfte“ gerade noch verhindern, nicht aber, daß sich fast alle Anwesenden bei den Händen nahmen und den Triumph des Volkes mit dem Gesang der Nationalhymne feierten.

Und dabei hatten die Militärs dafür gesorgt, daß das von ihnen ausgeklügelte Wahlkollegium – anders als das Parlament seit 1982 – eine Mehrheit der Sozialen Demokratischen Partei (PDS) – der Regierungspartei und Stütze der Diktatur – beherbergte.

Zusätzlich zu Terror und Verfolgung hatten die brasilianischen Generäle es stets verstanden, eine parlamentarische Fassade aufrechtzuerhalten. Dies geschah mit einer von ihnen begünstigten, kollaborationistischen Partei und einer zugelassenen, aber streng kontrollierten Opposition, die notfalls durch Streichung von Mandaten oder Auflösung des Parlaments eingedämmt wurde.

Das war allerdings nur möglich gewesen, weil und solange breite Schichten des Mittelstandes auf die Diktatur setzten und die Brosamen des „brasilianischen Wirtschaftswunders“ abbekamen.

Als Ende der 70er Jahre das „Wunder“ zerbröckelte, die Krise einsetzte und die Opposition anwuchs, hatten es die Generäle immerhin verstanden, schrittweise politische Zugeständnisse zu machen.

Sie hatten eine sorgsam dosierte Liberalisierung mit der Perspektive auf eine allmähliche Rückkehr zur Demokratie eröffnet und dem Druck des Volkes nachgegeben, ohne jedoch die Initiative zu verlieren.

Die großen Metallarbeiterstreiks des Jahres 1978 hatten das bis dahin relativ starre politische Gefüge ins Wanken gebracht. Die einzig legale Oppositionspartei, Brasilianische Demokratische Bewegung (MDB), hatte in vielen Bundesstaaten bei den Wahlen von 1980 bereits die Mehrheit gewonnen. Die Zulassung neuer Parteien sollte daraufhin die Opposition zersplittern, um die Regierung in Händen der PDS zu halten.

Doch die Gouverneurswahlen von 1982 brachten ebenfalls in 10 der bevölkertersten Bundesstaaten – von insgesamt 22 – die Kandidaten der Opposition an die Regierung. Die 1981 mit den Zusatz „Partei“ in PMDB umbenannte MDB stellte die neuen Gouverneure in diesen Staaten, mit Ausnahme von Rio de Janeiro, wo die populistische Brasilianische Arbeiterpartei (PTB) mit dem aus dem Exil zurückgekehrten Leonel Brizola die Wahl gewann.

Immerhin war den Militärs noch die Exekutive der Zentralregierung und damit die wahre Macht im Staate geblieben. Der Präsident der Republik, der General João Figueiredo, ernannte die Minister wie die Armeekommandanten und hatte das letzte Wort in allen entscheidenden Fragen. Bis vor kurzem hatte das Parlament nicht einmal die Gesetzesinitiative. Nun sollte der Nachfolger des General Figueiredo, nachdem der Generalstab einen geeigneten Kandidaten auserwählt hatte, von dem erwähnten Wahlkollegium bestätigt werden.

Doch die Zeit war reif für einen Machtwechsel. Die Krise war zu tief, um ohne eine politische radikale Wende noch bewältigt zu werden.

Die Forderung nach Direktwahlen des Präsidenten wuchsen Anfang 1984 zu einer massiven Volksbewegung an. Waren es im Januar noch Zehntausende, so mobilisierte die Losung „Diretas, já!“ (Direkte jetzt!) im März 1984 bereits Hunderttausende in jeder großen Stadt. Bei den Kundgebungen in São Paulo und

Rio im April 1984 waren es je 1 Mio (siehe AIB 9/1984, S. 29ff.).

Die Verfassungsreform, die die Wahl des Präsidenten durch das Volk ermöglichen sollte, bedurfte aber der 2/3-Mehrheit im Parlament, wo die Opposition nur über die einfache verfügte. Der Druck von unten war jedoch so stark, daß, obwohl der Ausnahmezustand über Brasilia verhängt wurde und der Kongreß vom Volk isoliert war, ein Teil der PDS-Abgeordneten mit der Opposition stimmte.

Zu den benötigten 320 Stimmen fehlten aber am Tag der Abstimmung, am 25.4.1984, immer noch 22 Stimmen. Ein Sieg der Generäle also, ... aber ein Pyrrhussieg.

Regierungspartei zerbröckelt

Bei einer Inflation von 223% und einer Arbeitslosigkeit von 10 Mio war das Volk nicht mehr von der Straße wegzubringen. Die Bewegung der „Diretas, já!“ wandelte sich bald zu einer „Tancredo, já!“.

Der von den Militärs aufgestellte Maluf, wiewohl ein Ziviler, aber steter Kollaborateur und als Meister der Korruption wahres Symbol des Regimes, fand selbst unter den Delegierten der PDS nur wenig Unterstützung. Die Forderung der Parteileitung, alle PDS-Delegierten zur Wahl von Maluf zu zwingen, wurde vom Obersten Gerichtshof zurückgewiesen und beschleunigte nur die Spaltung der Regierungspartei.

Dem offenbaren Willen des Volkes konnten sich viele nicht mehr entziehen. An die 90 Abgeordnete, an der Spitze der Vizepräsident der Nation, Aureliano Chaves, traten aus der PDS aus und gründeten eine neue Partei, die Demokratische Liberale Front (FDL). Diese trat der Demokratischen Allianz der Oppositionsparteien bei, akzeptierte Tancredo Neves als Präsidentschaftskan-

didat und auch sein Programm (siehe Kasten).

Damit war, allen politischen Manövern der Militärs zum Trotz, Tancredos Wahl gesichert. Einen neuen Staatsstreich auszuführen, war nicht mehr möglich. Malufs Bestechungsversuche scheiterten und wurden im Fernsehen dokumentiert.

Selbst die oft beschworene „kommunistische Gefahr“ — die Kommunisten unterstützten die Kandidatur Tancredos — zog nicht mehr. Wahrscheinlich werden sie demnächst legalisiert und Beziehungen zu Kuba aufgenommen.

Mit der Regierungsübergabe am 15. März d.J. wird Brasilien, nach Bolivien, Argentinien und Uruguay, nun definitiv zur Demokratie zurückkehren.

Ungeachtet dessen, daß selbst die Erfüllung des Programms der Demokratischen Allianz kaum die ungeheuren Probleme des Landes lösen und den Hunger der 40 Mio Brasilianer, die im absoluten Elend dahinkegen, stillen könnte, bleibt die Frage, ob dieses Programm überhaupt umgesetzt werden kann.

Luis Inacio da Silva, der bekannte „Lula“, ehemals Metallarbeiterführer und jetzt Vorsitzender der Arbeiterpartei (PT), die 1982 erstmals auftrat und 1 Mio Stimmen in São Paulo (10%) erhielt und die nicht für Tancredo stimmte, hat da berechnete Zweifel angemeldet. Die Allianz mit der FDL hat ihren Preis gehabt.

Als Vizepräsident wurde José Sarney, vormals Präsident der PDS aufgestellt. Der Ballast dieser für die bisherige Wirtschaftspolitik und -misere maßgeblich verantwortlichen Repräsentanten der Multis, der Großgrundbesitzer, der Banken und auch der Militärclique dürfte den besten Reformabsichten Tancredos stark im Wege stehen. Ganz zu schweigen, daß auch innerhalb der PMDB solche Repräsentanten anzutreffen sind.

Auf der anderen Waagschale befinden

sich die Kommunisten, die ebenfalls in der PMDB vertreten sind, die Partei Brizolas und vor allem die organisierte Arbeiterschaft, die Bewohner der Elendsviertel („favelas“) und ein Teil der Kirche.

Tancredo Neves wird also geschickt lavieren müssen. Den Gewerkschaften hat er ein Stillhalteabkommen angeboten, das jedoch ausgeschlagen wurde.

Die Arbeiter können bei einer Inflation von 20% monatlich nicht mehr warten. Allein im Staate São Paulo gab es im Vorjahr 500 größere Streiks. Selbst die Landarbeiter streikten für einen Tageslohn von 12.000 Cruzeiros (etwa 10 DM), und vielerorts kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Militärpolizei. Ohnehin haben die Werkstätigen in den letzten 4 Jahren 28% ihres Reallohns verloren. Diejenigen, die weniger als drei Mindestlöhne verdienen, büßten zwar „nur“ 11,2% ein, da aber ein Mindestlohn keine 90 DM wert ist, bedeutet das Hunger.

Drang nach radikalen Lösungen

Hingegen verloren jene, die das 10- bis 20fache des Mindestlohns beziehen, 35,6% und die noch mehr verdienen sogar 40%. Das ist die Mittelklasse, eine Minderheit von 15 Mio der 130 Mio Einwohner, die den Markt für die brasilianische Industrie abgibt. Was Wunder, daß die Fabriken eine nach der anderen in Konkurs gingen, die Arbeitslosigkeit anwuchs und sowohl Arbeiter wie Mittelstand sich radikalisierten.

Zudem hält der Zustrom vom Lande an, bedingt durch die Ausdehnung des Großgrundbesitzes, Landvertreibungen sowie Rationalisierung und Mechanisierung der Plantagen. Hunderttausende kommen so Jahr für Jahr vom Hunger getrieben in die Metropolen im Süden und nisten sich am Rande in Hütten aus Holz und Blechresten ein. Nur wenige finden Arbeit in den Fabriken, auf dem Bau oder in Haushalten. Für die anderen bleibt der Diebstahl oder die Prostitution. So sind die Großstädte Brasiliens heute zu Brutstätten des Verbrechens geworden.

Gewiß ist das auch ein Spiegelbild der Korruption, der Unterschlagungen und Betrugsskandale, die in den hohen Kreisen der Gesellschaft gang und gebe sind. Es sind wachsende Widersprüche, die unter den obwaltenden Gesellschaftsverhältnissen immer unlösbarer werden.

Unter diesen Umständen bedeutet der Regierungsantritt Tancredo Neves vor allem einen Schritt vorwärts bei der Freisetzung aller Kräfte im Volk, die zu einer radikalen Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme drängen.

Programm der Demokratischen Allianz

Der neue brasilianische Präsident Tancredo Neves wurde am 15.1.1985 auf der Grundlage eines Programms gewählt, auf das sich die in der Demokratischen Allianz zusammengeschlossenen Parteien, Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB) und Demokratische Liberale Front (FDL), geeinigt hatten. Es umfaßt folgende wesentliche Punkte:

- Aufhebung aller repressiven Gesetze, besonders das der „Nationalen Sicherheit“, das das Streikrecht und die Autonomie der Gewerkschaften einschränkt;
- Einführung der Direktwahl für das Bundespräsidentenamt;
- Einberufung einer Konstituierenden Versammlung zur Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung;

- Kampf der Inflation;
- Umschuldung der Auslandsschuld von derzeit 104 Mrd Dollar — ohne die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) wie Reallohnsenkung zu akzeptieren;
- Steuerreform mit dem Ziel eines sozialen Ausgleichs;
- Abbau oder Privatisierung der unrentablen staatlichen Unternehmen;
- Dringlichkeitsmaßnahmen gegen Hunger und Arbeitslosigkeit;
- Änderung der bisherigen Lohnpolitik mittels voller Angleichung der Löhne und Gehälter an die Teuerungsrate;
- Agrarreform im Rahmen des bestehenden, aber nicht angewandten „Statuts für den Landbesitz“;
- Priorität der Staatskredite für Ernährung, Gesundheit, Wohnungsbau und Bildung.

Vera Blumenthal **Brigadisten machen Druck**



Innenräume der Druckerei vor der Fertigstellung

Anfang 1984 wurde das Projekt einer Druckerei für die Jugend Nikaraguas geboren. Am 23. März d.J., dem 5. Jahrestag der Alphabetisierungskampagne, soll die Produktion aufgenommen werden. Bei gemeinsamen Überlegungen wie ein konkretes Projekt, ein eigenständiger Beitrag der marxistischen Organisationen der Bundesrepublik – DKP, SDAJ, MSB Spartakus – aussehen könnte, machten Vertreter der Sandinistischen Jugend deutlich, daß sie ein großes Interesse an einer Druckerei hätten.

In einem Land, in dem es an allem fehlt und das seine Reserven für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung einsetzen und zur Sicherung seiner Weiterexistenz riesige Verteidigungskräfte aufbieten muß, ist die Einrichtung einer Druckerei aus eigenen Kräften zunächst utopisch, weil zu teuer.

Doch die Notwendigkeit liegt auf der Hand: Die Revolution ist angetreten mit dem Versprechen, dem ganzen Volk gerechte Chancen für Bildung zu ermöglichen. Ein Anfang wurde gemacht, die Analphabetenrate wurde von 50,3% auf rund 7% gesenkt. Die Einrichtung von Schulen, die Ausbildung von Lehrern, Erwachsenenbildungsprogramme sind ein Grundpfeiler der Revolution.

Und neben den Lehrern, Gebäuden und Schulbänken werden eben auch Drucksachen, Schulbücher, graphisches Anschauungsmaterial gebraucht. Das gibt es kaum, jedenfalls viel zu wenig.

Mit Hilfe einer Druckerei kann Gedrucktes in verschiedener Form verbreitet werden: Plakate für eine politische und kulturelle Öffentlichkeitsarbeit, Zeitschriften, Broschüren und Bücher. Das Lesebedürfnis ist gewachsen und den geistlosen Comics aus Honduras und Kostarika kann etwas Inhaltsreicheres entgegengesetzt werden.

So wichtig wie ein Gewehr

Den Publikationen der verschiedenen Organisationen, der Zeitschrift „Los Muchachos“ der Sandinistischen Jugend, der Zeitung des Studentenverbandes oder der monatlichen Ausgabe von „Panchito“, einer Kinderzeitschrift, kommt eine große Bedeutung zu.

Hier werden nicht nur Diskussionsbeiträge zu aktuellen Fragen oder zu innerverbandlichen Themen veröffentlicht. Diese Zeitschriften leisten wichtige Aufklärung etwa im Bereich der Gesundheitserziehung. Den Lesern bieten sie die

Möglichkeit, eigene literarische Produktionen zu veröffentlichen, Kinder erhalten „Ergänzungsunterricht“ durch „Panchito“... Doch konnte die bisherige Verbreitung dieser Publikationen aus Mangel an Material und Kapazitäten noch nicht der Nachfrage entsprechen.

„Eine Druckerei ist für uns so wichtig wie ein Gewehr in diesen Zeiten“, sagt Paúl Zeledón, Chefredakteur der Jugendzeitschrift „Los muchachos“. Und er fährt fort, daß diese Druckerei ja nicht nur ein kurzfristig nützliches Objekt sei, sondern mit ihr außerdem die Möglichkeit geschaffen werde, einer ganzen Anzahl von Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung und einen Arbeitsplatz zu verschaffen.

Im Juni 1984 begannen Mitglieder der Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca mit dem Bau der Druckerei in Managua.

Bisher arbeiteten drei Brigaden in Zeiträumen von 4-12 Wochen vor Ort: Kollegen, die ihren Jahresurlaub opfern, Studenten, die hier ihre Semesterferien verbringen oder arbeitslose Kolleginnen und Kollegen, die im kapitalistischen Paradies BRD zu Untätigkeit verdammt sind.

Ein Gebäude für die Druckerei stand zur Verfügung. Von Juni bis Oktober 1984 wurden die Betonfundamente für die Maschinen gegossen, ein Hof planiert, gepflastert, Stahlkonstruktionen für ein neues Gebäude, das Redaktionsräume beherbergen soll, angefertigt. Mit der Installation der Druckmaschinen wurde Anfang d.J. begonnen.

Die Arbeit ist hart, es ist heiß und feucht. Die Bedingungen sind ungewohnt: Wir kommen aus einem Land, in dem jeder „Baumarkt“ Betonmischmaschinen für Heimwerker im Sonderangebot feilbietet. Hier aber fehlt es an einfachem Werkzeug und Material. Selbst eine Schubkarre zu besorgen, wird zum Abenteuer. Die Betonmischmaschine bleibt ein Traum aus der „anderen“ Welt. Doch die Erfahrung von Mängeln wird für uns zur Bereicherung in vieler Hinsicht: Das Lernen von Improvisation, der disziplinierte Umgang mit Material – jedes Stückchen Stahl wird aufgehoben, weiterverwertet –, zu akzeptieren, daß manches viel länger dauert als bei uns... Doch der Anspruch der Brigade ist nicht nur, möglichst fleißig und effektiv zu arbeiten, sondern auch, soviel wie möglich vom Leben, vom Alltag in Nicaragua kennenzulernen. Wir organisieren Gespräche mit Mitgliedern verschiedener Organisationen, reisen aufs Land, suchen den Kontakt zu Nikaraguanern und anderen Internationalisten.

Der Krieg im Land ist schon lange nicht mehr „verdeckt“. Er ist allgegenwärtig. Die Zeitungen berichten täglich von Überfällen, Entführungen und Flugzeugangriffen.

Wir treffen bundesdeutsche Ärzte, die in nördlichen Landesteilen Verwundete behandeln. Wir treffen Mitglieder einer französischen Brigade, die von „Contras“ angegriffen worden sind.

Wir erleben, daß sich die Versorgungslage verschlechtert hat. Viele Familien essen nur noch höchstens einmal wöchentlich Fleisch. In manchen Landstrichen gibt es 5 Tage hintereinander keine Milch für die Kinder. Medikamente werden knapper. Freunde, die wir gewonnen haben, verlassen ihre Familien, ihre Arbeit, um in die Berge zu gehen. Das ist das Synonym für die Front, für den Krieg.

Luis Santiago Palacios Gómez

Granatwerfer

Unsere 120-mm-Granatwerfer machen beim Feuern einen Krach daß einem Hören und Sehen vergeht. Trotzdem packt uns jedesmal eine Wut denn da fliegen sie hin die Krankenhäuser, die Schulen, die Erholungszentren die wir nicht bauen können weil wir uns verteidigen müssen

Bis Ende August 1984 wurden alle Männer zwischen 18 und 23 Jahren zum Wehrdienst eingezogen. Dies ist ein weiteres Indiz für den Alarmzustand, in dem sich Nicaragua angesichts der offenen Drohungen der US-Regierung, den ständigen Verletzungen des nikaraguanschen Luftraumes und seiner Hoheitsgewässer befindet.

Die politischen Veranstaltungen, die die Regierungsmitglieder einmal wöchentlich durchführen – „mit dem Gesicht zum Volk“ – sind übervoll. Die Menschen breiten ihre Sorgen aus. Ihre Kritik, die sich vorwiegend auf die Versorgungsgänge und Unzulänglichkeiten in der Verwaltung bezieht, werden ernst genommen. Die Sandinistas machen keine Versprechungen, die dann doch nicht

einlösbar wären. Es wird Mängel geben, solange Krieg herrscht.

„Sollen wir die Jungen barfuß an die Front schicken?“ Also werden Militärstiefel und Uniformen produziert. Manche Kinder müssen deshalb noch barfuß laufen. Daniel Ortega, der jetzige Präsident, sagt den Leuten in Estelí, die Entscheidung für Würde und Selbstbestimmung gegen den „Frieden“ der Yankees, der die Rückkehr der Somozisten bedeuten würde, sei nur zum Preis von Opfern und Unbequemlichkeiten zu erlangen. Der Preis für die Fortsetzung der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft hat allein 1984 1.600 Opfer gekostet; die wirtschaftlichen Schäden betragen in den ersten 11 Monaten 254,9 Mio Dollar.

Zurück zur Druckerei, zur internationalen Solidarität. Die Druckerei ist eines von 160 nichtstaatlichen Projekten aus der BRD und eines von vielen hundert Solidaritätsprojekten aus aller Welt.

Mehr als 1 Mio DM wurden bisher für die Druckerei aufgebracht: Dies ist zwar ein außergewöhnliches Ergebnis, jedoch muß noch mehr Geld zusammenkommen, um den Betrieb fertigstellen und die ersten Produktionskosten decken zu können. Außerdem werden auch nach dem Andruck noch weitere Brigadisten aus dem graphischen Gewerbe gesucht: Offsetdrucker, Industriebuchbinder und Reprografien/Druckformhersteller.

Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Spendensammlungen bei verschiedenen Gelegenheiten, Erlös von Blutspenden, Veranstaltung von Basaren und Flohmärkten. Geburtstags- und andere Jubilare verzichten auf persönliche Geschenke und lassen bei Festen die Spendenbüchsen herumgehen. Betriebsgruppen, Jugendorganisationen und Gewerkschafter übernehmen Patenschaften für bestimmte Ausstattungsgüter der Druckerei. Unzählige Wettbewerbe, künstlerische Darbietungen werden veranstaltet zugunsten der Druckerei für die Jugend Nikaraguas.



Carlos-Fonseca-Brigadisten im Einsatz

Einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Solidaritätsprojekts leisten die Kollegen der Druckerei Plambeck in Neuss, wo u.a. das AIB gedruckt wird. Hier wird nicht nur der technische Leiter der Druckerei Heriberto Vanegas Crespín ausgebildet. Die Arbeiter diskutieren regelmäßig die Entwicklung in Nicaragua und fordern sich gegenseitig heraus, monatlich einen Stundenlohn zu spenden. Insgesamt haben die Kollegen vom Plambeck bisher 33.000 DM gesammelt. Einige von ihnen nehmen an den Arbeitsbrigaden teil.

In dieser Weise müssen noch viele Beispiele folgen: Die Verknüpfung von materieller und politischer Solidarität. Aufklärung und Information müssen der Verleumdung und Desinformation der bürgerlichen Medien entgegengesetzt werden. Offene Diskussion in Friedensinitiativen, bei Veranstaltungen der Gewerkschaften ist notwendig. Jeder Brigadist ist ein erfahrener Augenzeuge und kann vieles über die aktuelle Wirklichkeit in Nicaragua vermitteln.

Spendenkonto „Druckerei Carlos Fonseca“, (BIG Düsseldorf (BLZ 300 101 11), Konto 10 125757 00



ERNESTO CHE GUEVARA
DER NEUE MENSCH
ENTWÜRFE FÜR DAS LEBEN
IN DER ZUKUNFT
176 SEITEN, 12,80 DM

Che Guevaras Entwürfe für das Leben in der Zukunft, die hier zum großen Teil erstmals in deutscher Sprache erscheinen, bieten wichtige Ansätze zur Diskussion über Chancen und Perspektiven einer menschenwürdigen Gesellschaft.



KLAUS-PETER WOLF
HORST-ECKART GROSS
CHE - MEINE
TRÄUME KENNEN
KEINE GRENZEN
DOKUMENTARISCH-
BIOGRAFISCHER ROMAN
224 SEITEN, 12,80 DM

Der vorliegende Roman verarbeitet erstmals völlig neue Erkenntnisse, die bisher in den kubanischen Archiven lagerten. Aus Gesprächen mit Kampfgefährten konnten neue Schlußfolgerungen über das Leben Guevaras gezogen werden.

Im Buchhandel erhältlich Weltkreis-Verlag Postfach 789 46 Dortmund 1

WELTKREIS

Frieden und Dritte Welt

Am 29. Januar d.J. verabschiedeten in Delhi sechs Regierungs- und Staatschefs aus vier Kontinenten eine gemeinsame Deklaration, in der sie zu einer weltweiten Kampagne gegen die Kriegsgefahr und für eine atomare Abrüstung aufrufen. Als ihr aktuell vorrangliches Ziel bezeichnen sie es, ein Übergreifen des Wettrüstens auf den Weltraum zu verhindern und ein Verbot jeglicher Atomwaffentests zu erwirken.

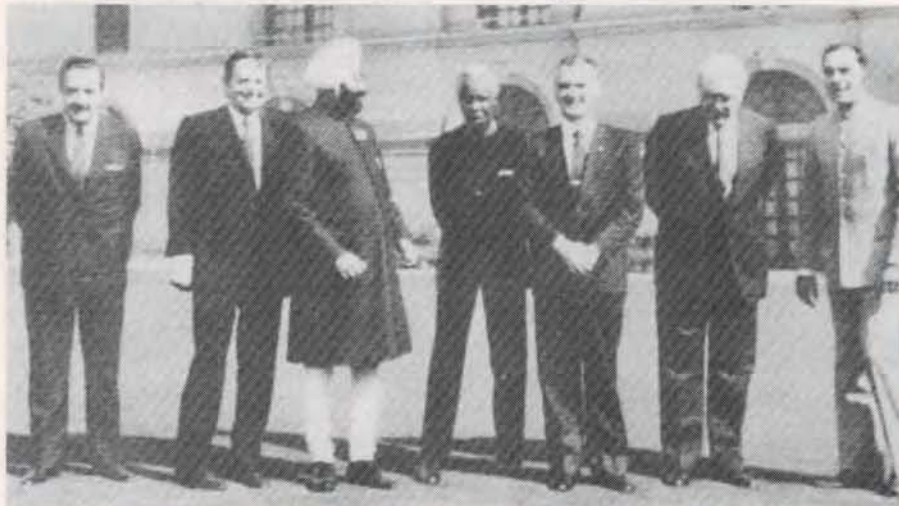
Die sechs Regierungschefs Rajiv Gandhi (Indien), Julius Nyerere (Tansania), Andreas Papandreu (Griechenland), Olof Palme (Schweden), Miguel de la Madrid (Mexiko) und Raul Alfonsín (Argentinien) hatten sich im Vorjahr erstmals zu einer Abrüstungsinitiative zusammengefunden. In ihrem Appell vom 22.5.1984 hatten sie ihr Erstanliegen so abgesteckt: „Verträge, die nur die Aufrüstung regeln, sind offensichtlich nicht ausreichend. Je schneller, präziser und tödlicher die Atomwaffen werden und die Vorwarnzeit sich verringert, umso mehr nimmt die Wahrscheinlichkeit einer atomaren Massenvernichtung zu. Die Jagd auf einen weltumfassenden Selbstmord hin muß aufgehalten und rückgängig gemacht werden. Als notwendigen ersten Schritt dazu rufen wir die USA und die UdSSR ebenso wie Großbritannien, Frankreich und China auf, alle Versuche sowie die Produktion und Aufstellung von Atomwaffen und deren Abschubvorrichtungen einzustellen.“

Der Nichtpaktgebundenen-Präsident Rajiv Gandhi stellte nun in Delhi fest, daß man mit jener Forderung an die sechs Atomkräfte die Atomwaffenproduktion einzufrieren („Freeze“), „eine sehr positive Antwort zumindest von einer Atomkraft bekommen“ habe, nämlich seitens der Sowjetunion. Indiens Außenminister M.K. Rasgotra ergänzte, die Reagan-Administration hätte „mit deutlicher Reserve“ reagiert. Die Antworten aus Paris und London seien gleichfalls nicht ermutigend ausgefallen. Und China habe erklärt, es werde sich erst an Abrüstungsgesprächen beteiligen, wenn die USA und die UdSSR ihre Arsenale um 50% gekürzt hätten.

Auf einem Folgetreffen vom 31. Januar d.J. in Athen diskutierten die Regierungschefs Griechenlands, Schwedens, Tansanias und Argentinens mit 50 Persönlichkeiten aus 25 Ländern, wie die Verwirklichung der Delhieser Friedensinitiative vorangebracht werden könne. Auf dem Athener Friedentreffen, das von der Organisation „Parlamentarier für eine Weltordnung“ mitgetragen wurde, waren u.a. die Ex-Ministerpräsidenten Trudeau (Kanada), Kreisky (Österreich), den Uyl (Niederlande) und Faure (Frankreich), renommierte Parlamentarier wie Kinnock (Großbritannien) oder Bahr (SPD) und Wissenschaftler wie Galbraith (USA), Arbatow (UdSSR) sowie der Generalsekretär der Arabischen Liga, Chadli Klibi, vertreten.

In ihrem gemeinsamen Schlußkommuniqué machten sie es sich zur Aufgabe, „alle Völker gegen die Gefahr eines atomaren Holocaust zu mobilisieren und die Atomkräfte davon zu überzeugen, auf die Stimme der Vernunft zu hören und ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, den atomaren Rüstungswettlauf zu stoppen, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern, eine substantielle Verminderung der bestehenden Atomwaffenarsenale zu erreichen und schließlich die atomaren Waffen zu beseitigen“.

Deklaration von Dehli Die Atomkräfte in die Verantwortung nehmen



In unserer gemeinsamen Deklaration vom 22. Mai 1984 haben wir die Staaten, die Atomwaffen besitzen, aufgerufen, dem Wettrüsten ein Ende zu bereiten. Das weltweite Echo auf unseren Aufruf läßt uns hoffen, die internationale Unterstützung für uns und die Reaktion der atomwaffenbesitzenden Staaten selbst trugen einen solchen Charakter, daß wir es für unsere Pflicht hielten, uns hier in Delhi zu treffen, um die Art und Weise

der Fortsetzung unserer Anstrengungen zu beraten.

Die Staaten, die Atomwaffen besitzen, tragen eine besondere Verantwortung für den gefährlichen Zustand des Wettüstens. Wir rufen sie auf, sich uns bei der Suche nach einer neuen Richtung anzuschließen.

Wir begrüßen die am 8. Januar 1985 in Genf erzielte Vereinbarung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staa-

ten über den Beginn von zweiseitigen Verhandlungen zu einem Komplex von „Fragen, die die Weltraum- und Atomwaffen – der strategischen und der mittleren Reichweite – betreffen, wobei all diese Fragen im gegenseitigen Zusammenhang behandelt und gelöst werden“. Wir messen dem verkündeten Ziel dieser Verhandlungen eine große Bedeutung bei: Das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde einzustellen und schließlich die Atomwaffen überall zu beseitigen. Wir hoffen, daß die zwei größten Mächte, die Atomwaffen besitzen, sich gewissenhaft zu ihren Verhandlungen verhalten und in der nächsten Zukunft bedeutende Ergebnisse erreichen.

Wir werden aufmerksam ihre Arbeit verfolgen und hoffen, daß sie ständig die internationale Gemeinschaft über den Verlauf der Verhandlungen informieren werden. Wir unterstreichen, daß die Tagesordnung und die Ergebnisse dieser Verhandlungen alle Länder und alle Völker bewegen.

Wir wiederholen unseren Aufruf zur allumfassenden Einstellung der Erprobungen, der Produktion und der Stationierung der Atomwaffen und der Trägersysteme. Das würde die Verhandlungen bedeutend erleichtern.

Heutzutage verdienen zwei konkrete Maßnahmen die ganz besondere Aufmerksamkeit: die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und der Abschluß eines Vertrages über das allumfassende Verbot der Atomwaffentests. Der Weltraum muß zum Wohl der Menschheit insgesamt genutzt werden und nicht als künftiges Schlachtfeld. Deshalb rufen wir zum Verbot der Entwicklung, der Erprobung, der Produktion, der Stationierung und der Anwendung aller Arten von Weltraumwaffen auf.

Weltraumwaffen und Atomwaffentests stoppen

Das Wettrüsten im Weltraum ist mit gewaltigen Ausgaben verbunden und steckt voller ernster destabilisierender Folgen. Es gefährdet außerdem eine Reihe von Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen und die Abrüstung. Wir rufen die Staaten, die Atomwaffen besitzen, auch auf, unverzüglich die Erprobung aller Arten von Atomwaffen einzustellen und so schnell wie möglich einen Vertrag über das Verbot der Atomwaffentests abzuschließen. Ein solcher Vertrag wäre ein großer Schritt vorwärts und würde der fortdauernden Modernisierung der Atomwaffenarsenale ein Ende bereiten.

Wir sind davon überzeugt, daß beliebige derartige Schritte nötigenfalls mit aus-

reichenden und nichtdiskriminierenden Kontrollmaßnahmen verbunden werden können.

Die Einstellung des Wettrüstens ist gegenwärtig eine dringende Notwendigkeit. Nur auf diese Weise kann man die Einstellung des Wachstums der Atomwaffenarsenale in der Zeit der Durchführung der Verhandlungen garantieren.

Eine solche Einstellung darf jedoch nicht Selbstzweck sein. Danach muß unverzüglich eine wesentliche Reduzierung der nuklearen Kräfte erfolgen, die zur vollständigen Vernichtung der Atomwaffen und zum Endziel führt – der allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

Parallel zu diesem Prozeß müssen die wertvollen Ressourcen, die gegenwärtig für militärische Bereitstellungen verschwendet werden, für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden. Die Festigung der Organisation der Vereinten Nationen muß ebenfalls ein wichtiger Teil dieses Vorhabens sein. Es ist erforderlich, unverzüglich Mittel für die Besserung der existierenden Lage zu finden, bei der hunderte Mrd Dollar – ungefähr 1,5 Mio Dollar pro Minute – jährlich für Rüstungen ausgegeben werden. Das steht in einem scharfen Gegensatz zur Armut und in einigen Fällen auch zum Elend, in dem 2/3 der Weltbevölkerung leben.

Ressourcen freisetzen gegen Armut, Elend

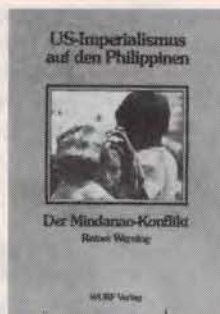
Aufs Spiel wurde die Zukunft aller Völker gesetzt. Als Vertreter von Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, werden wir ständig unsere legitime Beunruhigung und unsere Forderungen zum Ausdruck bringen. Wir bestätigen unsere Entschlossenheit, die Erreichung eines Einvernehmens zwischen den Staaten, die Atomwaffen besitzen, zu erleichtern, um die notwendigen Schritte unternehmen zu können. Wir werden bemüht sein, mit ihnen im Namen der allgemeinen Sicherheit der Menschheit und im Namen des Friedens zusammenzuarbeiten.

Wir rufen die Völker, Parlamente und Regierungen der ganzen Welt auf, unserem Aufruf entschlossene Unterstützung zu erweisen.

Die Verfasser der Deklaration lenken die Aufmerksamkeit auf die wichtige Rolle, die die Öffentlichkeit bei der Mobilisierung des politischen Willens der Regierungen spielen kann, der für die Überwindung der zahlreichen Hindernisse auf dem Weg zum Frieden notwendig ist. Die weltweite Abrüstungskampagne auf Initiative der Organisation der Vereinten Nationen ist ein überaus wichtiges Element bei der Mobilisierung dieses politischen Willens.

Rezension

Philippinen-Bücher



„Wären da nicht die anderen Namen gewesen, fast wäre ich zu der Überzeugung gelangt, es handele sich um ein Buch über die Regierungsverbrechen in Chile.“ Helmut Frenz, Generalsekretär von Amnesty International in der Bundesrepublik, zieht in seinem Vorwort zu

Task Force Detainees of the Philippines. Risse im Paradies. Philippinen heute: Menschenrechte und Widerstand, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 160 S., 12,80 DM

Parallelen zwischen den Diktaturen von Marcos und Pinochet. Doch obwohl Unterdrückung und Widerstand Ausmaße wie im heutigen Chile oder im vorrevolutionären Nicaragua erreichen, sind Veröffentlichungen zu diesem Land auf dem bundesdeutschen Büchermarkt eine Seltenheit.

„Risse im Paradies“ ist eine dieser Ausnahmen. Es enthält vor allem Zeugenaussagen über Menschenrechtsverletzungen unter der Marcos-Diktatur. Sie wurden in den Jahren 1978-80 von einer ökumenischen Gefangenenhilfsorganisation gesammelt, die kurz nach Ausrufung des Kriegszustandes durch Marcos im Jahr 1972 gegründet worden war. Obwohl bereits 1980 in englischer Sprache erschienen, hat das Buch nichts an Aktualität eingebüßt, da ähnliche Menschenrechtsverletzungen – in verstärktem Ausmaß – gang und gäbe sind.

Im einleitenden Kapitel sind einige verallgemeinernde Aussagen über die soziale Lage des philippinischen Volkes, über die Wirtschaftsstrategie, die vor allem die Multis begünstigt, über die Rolle der USA, über Militarisierung und Widerstand enthalten.

In den folgenden sechs Kapiteln berichten Betroffene über ihre Kämpfe gegen Landraub, für soziale Verbesserungen und Lohnerhöhungen sowie über die Repression, die sie trifft. Die Morde und Entführungen durch Armee und Polizei sind ebenso Teil der bewegenden Aussagen wie die Haftbedingungen und die Folter unter der Diktatur.

Aktualisiert und vervollständigt wird die Übersetzung durch eine Beschreibung der heutigen Situation sowie durch einen historischen Überblick, Tabellen und Zeitafeln.

Einiges an Vorinformationen über die Philippinen und Kenntnisse der Wirtschafts- und Politikwissenschaft setzen zwei Bücher von Rainer Werning voraus:

Rainer Werning, US-Imperialismus auf den Philippinen. Der Mindanao-Konflikt, WURF Verlag, Münster 1983, 236 S., 16,80 DM,

Rainer Werning, Agrarreform und Kriegsrecht auf den Philippinen. Anatomie einer Pazifizierung, WURF Verlag, Münster 1983, 178 S., 14,80 DM.

Beide Bereiche – Agrarreform und Mindanao-Konflikt – ordnet der Autor, der die Philippinen von mehreren Aufenthalten her kennt, in eine Gesamtdarstellung der Politik des US-Imperialismus in diesem Land und der exportorientierten Wirtschaftsstrategie der Diktatur ein. Dabei werden auch die Entwicklungen nach dem Mord an dem Oppositionspolitiker Benigno Aquino gebührend berücksichtigt.

Beide Bücher, die fast ausschließlich auf philippinischen Quellen beruhen, enthalten einen umfangreichen Anhang aus Originaldokumenten, Tabellen und Statistiken.

In „der Mindanao-Konflikt“ räumt der Autor gründlich mit der weit verbreiteten Meinung auf, daß es sich bei dem Bürgerkrieg, der Anfang der 70er Jahre auf der südlichen Insel Mindanao aufflammte, um einen Religionskrieg handelt.

In einer historischen Darstellung beschreibt das Buch die Entwicklung der Gesellschaft der moslemischen Moros auf Mindanao und die Schwierigkeiten, die die spanischen und US-amerikanischen Kolonialherren sowie die Regierung in Manila mit ihrer Integration in den philippinischen Staatsverband hatten.

Die Gründe für den Ausbruch des Konflikts sind nicht nur die kulturelle Unterdrückung der Moros und die von Manila begünstigte Ansiedlung von christlichen Bauern aus dem Norden, sondern vor allem die exportorientierte Wirtschaftspolitik der Regierung Marcos.

„Schon aus Gründen des enormen Rohstoffreichtums und geeigneter Bedingungen für ausgedehnte Plantagenwirtschaften rückte Mindanao ins Zentrum der Entwicklungsstrategie. Außer der muslimischen Bevölkerung ... gerieten selbst jene Siedler ... aus dem Norden ... in die Schußlinie umfangreicher Landaufbereitungsmaßnahmen Manilas“ (S.120).

Gegen diese Politik, die den Landraub durch US-Konzerne und philippinische Großgrundbesitzer förderte, begannen sich die Moros Anfang der 70er Jahre in der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) bewaffnet zur Wehr zu setzen. Zwar gelang es, die soziale heterogene MNLF, die für Autonomie kämpft, durch Teilzugeständnisse und den Aufbau strategischer Wehrdörfer zu schwächen, dafür nahm aber der Widerstand der Neuen Volksarmee (NPA) und der National-Demokratischen Front (NDF) zu.

In „Agrarreform und Kriegsrecht...“ analysiert der Autor die Ursachen, Ziele und Auswirkungen der von Marcos verkündeten Agrarreform. Am 21.10.1972 trat das Präsidentendekret Nr. 27 in Kraft, „durch das“, so Marcos, „die Pächter von der Knechtschaft des Bodens befreit wurden.“ (S.22)

Der Autor weist nach, daß – sollte das Programm vollständig umgesetzt werden – lediglich 6,2% der Anbaufläche (nur Mais- und Reisangebiete) und nur 9,9% aller Pächter betroffen sind. Diese müssen zudem das Land den Großgrundbesitzern abkaufen. Sie stehen damit wirtschaftlich schlechter da als vorher. Ziel der Agrarpolitik ist deshalb nicht die soziale Besserstellung der Bauern – das Gegenteil ist der Fall. „Um die gegenwärtig verfolgte Entwicklungspolitik ... zu legitimieren, ist die 'Befreiung der Pächter' in Aussicht gestellt, wiewohl in der Praxis alles unternommen werden, um sie durch vage Landversprechungen ... zeitweilig an die Regierung zu binden und politisch zu immunisieren“ (S. 91). Nico Biver

Jean-Marie Adiaffi, geboren 1941, gilt als der bekannteste Schriftsteller der Republik Elfenbeinküste. Er ist gleichwohl, mit Ausnahme einiger Gedichte im „Lesebuch Dritte Welt“ aus dem Peter-Hammer-Verlag, bisher nicht ins Deutsche übersetzt. Zur Jahreswende 1984/85 besuchte der Autor, der an der Universität von Abidjan Philosophie lehrt, mehrere Wochen die Bundesrepublik, um in verschiedenen Städten an Veranstaltungen zur Erinnerung an die Berliner Kongo-Konferenz von 1884 teilzunehmen. Für das AIB befragte Peter Schütt, dessen Afrikabericht unter dem Titel „Das Kreuz des Südens“ in diesen Tagen im Weltkreis-Verlag erscheint, den ivoirischen Gast nach seinen Ansichten über die kulturelle Situation in seinem Heimatland.

Gespräch mit Jean-Marie Adiaffi Die kulturelle Entkolonisierung Afrikas hat erst begonnen

AIB: Sie haben in der Bundesrepublik an verschiedenen Veranstaltungen aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr der Berliner Kongo-Konferenz teilgenommen. Welche Eindrücke haben Sie dabei gewonnen?

J.M. ADIAFFI: Ich bin wirklich beeindruckt, wie ernsthaft nicht wenige fortschrittliche Intellektuelle in diesem Land an die Frage der Entkolonialisierung herangehen. Das ist ja nicht nur ein Problem der afrikanischen Länder, es betrifft auch die Haltung und das Denken der Europäer.

Vielleicht haben es die Bundesbürger etwas leichter als andere Nationen Europas, vielleicht haben sie aus ihrer Geschichte doch ein wenig mehr gelernt. Jedenfalls habe ich bemerkenswert viele Intellektuelle hierzulande getroffen, die nach einem neuen Verhältnis zu den Dritte-Welt-Ländern suchen.

AIB: Mehr als anderswo?

J.M. ADIAFFI: Ich denke, Frankreichs Intellektuelle haben in dieser Hinsicht einen beträchtlichen Nachholbedarf. Im Unterschied zu früher, etwa zur Zeit des Algerienkrieges (1954-62; d. Red.), gibt es heute in Frankreich nur wenige Angehörige der Intelligenz, die den Kolonialismus, den Neokolonialismus und den Kulturimperialismus der eigenen Nation ernsthaft in Frage stellen.

Im Gegenteil, die sog. „neuen Philosophen“ wiederholen sehr unverblümt die alten Hüte von der Überlegenheit der abendländischen Kultur.

AIB: Und das hat Auswirkungen auch in Ihrem Heimatland?

J.M. ADIAFFI: Wir spüren diese neue Arroganz auf sehr direkte Weise. Unser Land gehört unmittelbar in den Bannkreis des französischen Kulturimperialismus. Kulturell gilt bei uns, was in Paris angesagt ist. Die Medien sind samt und

sonders in französischer Hand. Und selbst im Bildungswesen ist Frankreichs Einfluß überall zu spüren.

Das Französische ist unsere offizielle Amtssprache. Die Gesetze schreiben vor, daß ich diese Sprache in meinen Vorlesungen anwende. Wenn das Französische bei uns so etwas wie die Herrschaftssprache ist, dann kann sich jeder der 30.000 Franzosen bei uns im Land als Herrenmensch fühlen und aufführen.

Und tatsächlich dünken sich die meisten unserer französischen Entwicklungshelfer als etwas Besseres. Sie wollen alles besser wissen.

AIB: Trotzdem verwenden Sie als Schriftsteller die französische Sprache...

J.M. ADIAFFI: Ganz einfach, weil mir keine andere Wahl bleibt. Das Französische ist unsere offizielle Sprache, und alle Einrichtungen sind angewiesen, sich daran zu halten. Ich habe Gedichte in meiner Heimatsprache geschrieben und 5 Jahre vergeblich auf eine Veröffentlichungsmöglichkeit gewartet.

Inzwischen habe ich selber einen kleinen Verlag gegründet. Darin versuche ich, eigene Texte und Arbeiten von meinen Kollegen zweisprachig zu veröffentlichen.

Ich trete dafür ein, daß unser Land offiziell zweisprachig wird, als erster Schritt zur kulturellen Emanzipation von Frankreich. Das ist eine durch und durch politische Frage.

Wir können natürlich nicht erwarten, daß uns Frankreich diese Loslösung aus seinen Armen freiwillig schenkt wie so manches andere. Wir müssen sie uns selber erkämpfen.

AIB: Sie selber würden gern Ihre eigene Sprache verwenden?

J.M. ADIAFFI: Ich denke, Ngugi wa Thiong'o (Romancier aus Kenia; d. Red.) hat unbedingt recht, wenn er uns

afrikanische Schriftsteller auffordert, die Kolonialsprachen abzulegen.

Das Paradoxe ist nur, daß man sich eine solche Aufforderung und einen Schritt erst leisten kann, wenn man sich auf Englisch oder Französisch einen Namen in der Welt und im eigenen Land gemacht hat. Am ehesten sehe ich in meinem Heimatland im Theater eine Chance für die Verwendung unserer nationalen Sprachen, weil es mündlich vorgetragen wird und an die Oraltraditionen unserer Kultur anknüpft.

Die andere Möglichkeit sehe ich, das hat mein senegalesischer Freund Sembene Ousmane beispielhaft vorgeführt, im Film. Aber das ist zum einen ein enormes wirtschaftliches Problem, zum anderen fehlt es bei uns in Ivorien an dem nötigen guten Willen, eine Massenkunst zuzulassen oder zu fördern, die wirklich vom Volk verstanden wird.

Das ist das Problem, das hinter der Sprachenfrage steckt: Die Herrschenden verstehen die Sprache des Volkes nicht und wollen sie nicht verstehen. Sie sprechen eine fremde Sprache, die in Paris, London oder New York besser verstanden wird als im eigenen Land.

AIB: Gibt es in Ihrem Land eine eigene Filmproduktion?

J.M. ADIAFFI: Es hat ein paar Anfänge gegeben. Inzwischen gibt es in unseren Kinos fast nur noch ausländische Filme, afrikanische Filme werden geradezu boykottiert. Stattdessen sehen wir unentwegt Billigangebote aus Frankreich, den USA, Japan oder Hongkong. Nicht einmal die „neue deutsche Welle“ aus der Bundesrepublik kommt zu uns.

AIB: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Literatur in Afrika?

J.M. ADIAFFI: Ich denke, auf dem Sektor der Literatur sind die Fortschritte unübersehbar. Dort ist die Entkolonisierung am weitesten vorangekommen, trotz der Sprachenfrage. Ich denke, wir befinden uns jetzt in der dritten Phase unserer Literaturgeschichte.

Die erste Phase war gekennzeichnet von einer jahrtausendealten **mündlichen Überlieferung** der Dichtung. Die Grillots

Solarfernsehen im Niger



nehmen bei uns die Rolle und die Stellung Homers ein. Sie sind die literarischen Archivare unserer Geschichte und beeinflussen die Literatur des Kontinents bis heute, zum Beispiel auch meine Lyrik.

Die zweite Phase ist die **Periode der Negritude**, die Epoche Senghors (senegalesischer Ex-Präsident; d. Red.), Cesaires oder Scheich Antar Diops. Sie hat uns unsere eigene Kulturtradition zurückgegeben. Wir haben uns bis auf Timbuktu und die Pharaonen zurückbesonnen und Afrika als geistige Einheit zu begreifen versucht.

Heute, denke ich, ist der Panafrikanismus in seiner Funktion politisch eher reaktionär geworden, weil er die kulturellen Eigenleistungen der einzelnen Völker Afrikas unterschätzt und den Loslösungsprozeß vom angloamerikanischen und französischen Kulturimperialismus eher hemmt als fördert.

AIB: Warum?

J.M. ADIAFFI: Auch darum, weil er im Interesse einer imaginären geistigen Einheit Afrikas an den kolonialen Verkehrssprachen, vor allem Englisch und Französisch, festhalten möchte.

Heute geht es aber immer mehr um die Loslösung von den Kolonialsprachen; es geht darum, daß die Völker Afrikas mit eigener Stimme sprechen. Das ist auch das Anliegen der afrikanischen Literatur in der gegenwärtigen Phase. Ich möchte sie die **Periode der Dekolonisierung** nennen und annehmen, daß sie noch eine ganze Weile andauern wird, weil diese Aufgabe nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Zu dieser Literatur zähle ich den Kenianer Ngugi wa Thiong'o, die Nigerianerin Buchi Emecheta, den Senegalesen Sembene Ousmane oder die großen Dichter aus der Volksrepublik Kongo, Henri Lopes (sein Roman „Die strafversetzte Revolution“ erschien im Hammer Verlag; d. Red.) und Sony Labou Tamsi.

Es ist wohl bezeichnend, daß nicht wenige der Repräsentanten dieser Literatur von den Regierenden ihrer Länder ge-

zwungen wurden, ins Exil zu gehen, weil sie wie Ngugi wa Thiong'o unmittelbar mit den herrschenden Eliten in Konflikt geraten sind.

Es hat die Machthaber in vielen Ländern nicht interessiert, was ihre Dichter geschrieben haben, solange sie eine Sprache benutzt haben, die vom eigenen Volk kaum verstanden worden ist. Aber das ändert sich, sobald die Schriftsteller sich in ihrer Sprache und in ihrer Ausdrucksweise dem Volk nähern.

AIB: Wie würden Sie Ihr eigenes literarisches Werk einordnen und beschreiben?

J.M. ADIAFFI: Ich zähle mich zur dritten Periode unserer nationalen Literaturgeschichte. Ich möchte mit meinen Arbeiten den Entkolonisierungsprozeß unterstützen.

Ich arbeite derzeit an zwei Trilogien. Die eine ist lyrisch, die andere episch, wobei die Gattungen sicher in Afrika weniger streng getrennt sind als in Europa. Von meinen drei Romanen sind jetzt zwei erschienen. Der erste „Silence, on developpe“ (Bitte nicht stören, wir entwickeln gerade) setzt sich kritisch mit den sozialen Zuständen in meinem Heimatland auseinander.

Mit eigener Stimme sprechen

AIB: Und was war die Resonanz?

J.M. ADIAFFI: Ich verlor vorübergehend meine Philosophieprofessur in Abidjan. Sie nennen das wohl „Berufsverbot“ – und das obwohl mein Onkel Houphouet-Boigny heißt und seit einem Vierteljahrhundert unser Land angeblich demokratisch regiert.

AIB: Wovon handeln die weiteren Bände Ihrer Romantrilogie?

J.M. ADIAFFI: Sie führt in unsere Geschichte zurück.

Band I ist fast fertig und trägt den Titel „Kein Platz in der Hölle“. Er beschreibt die Leiden unseres Volkes in der Sklavenezeit. Der zweite Band „La carte d'identité“ befaßt sich mit der unmittelbaren Kolonialzeit bis zur sog. Unabhängigkeit. Das Buch soll demnächst auch auf Deutsch im Hammer-Verlag erscheinen.

In meiner Folge von drei aufeinander bezogenen Romanen möchte ich versuchen, die Geschichte meines Volkes zu erzählen. Ähnliches hab ich auch mit meiner lyrischen Trilogie im Auge. In meinen Gedichten – zwei Bände liegen davon vor: „Galerie infernale“ über die Zeit der Sklaverei und „Eclairs et foudre“ (Blitz und Donner) über die Gegenwart – knüpfe ich noch mehr als im Roman an die Balladen unserer heimischen Grillots an.

Ich versuche, Altes und Neues zu verbinden. Und wenn ich schon nicht auf das Französisch verzichten kann, so bemühe

ich mich doch, eine Sprache zu finden, die ohne den kolonialen Herrschaftsgestus auskommt. Ich nehme Bilder und Ausdrücke der Malinke und Aschanti auf und benutze ein Französisch, das meine Kritiker als „afrikanisch“ bezeichnen, weil es sich nicht an die klassischen Regeln und Normen hält.

AIB: Erlauben Sie eine letzte Frage: Was kann die Literatur zur Lösung der dringendsten Probleme Afrikas beitragen?

J.M. ADIAFFI: Afrika ist gegenwärtig, als Folge jahrhundertelanger Ausplünderung, ein Kontinent des Hungers, der Armut und des Leids.

Ich weiß genau, Bücher machen Hungernde nicht satt. Das einzige, was ein Buch bewirken kann, ist der Appell an das Gewissen, an das Bewußtsein der Menschen.

Unsere Bücher können uns Afrikaner in der Einsicht bestärken, daß wir selber etwas tun müssen, daß wir selber die kulturelle und politische Initiative ergreifen müssen, um uns aus der verhängnisvollen Abhängigkeit von den reichen Ländern zu lösen, die uns immer ärmer machen.

Und wenn unsere Bücher hier im Norden und Westen gelesen werden, können sie vielleicht die Einsicht fördern, daß die Probleme der Menschheit in der gegenwärtigen Epoche mehr denn je miteinander verknüpft sind und daß wir Frieden und Gerechtigkeit nur miteinander, nicht gegeneinander erreichen können. Das war und ist auch der Sinn der verschiedenen Friedensbegegnungen der Schriftsteller aus West und Ost, aus Nord und Süd, an denen ich teilgenommen habe.

Ich hoffe sehr, daß diese Treffen fortgesetzt werden, weil die Sache es erfordert, die Sache Afrikas und der ganzen Menschheit, um deren Überleben, um deren Zukunft es geht.



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**



„Gefundenes Fressen“ Äthiopien?

Ich finde den Titel des Kommentars von Jürgen Ostrowsky („Äthiopien – ein gefundenes Fressen“, AIB 1/1985) makaber. Bevor ich den Artikel gelesen hatte, blieb ich daran hängen, folgendes fiel mir ein: ich sah die Bilder der abgemagerten verhungerten Menschen, als nächstes dachte ich an Kannibalismus, dann an den Film „Bluterte“. War es eine beabsichtigte Provokation?

Zum Inhalt: Natürlich verteidigen die Medien der BRD nicht die Revolution in Äthiopien, aber im Vergleich zur Berichterstattung über Polen z.B. kann man fast schon von Objektivität reden. Es wird sehr wohl darüber berichtet, daß es auch in anderen Ländern wie Sudan, Tschad, Kenia ... Hunger gibt, zum Teil werden auch die Ursachen aufgezeigt, es wird auch darauf hingewiesen, daß mit einer Aktion der Hunger nicht zu überwinden ist, sondern daß die Ursachen zu beseitigen sind (u.a. Rohstoffpreise, Welthandel, Rüstungskosten).

Daß Äthiopien und andere Länder dringend Hilfe benötigen, steht außer Frage, für „Fressen“ ebenso wie zum Ausbau der Infrastruktur..., wichtig für uns scheint zudem, daß trotz aller Anstrengungen für Polen eine solch breite, massenhafte und lebendige Aktion nie zustandegebracht wurde, auch wenn man die Selbstdarstellung von Politikern und bestimmten Prominenten außer acht läßt. Das Interesse und die Anteilnahme der Bevölkerung war am 23.1., dem „Tag für Afrika“, weitaus größer als angenommen wurde.

Elisabeth Schneider, Frankfurt/Main

Antwort

Der von E. Schneider als „makaber“ empfundene Titel des Kommentars ist selbstverständlich als Provokation gedacht. Aber diese „Provokation“ zielt auf etwas ab, und hier stimme ich mit ihrer Einschätzung der Berichterstattung in unseren Medien nicht überein.

Polen beiseite gelassen – von „Objektivität“ (auch „fast“) kann da keine Rede sein. Einige Beispiele, wie sich Presseorgane über das publikumswirksame Thema ausgelassen haben, sind im Kommentar angeführt – sie hätten noch ausführlicher zitiert werden können, um noch plastischer zu machen, wer und was tatsächlich „makaber“ ist: Daß nämlich einem Großteil der Kommentatoren und Autoren die Hungerkatastrophe herzhaft schnuppe und nur Anlaß ist, über ein verhaßtes Regime herzufallen – eben „ein gefundenes Fressen“.

Das beste Beispiel lieferte routinemäßig der „Spiegel“ (Nr. 4, 21.1.1985). Zum einen druckte er eine Analyse der Lage, in der weitestgehend zutreffend die wirklichen Ursachen der Hungerepidemien im nördlichen Afrika dargestellt werden. Was folgt, ist eine mit inzwischen angegilbten Falschbehauptungen, obskuren Quellen, plattem Antikommunismus und üblicher Schuldigkeit der Argumentation (die Unvereinbares kurzerhand gleichsetzt) „belegte“ bzw. bestrittene Abrechnung mit der äthiopischen Revolution (Fazit: „Stalin-Methoden“).

Ausnahmen (sprich: Ansätze einer realitätsgerechteren Berichterstattung) bestätigen auch hiernur die Regel. „Fast-Objektivität“ stellen sie nach meinem Eindruck jedoch längst nicht her.

Dem widerspricht auch nicht die Anteilnahme der Bevölkerung am 23.1., den Sammlungen am „Tag für Afrika“. Über die zwiesspältige Rolle solcher Aktionen ist bereits genug geschrieben worden – vom Wirken seltsamer Hilfsorganisationen bis zum Faktum, daß

selbst ein Vielfaches des gesammelten Betrages die Ursachen der Probleme nicht beseitigen könnte, um die es geht. So äußert auch Johan Galtung, daß er Nahrungsmittelhilfe „als System ... ganz bestimmt (ablehne)“, „für eine begrenzte Zeit, im Rahmen einer Katastrophenhilfe“ aber akzeptiere. Im Kommentar ist hierzu auch nichts anderes geschrieben worden.

Was sich aber mittlerweile – nachdem vor allem die Initiatoren der Spendensammlung sich und ihr Werk ausgiebig gelobt haben – zeigt, ist, daß man wieder zur Tagesordnung übergegangen ist: Die Gewissen sind ruhiggestellt, über neokoloniale Ausbeutung wurde in den feierlichen Aufrufen ohnehin erst gar nicht gesprochen, und Äthiopiens sozialistische Regierung hat niemand versucht, der Bevölkerung sympatischer zu machen – eher das Gegenteil. Und das sollte der Kommentar zu rechtrücken.

Jürgen Ostrowsky, Düsseldorf



Sicht zum PLO-Nationalrat

In einer antiimperialistischen Zeitschrift wie dem AIB erwartet man eigentlich mehr als Berichterstattung von der Art eines Georg Stein über den Palästinensischen Nationalrat (PNR) in Amman, eine Darstellung, die in ihrem Faktizismus und mangelndem Analysebemühen jedem bürgerlichen Presseschreiber zur Ehre gereicht hätte.

Die 17. PNR-Tagung in Amman ist nicht zu trennen von der Nahoststrategie der USA und muß m.E. zuvörderst in ihrem Lichte betrachtet werden.

Die palästinensische Eintrittskarte ins arabische Lager erhielt Ägypten durch den eigenmächtigen und im Widerspruch zu den Beschlüssen der 16. PNR-Tagung stehenden Kairo-Besuch Arafats Ende 1983. Eine Aufwertung Jordaniens war das Ergebnis zahlreicher von Arafat geführter palästinensisch-jordanischer Geheimverhandlungen – im Namen der PLO, aber ohne Ermächtigung des Exekutivkomitees.

Die Vernachlässigung der strategischen Allianz zwischen der PLO, Syrien und der UdSSR, die Hintanstellung des bewaffneten Kampfes – all das verweist ziemlich klar auf die illusionäre Hoffnung rechter Fatah-Kreise, die Politik der USA und der mit ihr verbündeten arabischen Staaten für die PLO nutzbar zu machen. Addiert man hierzu das Verhalten Arafats in den internen Auseinandersetzungen der PLO (Verzerrung der inneren, politisch-inhaltlichen PLO-Krise zugunsten einer eingeschleusten,

rein syrisch-libyschen Verschwörung; Nicht-einhalten der gemeinsamen Aden/Algier-Vereinbarungen mit der Demokratischen Allianz und Revisionsforderungen), so erwachsen ernste Fragen an die antiimperialistische Ausrichtung des Arafat-Kurses.

Die Einberufung des 17. PNR markiert diese Anfrage recht deutlich. Nicht nur der eilige Termin der Einberufung, der jeglichen Dialog zunichte machte und der Einheit der PLO schweren Schaden zufügte, nicht nur die Wahl des Tagungsortes in Amman, dem Schauplatz des „Schwarzen September“ und die Verbrüderung mit einem Mann, der 1970/71 Tausende von Palästinensern bestialisch abschlachten ließ, sondern mehr noch die politischen Ereignisse sind es, die aufhorchen lassen.

Die Tagung beschloß die Intensivierung der Kontakte mit dem ägyptischen Regime – trotz Camp David und trotz der Beschlüsse des 16. PNR. Gleichzeitig wurden die „besonderen Beziehungen“ zu Jordanien hervorgehoben, die man weiter pflegen müsse. Die Vorschläge Husseins wurden nicht klar zurückgewiesen. In der Politischen Resolution der 17. PNR-Tagung findet sich kein einziges Mal das Wort 'USA'(!), geschweige denn daß die USA als Hauptfeind benannt werden. Auch wird die antiimperialistische Rolle Syriens in keiner Weise gewürdigt. Dafür finden sich sehr viele Formulierungen, die auf eine neue Wertschätzung des Islam aufmerksam machen.

Fazit der 17. PNR-Tagung ist jedenfalls, daß sie eine neue Dreier-Koalition manifest gemacht hat: die Achse Kairo-Amman-PLO. Wie weit sich die PLO-Führung in diesem Bündnis ihre antiimperialistische Standfestigkeit erhalten kann, ist mehr als fraglich. Die Mehrheit aller PLO-Organisationen hatte schon ihre Gründe, diese Sitzung zu boykottieren, genauso wie die sozialistischen Staaten – mit Ausnahme Rumäniens – keine Delegation dorthin entsandten.

Sieht man sich abschließend noch einmal die organisatorische Durchführung dieser Tagung an, so spricht viel dafür, der Erklärung des legitimen Vorsitzenden des PNR, El-Fahoum, zu folgen, daß diese nicht verfassungsgemäß und also illegal gewesen sei. Da die erforderliche 2/3-Mehrheit aller 374 aktiven Mitglieder des PNR durch den Boykott der meisten PLO-Organisationen in Frage gestellt war, legte Arafat Neu- und Umbesetzungen von Delegiertenposten willkürlich bereits vor Sitzungsbeginn fest – den Statuten der PLO zufolge aber muß erst das 2/3-Quorum festgestellt sein, ehe über die Auswechslung und Neubesetzung von Mitgliedern entschieden werden darf. So konnte Arafat also Vertreter anderer Organisationen einfach durch seine Anhänger ersetzen lassen. Dieses Vorgehen war eine Farce.

Illegal war die Tagung noch in anderer Hinsicht: durch den Boykott der Mehrheit aller PLO-Organisationen.

Das Treffen von Amman und die derzeitige Politik der rechten PLO-Führung birgt insgesamt die große Gefahr des Verlustes ihrer Unabhängigkeit durch Einbeziehung in die imperialistische Nahoststrategie und der Durchsetzung des legitimen Rechts auf Selbstbestimmung für das palästinensische Volk. Nach wie vor verfolgt der Imperialismus das Ziel, die PLO zu liquidieren. Aber was militärisch nicht gelang, darf auch politisch nicht gelingen.

Aufgabe aller Kräfte in der PLO muß es daher sein, allen Versuchen der USA und der reaktionären arabischen Kräfte, die PLO weiter in ihre Kontrolle zu bekommen, Einhalt zu gebieten, die Aden/Algiers-Vereinbarungen neu zu beleben und einen umfassenden nationalen Dialog zu beginnen, der so bald als möglich zu einer Einigung in der PLO und zu einer neuen, einigenden PNR-Tagung führt.

Ulrich Schnell, Marburg

Buchtips: Rüstungsexporte



Mangelsdorf und Jazzclown Han Benning. Als Ehrengäste nahmen Max Sisulu, Sohn des mit Mandela zusammen angeklagten Walter Sisulu, Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu, der Nelson Mandela den Präsidenten der künftigen demokratischen Regierung Südafrikas nannte, und der weltbekannte Jazzpianist Abdullah Ibrahim teil.

Veranstalter, Künstler und Publikum appellierten an die Bundesregierung, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß das Apartheidregime in Südafrika seinen seit 22 Jahren widerrechtlich eingekerkerten „Gefangenen Nr. 1“ endlich freiläßt. Der Reinerlös des Hamburger Solidaritätskonzertes ist für die Anschaffung von Musikinstrumenten für die Flüchtlingschulen des ANC in Tansania bestimmt.

Nikaragua-Städtepartnerschaften

Mitte Januar d.J. hat Bielefeld als zweite bundesdeutsche Stadt eine Städtepartnerschaft mit einer nikaraguanischen Kommune beschlossen. Der Partnerstadt Esteli wurden als Soforthilfe 20.000 DM für die Unterbringung von Flüchtlingen bewilligt. Der Stadtrat rief die Bevölkerung zur Unterstützung dieser Aktion auf.

Die Partnerschaft zwischen Nürnberg und San Carlos, die am 4.7.1984 beschlossen wurde, ist inzwischen auf Eis gelegt. Nachdem die SPD einer Erhöhung der Gelder für San Carlos von 25.000 auf 100.000 DM zugestimmt hatte – die Grünen billigten im Gegenzug Tarifierhöhungen –, legten sich der parteilose Oberbürgermeister Urschlechter und die CSU-Regierung von Mittelfranken quer. Sie erklärten, daß für direkte finanzielle Hilfen ohne Gegenleistung keine Rechtsgrundlage bestehe. Der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft will sich gegen diese Verzögerungstaktik zur Wehr setzen.

In weiteren ca. 50 Städten bestehen ähnliche Initiativen, die Anfang Mai d.J. ein Bundestreffen abhalten wollen. Nähere Informationen und den Rundbrief Städtepartnerschaften kann man beim Duisburger Komitee beziehen: Yvonne Ayoub, Flurstr. 1, 4100 Duisburg 1.

Mittelamerika-Symposium

Unter dem Titel „El Salvador und Nicaragua im Vergleich“ fand am 21./22.1.1985 in Köln ein entwicklungspolitisches Symposium statt. Veranstalter waren terre des hommes, medico international, die Christliche Initiative El Salvador und Eirene.

Vor etwa 150 Teilnehmern von Solidaritätsgruppen, Hilfsorganisationen und entwicklungspolitischen Initiativen sowie Pressevertretern äußerten die Experten aus den USA, Mittelamerika, der Schweiz und der BRD Kritik an der Bundesregierung. Denn während die zunächst bewilligten 40 Mio DM Entwicklungshilfe für Nicaragua – unter dem unhaltbaren Vorwurf, es entwickle sich zu einem totalitären Staat – eingefroren wurden, erhalte El Salvador, wo doch nachweislich die Menschenrechte verletzt würden, 50,6 Mio DM neu bewilligter Gelder.

Die Hilfsorganisationen kündigten an, ihre Hilfe für Nicaragua verstärkt fortzusetzen.

Sportboykott zu Südafrika

Die massiven Proteste aus dem In- und Ausland gegen die geplante Teilnahme des Fußballbundesligisten Borussia Mönchengladbach an einem Fußballturnier im südafrikanischen „Homeland“ Bophuthatswana (siehe AIB 2/1985, S. 41) waren erfolgreich: In einem Schreiben an die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) teilte der Deutsche Fußball-Bund (DFB) mit, daß gemäß den Vorschriften des Weltfußballverbandes „Borussia Mönchengladbach nicht an einem Turnier in Bophuthatswana teilnehmen wird“.

Die AAB begrüßte in einer Presseerklärung diese Entscheidung und forderte den Abbruch sämtlicher Sportkontakte mit dem Rassistenregime in Südafrika. Darüber hinaus wiederholte die AAB die Forderung nach Kündigung des Kulturabkommens zwischen der BRD und Südafrika, in dessen Rahmen die Sportkontakte aufgenommen wurden.

Weniger Konsequenz als der DFB bewies der Deutsche Sportbund, der es bei einem lauen Protest gegen die geplante Rundreise der Rugby-Nationalmannschaft in Südafrika beließ.

Irak-Waffengeschäft

Unter Umgehung des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) hat der Münchner Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) zwischen dem 31.7. und 17.12.1984 Militärhubschrauber in den Irak geliefert.

Die Lieferung von sechs Hubschraubern des Typs BK 117 wurde durch eine Täuschung des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft möglich. Nachdem die von der Augsburger Firma Denzel mit modernster Militärelektronik ausgestatteten Hubschrauber getestet und für gut befunden worden waren, baute MBB die speziellen militärischen Geräte wieder aus. Diese wurden auf Umwegen in den Irak geliefert und dort von deutschen Technikern wieder eingebaut.

Die Hubschrauber, auf Spezialtransportern in ein Zweigwerk der Firma Denzel in der Nähe von Graz gebracht, erhielten dort ihren militärischen Tarnanstrich. Sie wurden anschließend von irakischen, französischen und US-Transportflugzeugen nach Bagdad geflogen.

Die Bundesregierung will nun untersuchen, ob es sich hier möglicherweise um ein illegales Rüstungsexportgeschäft handelt. Sollte Bonn nach der derzeit beabsichtigten Änderung des KWKG (siehe AIB 2/1985, S. 41) doch noch einen Gesetzesverstoß ermitteln, blieben die Manager von MBB straflos.



MBB-Hubschrauber werden für den Irak-Export umgebaut

Das Jahrbuch des renommierten Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstituts

SIPRI, Waffenexporte und Krieg, Rüstungsjahrbuch 4, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1984, 347 S., 14,80 DM ist jetzt zum vierten Mal in deutscher Übersetzung erschienen. Neben dem atomaren Werrüsten, den weltweit schneller wachsenden Rüstungsausgaben und den Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung behandelt dieses Jahrbuch vor allem die Waffenexporte, die auch außerhalb von Europa die Kriegsgefahr und die Intensität militärischer Konflikte erhöhen.

Daß trotz gegenteiliger offizieller Beteuerungen Bonn seine Zurückhaltung beim Waffenexport längst aufgegeben und sich in die Spitzengruppe der Waffenlieferanten vorgeschoben hat, und somit direkt an der Militarisierung der Dritten Welt beteiligt ist, zeigt das Buch von

Thomas Nielebock (Hrsg.), Rüstungsexport, Verein für Friedenspädagogik, Tübingen 1984, 216 S., 10 DM.

Neben einer Darstellung der politischen und rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der BRD werden die Folgen des Rüstungsexports in der Dritten Welt und die wirtschaftlichen und sozialen Rückwirkungen auf die BRD analysiert.

Praktische Tips zur Durchführung der Kampagne gegen den Rüstungsexport gibt Pax-Christi-Bewegung, Deutsches Sekretariat (Hrsg.), Probleme des Friedens, Nr. 1-2/1984, Gegen den Rüstungsexport! Aber wie?, Frankfurt 1984, 152 S., 12,50 DM.

Mandela-Solidaritätskonzert

Kultureller Höhepunkt des „Tages für Afrika“ am 23. Januar 1985 und zugleich ein überzeugendes Kontrastprogramm zum unpolitischen Wohltätigkeitsbasar der Medien war ein Solidaritätskonzert für Nelson Mandela, das die bundesdeutsche Sektion von PAND (Darsteller und Künstler für Atomare Abrüstung), in Zusammenarbeit mit der Anti-Apartheid-Bewegung, in der Hamburger Musikhalle veranstaltete.

Beteiligt waren die bekanntesten Jazzmusiker aus der Bundesrepublik, unter ihnen Wolfgang und Christoph Schlüter, Wolfgang Dauner, Volker Kriegel, Hans-Peter Ströer, Eberhard Weber, Alexander von Schlippenbach, Albert

El Salvador

Am 23. Januar d.J. hat Präsident Duarte eine dritte Gesprächsrunde mit Vertretern der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti/Demokratisch-Revolutionäre Front (FMLN/FDR) abgelehnt (siehe AIB 11-12/1984, S. 70ff. und 1/1985, S. 54).

Diese Entscheidung ist vor allem auf den wachsenden Druck der extremen Rechten und der USA zurückzuführen. Sie befürchten, daß die im Volke geweckten Friedenshoffnungen und die populären Forderungen der FMLN/FDR den Einfluß der Befreiungsbewegungen stärken könnten.

Der Druck der Rechten drückt sich nicht nur in Mordanschlägen und -drohungen gegen führende Christdemokraten und Kirchenvertreter aus. Im Parlament haben am 23.1.1985 drei Rechtsparteien eine Verschiebung der Parlaments- und Kommunalwahlen vom 17. auf den 31.3.1985 durchgesetzt, um über ausreichend Zeit zum Aufbau eines Bündnisses zu verfügen. Eine Klage Duartes gegen das von diesen Parteien im November 1984 verabschiedete Wahlgesetz, das die Christdemokraten benachteiligt, wurde Anfang Februar d.J. vom Obersten Gerichtshof, der ebenfalls von den Rechten beherrscht wird, abgewiesen.

Dem Abbruch des Dialogs entspricht auf militärischer Seite eine Verschärfung des Krieges. Mit der Lieferung von mit Schnellfeuerkanonen ausgerüsteten Hughes-500-Hubschraubern (6.000 Schuß/Minute) und C-47 Flugzeugen (2.000 Schuß/Minute) durch Washington soll die Guerillabekämpfung effektiviert werden. Reagan beabsichtigt, unterdessen die Militärhilfe für El Salvador im Jahr 1985 von 128 Mio Dollar auf 200 Mio zu erhöhen.

Chile

Mit der Absetzung des Innenministers Sergio Onofre Jarpa und des Finanzministers Luis Escobar hat Diktator Pinochet am 11. Februar d.J. erneut seine Entschlossenheit bekräftigt, bis 1989 im Amt zu bleiben.

Jarpa, ein führender Politiker der traditionellen Rechten, war vor 18 Monaten Kabinettschef geworden. Er sollte vor allem die Christdemokraten für eine begrenzte politische Öffnung gewinnen. Dieser von der US-Botschaft unterstützte Dialog war im Dezember 1984 wegen der mangelnden Kompromißbereitschaft Pinochets endgültig gescheitert.

Seit Ausrufung des Ausnahmezustands am 7.11.1984 wurden 15.000 Menschen verhaftet und 700 in die Verbannung geschickt. Am 31.1.1985 erfolgte das Verbot des Linksbündnisses Demokratische Volksbewegung (MDP). Nichtsdestotrotz führte die MDP Anfang Februar d.J. im Untergrund eine Nationalversammlung durch, auf der Pläne beraten wurden, das Jahr 1985 zum „Jahr des allgemeinen Aufstands“ zu machen.

Unterdessen hat das Nationale Kommando der Werktätigen (CNT) für den 27.3.1985 zu einem nationalen Protesttag aufgerufen und will Ende März über einen Generalstreik am 30.4.1985 entscheiden.

Die von verschiedenen Linkskräften getragene Patriotische Front Manuel Rodrigues (FPMR), die im letzten Jahr über 1.000 Anschläge durchführte, gab am 7.2.1985 bekannt, daß sie ab dem 27. März d.J. mit einer bewaffneten Offensive beginnen wolle.

Jamaika

In Jamaika kam es Mitte Januar d.J. im ganzen Land zu spontanen Protesten, Demonstrationen und Straßensperrungen gegen die von der konservativen Regierung Edward Seagas am 15.1.1985 in Kraft gesetzten Preissteigerungen für Benzin, Erdölprodukte und Kochgas. Die Erhöhungen waren Teil der Auflagen des Weltwährungsfonds für die Gewährung eines 143-Mio-Dollar-Kredits. Die Polizei löste die Demonstrationen gewaltsam auf, wobei 6 Menschen starben und über 20 verletzt wurden.

Der Forderung nach Rücktritt der Regierung und Neuwahlen schlossen sich die linke oppositionelle Nationale Volkspartei (PNP) des früheren Premierministers Michael Manley sowie die Arbeiterpartei Jamaikas (WPJ) an.

Seaga hatte nach seinem Wahlsieg 1980 damit begonnen, Jamaika in ein „Musterland des freien Unternehmertums“ umzuwandeln. Unterstützung erhielt er dabei von den USA, die Jamaika beim Hilfsprogramm für das Karibische Becken (CBI) an die Spitze der karibischen Staaten setzten. Der Bevorzugung ausländischer Unternehmen stand eine rigide Sparpolitik gegenüber.

Die Preiskontrolle bei Gütern des täglichen Bedarfs wurde aufgehoben und Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen. Eine weitere Erhöhung der Inflationsrate und eine zunehmende Arbeitslosigkeit von mittlerweile 25% waren die Folge.

Kirche - Lateinamerika

Die sechste Reise Papst Johannes Pauls II. nach Lateinamerika führte ihn vom 26.1. bis 6.2.1985 nach Venezuela, Ekuador, Peru und Trinidad-Tobago.

Wie nicht anders zu erwarten, nutzte der Papst auch diese Reise nach Lateinamerika zur Kritik an der Theologie der Befreiung. Er forderte die Rückbesinnung auf die inneren Werte des Menschen und die Abwendung von dem Streben nach einer „illusionären irdischen Befreiung“.

Nichtsdestotrotz mußte auch der Papst der sozialen und politischen Lage des Kontinents Tribut zollen. Auf den großen Massenversammlungen verurteilte er zumindest verbal die Ungerechtigkeit in den besuchten Staaten. Er benannte als Lösungsweg den Dialog mit und die Hoffnung auf Einsicht bei den Herrschenden.

Wie begrenzt allerdings seine Dialogbereitschaft mit den Unterdrückten und ihren politischen Vertretern ist, beweist die Suspendierung der vier Priester in der nikaraguanischen Regierung von ihren Priesterämtern, unter ihnen Kulturminister Ernesto Cardenal.

Kampuchea

Nach der Einnahme der Stützpunkte der „Weißen Khmer“ Anfang d.J. (siehe AIB 2/1985, S. 19ff.) wurde nun auch den mit ihnen verbündeten „Roten Khmer“ Pol Pots ein schwerer Schlag zugefügt.

Mitte Februar d.J. haben kampucheanische und vietnamesische Einheiten die beiden letzten Hauptstützpunkte der Pol-Pot-Truppen nahe der thailändischen Grenze sowie ihr Hauptquartier im Phnom Malai Gebirge erobert.

Prinz Sihanouk, Chef der noch immer von der UNO anerkannten Gegenregierung aus „Roten Khmer“, „Weißen Khmer“ und seinen eigenen Anhängern, forderte daraufhin China zum militärischen Eingreifen in Kampuchea auf, da die Rebellen allein nicht in der Lage seien den Sieg davonzutragen.

Peking hat bereits seinen militärischen Druck an der Nordgrenze Vietnams erhöht, um damit den Pol-Pot-Banden den Rücken zu stärken. Die chinesischen Überfälle konnten jedoch von der vietnamesischen Armee abgewehrt werden.

Die gemeinsamen Interessen Washingtons und Pekings in Indochina wurden durch den Besuch des Generalstabschefs der US-Streitkräfte, John Vessy, Mitte Januar d.J. in Peking verdeutlicht. Dabei verhandelte man über US-Rüstungslieferungen und steckte die Ziele der künftigen militär-strategischen Zusammenarbeit in Indochina ab.

Die Außenminister von Laos, Kampuchea und Vietnam haben auf ihrer 10. Konferenz in Ho-Chi-Minh-Stadt vom 17.-18.1.1985 ihre Entschlossenheit betont, weiterhin nach einer friedlichen Lösung der Kampucheafrage zu suchen.

Vietnams Außenminister Nguyen Co Thach unterbreitete dem UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, als dieser auf seiner Südostasienreise am 28.1.1985 Zwischenstation in Hanoi machte, die gemeinsamen Lösungsvorschläge: „Der Abzug der vietnamesischen Freiwilligenverbände aus Kampuchea, gekoppelt mit dem Ausschluß der völkermörderischen Pol-Pot-Clique, ...die Abhaltung von freien und allgemeinen Wahlen durch das kampucheanische Volk unter Anwesenheit von ausländischen Beobachtern.“

Die Errichtung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea und die mögliche Überwachung derselben durch eine UN-Friedenstruppe schloß Thach nicht aus, wohl aber eine einseitige Zone nur auf dem Territorium Kampuchea.

Sowohl Sihanouk als auch der thailändische Premierminister Prem Tinsulanoud lehnten eine Stationierung von UN-Truppen unter allen Umständen ab.



Südkorea



Kim Dae Jung, aus dem Exil zurückgekehrter Oppositionsführer

Bei den Parlamentswahlen vom 12.2.1985 erreichte die antidiktatorische Neue Koreanische Demokratische Partei (NKDP) 29% der Stimmen und damit 67 der 276 Sitze. Die herrschende Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) des Diktators Chun Doo Hwan sicherte sich aufgrund des undemokratischen Wahlrechts mit nur 35% der Stimmen eine absolute Mehrheit von 149 Sitzen. Die restlichen zwei zugelassenen Parteien, die oppositionelle Demokratische Korea-Partei (DKP) und die rechte Koreanische Volkspartei (KNP), büßten mit 21,6% und 9,3% über die Hälfte ihrer Sitze ein.

Der Wahlerfolg der bürgerlichen NKDP, ist umso beachtlicher als sie erst 4 Wochen vorher gegründet wurde, weitgehend vom Wahlkampf ausgeschlossen blieb und mehrere ihrer Führer unter Hausarrest stehen. Darunter befindet sich auch der am 8.2.1985 aus seinem Exil in den USA heimgekehrte Kim Dae Jung. Ihm wurde der Umgang mit Oppositionspolitikern verboten und untersagt, zu politischen Problemen Südkoreas Stellung zu beziehen.

Südafrika

Der seit 23 Jahren inhaftierte Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela, wies ein Freilassungsangebot der Regierung Botha für sich und einige andere politische Gefangene zurück. Staatspräsident Pieter W. Botha hatte am 3. Februar d.J. vor dem Parlament als Bedingung für dessen Freilassung genannt, Mandela müsse sich gegen den bewaffneten Befreiungskampf wenden.

Dieses „Angebot“ wies Mandela zurück. Seine Tochter, Zinzi Mandela, verlas am 10.2.1985 auf einer Massenkundgebung in Soweto eine entsprechende Erklärung Mandelas.

Als Voraussetzung für Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung forderte er von ihr die Abschaffung der Apartheid, ihrerseits Gewaltverzicht, Legalisierung des ANC, dessen Anerkennung als politische Partei, Freilassung aller politischen Gefangenen und allgemeine politische Freiheiten.

Der ANC erklärte vor der Presse, dieses Angebot an Mandela sei nur zur Verwirrung der internationalen Meinung und als Spaltungsversuch des ANC zu betrachten.

Zypern

Am 21.1.1985 scheiterten die Gespräche zwischen dem griechisch-zypriotischen Präsidenten der Republik Zypern, Spyros Kyprianou, und dem türkisch-zypriotischen Führer Rauf Denktasch über eine Wiedervereinigung der Insel. Im Mittelpunkt der Unterredungen in New York stand ein von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar ausgearbeiteter Vorschlag zur Gründung einer bizonalen Föderierten Republik (siehe AIB 2/1984, S. 38-44 und 7-8/1984, S.82).

In vorbereitenden getrennten Verhandlungen hatte Denktasch eine Reihe von Zugeständnissen gemacht. So verzichtete er u.a. darauf, daß der Präsident abwechselnd ein Grieche oder ein Türke sein müsse. Er akzeptierte auch, daß dem türkischen Vizepräsidenten nur bei internen Angelegenheiten seiner Gemeinschaft ein Vetorecht zustehen soll und daß ihr Gebietsanteil von derzeit 36,4% auf rund 29% reduziert werden soll.

R. Denktasch betrachtete die Verhandlungen als abgeschlossen und der Wiedervereinigungsvertrag sollte ohne jeden Vorbehalt in New York unterzeichnet werden. Daran anschließend sollten Arbeitsgruppen zur endgültigen Formulierung der neuen Verfassung gebildet werden.

Kyprianou bestand jedoch darauf, daß zuerst konkrete Vereinbarungen über den Rückzug der türkischen Truppen, über die territorialen Veränderungen, die Umsiedlung von Flüchtlingen und andere zentrale Fragen des Zypernproblems getroffen werden müßten, bevor es zu einem Vertragsabschluß kommen könne.

Kaum eine Woche nach den gescheiterten Gesprächen verkündete Denktasch, in seiner am 15.11.1983 proklamierten „Türkisch-Föderierten Republik Nordzypern“ am 23.6.1985 Parlamentswahlen abzuhalten und erst nachher weiter zu verhandeln.

Pazifik

Das für März d.J. im Südpazifik geplante Seekriegsmanöver „Sea Eagle“ des ANZUS-Paktes, dem die USA, Australien und Neuseeland angehören, wurde Anfang Februar von den USA abgesagt.

Dieser Absage vorausgegangen war die Weigerung der neuseeländischen Regierung, dem US-Zerstörer „Buchanan“ das Anlaufen neuseeländischer Häfen im Rahmen des Manövers zu gestatten, da nicht auszuschließen war, daß das Schiff Atomwaffen an Bord haben könnte.

Die USA lehnen es prinzipiell ab, Auskunft über die Bewaffnung ihrer Kriegsschiffe zu geben.

Unterdessen hat die australische Regierung ihr Angebot zurückgezogen, den USA Einrichtungen zur Beobachtung von Testflügen der strategischen MX-Rakete zur Verfügung zu stellen. Obwohl US-Präsident Reagan am 8. Februar d.J. beim Besuch des australischen Ministerpräsidenten Robert Hawke den ANZUS-Pakt als fest und intakt bezeichnete und erklärte, daß die USA Neuseeland weiterhin als Freund betrachteten, wurde im US-Kongreß beantragt, wirtschaftliche Sanktionen gegen Neuseeland zu verhängen. Der neuseeländische Premierminister David Lange erklärte, man werde sich der „Erpressung“ Washingtons nicht beugen.

BRD - Nahost

Seine zweite Auslandsvisite führte den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker Anfang Februar d.J. nach Jordanien und Ägypten. Beide, so der CDU-Politiker, gehörten zu den „engsten Freunden“ der Bundesrepublik in der Konfliktregion.

Weizsäcker versicherte König Hussein und Ägyptens Präsident Mubarak die „volle moralische Unterstützung“ für ihre kürzliche Verhandlungsinitiative zugunsten einer internationalen Nahostkonferenz. Der Bundespräsident versprach, Bonn wolle sich für die Verhandlungsinitiative, welche längst von Israel und den USA verworfen wurde, bei der Regierung Reagan stark machen: „Die Bundesrepublik bleibt bereit, zusammen mit ihren europäischen Partnern und in engster Abstimmung mit den USA die Beteiligten bei der Friedenssuche zu unterstützen.“ Er hielt indessen nicht Washington und Tel Aviv zur Mäßigung ihrer Haltung an, sondern die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO).

Weizsäcker und der ihn begleitende Außenminister H.D. Genscher (FDP) brachten nach Kairo ferner das „Geschenk“ einer Finanzierungsgarantie der Bundesregierung für den Bau eines Atomkraftwerkes in Al Dabaa mit. Das auf 3,5 Mrd DM veranschlagte Projekt, für das sich die Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU) neben Konkurrenten aus Frankreich und den USA beworben hat, will Bonn mit einer Exportbürgschaft von 2,8 Mrd DM absichern.



Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

22

März 1984

SPD in der Opposition - wohin?

23

Juni 1984

Ende des Sozialstaats?

24

September 1984

Neue Technik - alte Politik

25

Dezember 1984

US-Weltpolitik und Befreiung in der Dritten Welt

26

März 1985

Rot-grüne Bilanz

**Zu beziehen bei spw-Verlag
Motzstraße 65
D-1000 Berlin (West) 30**

D 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Ruth Weiss/Hans Mayer
Afrika den Europäern
224 S., Großformat, Peter Hammer
(nur für 2 Neuabonnenten!)



Ernesto Che Guevara
Der neue Mensch
176 S., Weltkreis

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Unser aktuelles Buchgeschenk